

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 1.10 Mk., monatlich 20 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Behördungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.20 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen auch Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheften Monatshefte oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Zeitschriften und Besondere-Beilagen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das selbgedruckte Wort 20 Pf. (unabhängig selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Organisationswesen.

Mit meisterhafter Beherrschung des Stoffes und unbestreitbarer Objektivität behandelt Dr. Franz Klein, Justizminister a. D., in einem heben im Verlage von Franz Vahlen (Berlin) erschienenen Buche „Das Organisationswesen der Gegenwart“ dieses Thema. Das Buch gibt mehr, als der Titel verspricht, und es gibt das Gebotene in gefälliger, ansprechender Form. Klein versteht es, die spröde Materie dem Leser in flüssiger Sprache, fast im Erzählton vertraut zu machen. Bis ins Altertum hinein spürt der Verfasser den Anfängen und Motiven aller Art von Organisationen nach. Im Wandel der Organisationsbestrebungen spiegelt sich, oft sehr deutlich, die Veränderung der Produktionsverhältnisse und der sozialen Gestaltung der Gesellschaft. So wird das Buch von Klein ein Stück Kulturgeschichte.

Au dieser Stelle interessiert uns vornehmlich das Organisationswesen der Gegenwart in der Beleuchtung und Beurteilung des Verfassers.

Mit wünschenswerter Deutlichkeit tritt dabei folgendes in den Vordergrund: Das Unternehmertum macht von dem Koalitionsrecht den weitgehendsten Gebrauch! Es überschreitet dabei sehr oft die gesetzlich gezogenen und gewollten Schranken; es übt Terrorismus, vor allem Koalitionszwang, und zwar nach verschiedenen Seiten. Es terrorisiert die eigenen Klassenangehörigen, die sich der Organisationsdiktatur nicht fügen wollen, und es übt Terrorismus gegen Arbeiter, um diese von der Benutzung des gesetzlichen Koalitionsrechtes abzuhalten und ihnen willkürlich Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Schließlich richtet sich der Zwang der Unternehmerorganisationen auch noch gegen die Konsumenten, Syndikate, Kartelle usw., diktieren Preise, die weder in der Marktlage noch in den Produktionskosten eine Rechtfertigung finden, vielmehr eine Bewunderung der Käufer darstellen. Ganz richtig sagt Klein von der Organisation der Unternehmer: „Sie bezweckt nicht oder doch nur nebenher, den Betrieb in Fabrik oder Werkstätte technisch zu verbessern, die Verwaltung oder die Geschäftsmanipulationen von ihr anhaltenden Mängeln zu reinigen, in erster Linie ist die angreifswerte oder defensive Förderung subjektiver wirtschaftlicher Interessen durch Vereinigung von Einzelkräften zu einer unwiderstehlichen Macht beabsichtigt.“ (S. 89.) Trotzdem schätzt Dr. Klein den Wert der Organisationen sehr hoch ein, ja er hält sie für unentbehrlich. „Gehorsam, Pflichterfüllung und Treue werden in den Organisationen wenigstens in Bezug auf die Genossen und Vereinigungen gepflegt. . . Das Gesagte klingt wie eine Apologie der Organisationen, ist aber nur ein Teil des Bildes. . .“ — S. 210/11 — „Kein Gegner der Organisationen, ein Befürworter derselben hat das Wort. Um so gewichtiger sind die Auflagen, die er gegen den Terror der Unternehmerorganisationen erhebt. Kleins Objektivität läßt deren Schäden und Uebergriffe, insbesondere in Bezug auf die Veruche, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu erschöpfen, um so scharfer hervortreten. Eine ganze Summe von Mitteln steht dem organisierten Unternehmertum bei der Durchsetzung seiner meist engbergig-egoistischen Ziele zur Verfügung. In dieser Beziehung ist der Arbeiter ganz außerordentlich im Nachteil. Er wäre es auch dann noch, wenn er ein wirklich freies Koalitionsrecht besäße und dem Unternehmertum seine Vorrechte eingeräumt würden, wenn z. B. die Unternehmer weder gegen Unternehmer noch gegen Arbeiter Koalitionszwang ausüben könnten, was bekanntlich aber in der ausgedehntesten Weise geschieht. Trotzdem ruft das Scharfmachertum nach weiterer Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Wenn man dabei den Anschein zu erweiden versucht, als ob die gewerkschaftlichen Kämpfe von heute eine Ausartung gegen früher darstellen, dann ist das blanker Schwindel. In einer Stelle bemerkt Klein, „daß es lange vor dem Beginn der kapitalistischen Produktionsära Arbeiterausstände gegeben hat, die in Form und Verlauf den heutigen Arbeitseinstellungen wie ein Ei dem anderen gleichen, deren Motive auch für die damalige Zeit so ernst waren, wie heute die dem Lohnverhältnisse entnommenen. . .“ (S. 137). So wichtig die Waffe des Streiks für die Arbeiter ist, so scharf die Waffe sein kann, das Unternehmertum steht ihr nicht wehrlos gegenüber, im Gegenteil, es befindet sich im allgemeinen im Uebergewicht, es kann seine Waffen viel ungenierter benutzen und es ist zudem bei der Anwendung rücksichtslos bis zur äußersten Grenze der Brutalität. Eine Hauptwaffe der Unternehmer ist die Aussperrung: „Der Unternehmer hat es eben, das ist das Entscheidende, zumeist in seiner Hand, mit seinen Forderungen und der Aussperrung in dem für ihn günstigen Augenblick hervorzutreten, er kann berechnend und vorbedacht vorgehen. . .“ (S. 141.)

„Terrorismus schlimmster Art übt das Unternehmertum gegen Unternehmer, die sich den Organisationsbestimmungen nicht unterwerfen wollen, mit dem Mittel der Sperre. . .“ Gegen die Mitglieder der eigenen Organisation kommt eine solche Sperre vor bei Aussperrung von Arbeitern. . .“ Man terrorisiert Unternehmer, um sie zu terroristischem Vorgehen gegen Arbeiter zu zwingen. „Es wird beispielsweise einzelnen Unternehmern oder allen Outsidern durch Abmachungen mit Arbeitgeberorganisationen der Bezug von Arbeitskräften abgeschnitten. . .“ — S. 142/143 — Entziehung der Kundenschaft, indem den Mitgliedern der Unternehmervereinigung untersagt wird, von Außenheimern zu beziehen oder von ihnen zu kaufen und die gleiche Verpflichtung wieder ihren eigenen Abnehmern auferlegen, ist ein weiteres, oft in boshafter Weise angewandtes Zwangsmittel der Unternehmer. Nicht minder wichtig ist die Waffe der Verurteilung, von der die Unternehmer den auschweifendsten Gebrauch machen. „Der Verurteilte bezweckt also Schädigung durch Abtreibung der Arbeitskräfte oder der Kundenschaft.“ (S. 145.) Der Zweck der von den Unternehmerverbänden angeordneten Sperren ist u. a. „die Mitglieder der Organisation oder darüber hinaus weitere Unternehmerkreise davor zu bewahren, in ihrem Betriebe gewisse Personen oder Personengruppen zu beschäftigen. . .“ Und warum wird der Arbeiter verurteilt, mit der Hungerpeitsche mißhandelt? Etwas aus ethischen oder sogenannten nationalen Gründen? Nichts weniger als das! Holt man doch Ausländer heran, um deutsche Arbeiter züchtigen zu können. Klein sagt über die Motive: „Meistens ist es aber eine vom Unternehmerstandpunkt nicht erwünschte Haltung in den Fragen des Arbeitsverhältnisses. . . agitatorische Tätigkeit, Auftreten in Versammlungen, Verhalten bei Wahlen (1), Zugehörigkeit zu einer bestimmten Arbeiterpartei oder Organisation, Weigerung, aus ihr auszutreten. . .“ Es kann ferner sein, daß Arbeiter von einem Unternehmerverbande bloß deshalb boykottiert werden, weil das Establishment, in dem sie früher beschäftigt waren, höhere Löhne als die Verbandsfirmen bezahlten. In diesem Falle wird mittels des Boykotts ein Kampf zwischen Unternehmern auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. Ähnliches wurde schon bei den Aussperrungen erwähnt. . . Die Statuten sprechen es zum Teil direkt aus, daß bestimmte Arten von Arbeitnehmern überhaupt für eine gewisse Zeit von der Benutzung der Radweinstellen und der Einstellung in Betriebe der Vereinsmitglieder auszuschließen sind.“ (S. 146/147.) — Das sind Ausschnitte aus der Fülle des Materials, das in spielender Weise Aufschluß gibt über den vielfältigen Terrorismus, dessen sich das Unternehmertum nach den verschiedensten Richtungen schuldig macht, und zwar stets zur Befriedigung von Gelüsten, die dem Allgemeininteresse mindestens nicht dienlich sind.

Zwar handelt es sich um Vorgänge, die jedem im politischen und wirtschaftlichen Leben Stehenden nicht unbekannt sind, ihren besonderen Wert haben die Feststellungen und Urteile in der Person des Verfassers und in seiner anerkannten Sachkunde. Darum kann man auch den Männern der Regierung das Buch ihres früheren Kollegen dringend zur Beachtung empfehlen. Das umso mehr, als bei uns die Regierungsvertreter anscheinend mit einer eigenartigen Augenfrankheit belastet sind. Sie sehen nur Schäden und Mißstände in der Ausnutzung des Koalitionsrechtes, soweit es sich um die Betätigung durch die Arbeiter handelt, blind sind sie in Bezug auf den von Unternehmern ausgeübten Terrorismus und die von den Kapitalisten verfolgten Zwecke. Gewiß, die Arbeiter haben ihre organisierte Macht gesteigert, aber sie mißbrauchen die Macht nicht, sicher nicht zu gemeingefährlichen Zwecken, wie das mit vollem Recht von Unternehmerverbänden gesagt werden kann. Zudem haben die Arbeiter mit ihrer Machterweiterung, wie ganz richtig Dr. Klein sagt, „zugleich die Wehrfähigkeit der Unternehmer mindestens in demselben Maße erhöht.“ (S. 275.) Das nicht nur; ohne den durch die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter geförderten sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, ohne die Steigerung der Konsumkraft für eine breite Schicht des Volkes wäre auch der industrielle Aufschwung, die kapitalistische Entwicklung nicht in dem erreichten, Staunen erregendem Maße möglich gewesen. Bei der Beurteilung der Arbeiterorganisationen macht sich der Verfasser am wenigsten frei von den Anschauungen und Vorurteilen seiner Klasse. Das ist erklärlich, man kann es ihm gern nachsehen. Wird doch auch dadurch sein Urteil über die ungleichmäßige Macht und das ungleichmäßige Recht zwischen Arbeitern und Unternehmern nochmals stark unterfirden.

Ohne es direkt auszusprechen, plädiert der ehemalige österreichische Justizminister für eine Erweiterung des Koalitionsrechtes der Arbeiter und für das Verbot verschiedener Ausdehnungen der Unternehmer.

Die Leute, die allzu eifrig den Scharfmachern sich dienlich erweisen, werden sich mit den Darlegungen von Klein auseinandersetzen müssen. Sie müssen bei objektiver Würdigung der Arbeit des bekannten ehemaligen österreichischen Justizministers statt der Angriffe auf das Koalitionsrecht zu seiner Ausdehnung und Sicherung gelangen.

Scharfmacher Kardorff.

Die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern, die am Montag im Abgeordnetenhaus begann, beschränkte sich naturgemäß nicht auf das Ressort des Herrn v. Dallwitz, dessen Gehalt zur Diskussion stand, sondern sie erstreckte sich auf die verschiedensten innerpolitischen Fragen. Die Mehrheit des Dreiklassenparlaments widerlegt sich nicht nur jeder noch so bescheidenen Reform, sondern sie möchte am liebsten sogar die wenigen Freiheiten besitzenden, deren das preußische Volk sich heute noch erfreut, sie möchte den absoluten Polizeistaat wiederherstellen und sein Gebiet über Preußen hinaus auf ganz Deutschland ausdehnen. Preußen in Deutschland voran! Dies gefällteste Wort des Fürsten Bülow ist das Leitmotiv der eckstrenghen Leute. Allerdings nicht voran, wenn es sich um kulturelle Fortschritte handelt, wohl aber, wenn es die Schaffung mittelalterlicher kulturwidriger Zustände gilt.

Dieser Gedanke zog sich wie ein roter Faden durch die Ausführungen des freikonservativen Abg. v. Kardorff, eines der schlimmsten Scharfmacher, dem selbst die preußische Regierung noch nicht schneidig genug im Kampfe gegen Sozialdemokraten, Polen und Dänen vorgeht. Seine Rede, die in dem Appell an die Regierung gipfelte, auf dem Posten zu sein, wenn das Volk etwa verstanden sollte, mit Hilfe des Massenstreiks sich das Wahlrecht zu erkämpfen, bildete ein Sammelfurium reaktionärer Forderungen, verknüpfte mit unqualifizierbaren Angriffen auf den Reichstag, dem er vorwarf, den preußischen Staat verunglückt zu haben. Und warum? Weil die Mehrheit des Reichstages ihre Pflicht erfüllt und die gesetzlich vorgeschriebene Handhabung des Reichsvereinigungsgesetzes durch die preußischen Behörden an den Pranger gestellt hat. Wie darf sich auch ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament, in dem die Freunde des Herrn v. Kardorff nicht zu sagen haben, so etwas erlauben! Was bedeutet denn so ein auf Grund allgemeiner Wahlen gewählter Reichstag gegenüber einem dreimal gestrichelten preußischen Gesetzgeber? Nichts. Und deshalb sollen nach Ansicht des Obergenossen v. Kardorff nicht nur die einzelnen Mitglieder des Reichstages hübsch ihren Mund halten, sondern auch der Reichstag als solcher soll seine Tätigkeit einstellen und vor allem der sozialen Gesetzgebung ein Ende bereiten. Führt der Reichstag durchaus das Bedürfnis, neue Gesetze zu machen, dann möge er endlich das Wort des Kaisers einlösen und das Justizhausgesetz, für dessen Zustandekommen sich seinerzeit Wilhelm II. ins Zeug gelegt hat, erlassen. Keine Wahlreform, wohl aber neue Anordnungen! Das ist das Ideal, das Herr v. Kardorff und mit ihm der großen Majorität des Junterparlamentes vor Augen schwebt. Und wer es wagt, den Scharfmachern die Veresfolge zu verweigern, der wird öffentlich der Unzuverlässigkeit geziehen und schonungslos an den Pranger gestellt, seien es selbst preußische Nationalliberale, die sich doch wahrhaftig nicht allzusehr von den Freikonservativen unterscheiden.

Dieser dreifachen Provokation des scharfmacherischen Junkers die gebührende Antwort zu erteilen, hielten die nachfolgenden Redner für überflüssig. Anstatt die Rechte des Volkes wahrzunehmen, zeterle Herr Ling von Zentrum über den Geburtenrückgang, dem nur durch Festigung einer religiös-sittlichen Weltanschauung entgegengetreten werden könne, und Herr Paganitz von den Fortschrittlichen sprach zwar etwas über das freie Vereinsrecht, das Koalitionsrecht und das Wahlrecht, aber sein Auftreten war so zahm, wie man es selbst an diesem doch gewiß bescheidenen Vertreter freierlicher Forderungen bisher nicht gewohnt war. Der Nationalliberale Lohmann vollends, der die Entdeckung machte, daß das Herrenhaus in seiner Zusammensetzung ein Spiegelbild des preußischen Volkes darstelle, wird wohl selbst keinen Anspruch darauf erheben, als Gegner zu gelten, dem die Scharfmacher irgend welche ernste Beachtung schenken.

Zwischendurch gab auch Herr v. Dallwitz ein paar Töne von sich, einmal um den durch den Prozeß gegen unseren Genossen Solmann so stark kompromittierten Kölner Polizisten einen leichten Tadel auszusprechen, der ihnen kaum wehe tun dürfte, und zweitens um das Vorgehen Jagows gegen den Verein Berliner Schulleute zu rechtfertigen.

Nach einer mehrstündigen Anlagerebe des Polen Seyda, der eine interessante Schilderung der Nachaktionen der Galatzen im Kampfe gegen die Polen gab, wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

Die Nachwahl in Jerichow.

Mit besonderer Spannung wird dem Ausgang der Reichstagswahl im Kreise Jerichow I und II entgegengesehen. Ruh doch hier die Sozialdemokratie zum ersten Male ein Mandat verteidigen, das sie bei den roten Januarwahlen von 1912 neuerobert hatte. Bekanntlich hat die Reichstagsmehrheit das Mandat unseres Genossen Haupt aus ganz unzureichenden Gründen für ungültig erklärt, sodas die Wähler am Dienstag, den 10. Februar, aufs neue an die Urne treten müssen.

Der heil umstrittene Kreis wird als J. Ragdeburger Kreis amtlich geführt. Er beginnt in unmittelbarer Nähe von Brandenburg (Havel) erstreckt sich bis vor die Tore von Rathenow und Ragdeburg. In überwiegendem Maße ländlichen Charakters, umfaßt er nur wenige Städte und unter ihnen auch nur eine, die über 1000 Einwohner zählt. Es ist dies die Stadt der Schiffbau- und Holzindustrie Burg, die mit 24000 Einwohnern stärkeren industriellen Einschlag hat. Diese soziale Struktur macht es erklärlich, daß der Wahlkreis zwar häufig die politische Farbe gewechselt, aber erst 1912 mit ganz Inapper Mehrheit sich für Rot entschieden

hat. Von 1871 bis 1879 fandte er ein Mitglied der damaligen „liberalen Reichspartei“ in den Reichstag und 1879 einen National-liberalen. Aber bereits 1881 wurde dieser durch einen Fortschrittler abgelöst, der 1884 als Deutschfreisinniger wiedergewählt wurde. Bei den Kartellwahlen von 1887 ging der Kreis erstmalig an die Konservativen über; er wurde dann zwar 1890 noch einmal von einem Freisinnigen gewonnen, 1893 aber auf lange Zeit für die Konservativen erobert, die in Herbert Bismarck einen „Geinlandkandidaten“ proklamierten. Erst nach dem Bismarck'schen Schloß Schönhausen in diesem Wahlkreis. Nach Herbert Bismarck's Tode wurde im Jahre 1904 vorübergehend der Berliner Lehrer Mertens als freisinniger Kandidat gewählt, jedoch bei den Wahlen 1907 durch den konservativen Gutsbesitzer v. Wern verdrängt.

Bei den roten Januarwahlen von 1912 wurden aber beide bürgerliche Parteien durch die Sozialdemokratie weit überholt; Wir mußten 11 992 Wähler im ersten Kreise, während die Junkerpartei mit 9870 und die Fortschrittler mit 8291 Stimmen zurückblieben. In der Nachwahl fiel dann das Mandat mit nur 7 Stimmen Mehrheit unserm Genossen Haupt zu, der 15 263 Stimmen auftrah, während sein konservativer Gegenkandidat mit 15 256 in der Minderheit blieb. Der Kreis Jerichow gehörte zu jenen Kreisen, die in das fortschrittlich-sozialdemokratische Stichwahlbündnis kommen einbezogen waren. Im besten Falle haben sich 3200 fortschrittliche Wähler, der zentralen Parole folgend, „gegen rechts“ entschieden, die übrigen 5000 aber sind restlos zu den Junkern abgewandert. Bezeichnend für die Situation im Kreise ist die Tatsache, daß die fortschrittliche Wahlkreisleitung sich 1912 beharrlich weigerte, die zentrale Stichwahlparole im Kreise bekannt zu geben.

Auch jetzt hat der Wahlkampf damit begonnen, daß der Führer der Fortschrittler im Kreise Jerichow II in der ersten Wahlversammlung in Genthin die Parole ausgab:

„Darüber werden wir wohl alle einig sein, daß die Hauptsache ist, die Sozialdemokraten unter den Tisch fallen zu lassen und einen bürgerlichen Kandidaten zu wählen, ganz gleich, ob es der konservative oder der liberale ist.“

Die Konservativen haben auf Grund dieser Äußerung den Fortschrittlichen ein Stichwahlbündnis angeboten, jedoch hat die offizielle Wahlkreisleitung dann ausweichend geantwortet. Sie wollte es doch noch nicht ganz mit dem linksstehenden Bürger-tum verderben und sich für später nicht die Hände binden.

In Erinnerung an ihre langjährige Vorherrschaft im Kreise haben die Fortschrittler jetzt alles aufgegeben, was bei ihrer mangelnden Organisation möglich erschien, um den Wahlkreis für sie wiederzugewinnen. Ihr Kandidat, der 1912 in Ragdeburg durchgefallene Blockfleischermeister Sobel hat nicht nur die denkbar größten körperlichen Strapazen auf sich genommen, sondern auch in so erheblichem Maße politische Gliederverkrenkungen vorzunehmen müssen, daß er fast zu bedauern ist. Um die Agrarier nicht vor den Kopf zu stoßen, die ihn beständig nach seinem Zollprogramm fragen, erklärt er treuherzig, er denke nicht daran, die Landwirtschaftszölle zu beseitigen, da er die Landwirtschaft nicht ruinieren wolle. Wohl aber sei er für den Abbau der — Industriezölle und vielleicht auch noch der Futtermittelzölle zu haben. Auf Anfrage eines Gemüsebauers erklärte er sich auch bereit, für einen Gemüsezoll einzutreten, wenn die Inter-essierten nur die Notwendigkeit nachweisen wollten. Die ihn begleitenden Parteisekretäre haben dann jedesmal die Pflicht, den Wählern zu beweisen, daß diese absonderliche Stellungnahme ihres Kandidaten durchaus „fortschrittlich“ sei. Da Sobel auch auf, wenn auch nur laue, Unterstützung durch die Nationalliberalen hofft, so kann er an dem Streikbrecherstich nicht gut vorbeigehen. Er erklärt sich zwar gegen ein Ausnahmengesetz, schiebt aber regelmäßig hinzu, daß die Sozialdemokratie an einem Ausnahmengesetz selbst die Schuld trage, und fordert dann zur Beruhigung „nur eine schnellere Streikjustiz“, die ab-schreckend wirken solle.

Die Konservativen, die nicht weniger als 23 Wahlsekre-täre im Kreise arbeiten lassen, verzapfen gegen uns ihre be-kannten Redensarten von Vaterlandsfeindschaft, Mittelstands-vernichtung und dergleichen. Im übrigen aber wenden sie ihre Spitze hauptsächlich gegen den bürgerlichen Nebenbuhler, den sie aus der Stichwahl zu verdrängen trachten. Sie führen den Wahl-kampf — gemessen zu anderen — bisher verhältnismäßig ruhig. Nur der Tischlermeister Pauli aus Potsdam mußte einen rüden Ton in die langweilige Musik bringen, als er in einer Versammlung zu Burg in den Saal trompetete: „Nunter mit dem schmutzigen, blutigen, roten Fehden der Sozialdemokratie!“ Auf den stürmischen Widerspruch eines Teils der Versammlung wiederholte er trotz dieser unverschämten Äußerung, und der neben ihm sitzende konservative Kandidat, ein bürgerlicher Ritterguts-pächter, Stützfabrikant, Schnapsbrenner und — Amisbor-ster, namens Schiele aus Scholchne spendete ihm demon-strativen Beifall!

Unsere Wahlarbeit ist in dem weit ausgedehnten ländlichen Kreise doppelt schwer. Denn unter den 200 Orten sind kaum zehn, in denen wir auf Versammlungsräume rechnen können. Unsere Genossen waren also trotz Winterkälte, trotz Schnee und Regen im wesentlichen auf Versammlungen unter freiem Himmel angewiesen. Sie haben sich aber zu helfen gewußt und für diesen Wahlkampf ein zweites Wahlgeld — das erste wurde bereits 1912 verwendet — herstellen lassen, das verhältnis-mäßig leicht aufgedaut und leicht „demontiert“ werden kann. Die Hölle lassen sie 120 Personen und bieten wenigstens gegen die bösesten Anbiden des Wetters notdürftigen Schutz. Mit Hilfe dieser besonderen „Agitationswigwams“ ist es gelungen, in einer großen Anzahl von Orten, in denen die Saalwirte uns boykottieren, trotzdem zu den Wählern zu sprechen. Unsere Versammlungen erfreuten sich überall oft überraschend guten Besuchs auch auf den zahlreichen Dörfern des Kreises. In fast allen dörflichen Ver-sammlungen wurde ein zusammenlegbares Modell der neuen Wahlzelle vorgezeigt, um die Schüchternen zu über-zeugen, daß Wahlzellen fast so gut wie ausgeschlossen sind.

Wie notwendig diese besonders intensive Agitation auf den Dörfern ist, zeigt das Wahlergebnis von 1912 aufs deutlichste. Von 11 992 Stimmen, die für unseren Kandidaten damals abge-gaben wurden, stammten nicht weniger als 5858 aus Ortschaften unter 2000 Einwohnern! 2483 wurden in Orten von 2000—10 000 Einwohnern für uns gezählt und nur 3583 aus Burg und einem eingemeindeten Vorort von Ragdeburg.

Unser Stimmengewinn von 1907 auf 1912 betrug nicht weniger als 8641 oder mehr als 43 Prozent! Ob es möglich sein wird, am 10. Februar diesen ungeheuren großen Zuwachs zu halten, kann zweifelhaft scheinen. Unsere Genossen haben sich aber in dem ausgedehnten Kreise keine Mühe verdrücken lassen, haben an organisatorischer und agitatorischer Arbeit das Menschennögliche geleistet und sehen deshalb dem Ausgange der Wahl mit gutem Mut entgegen.

Auch die rednerische Agitation ist im wesentlichen von einheimischen Kräften betrieben worden. Von den Abgeordneten sind nur wenige und auch erst in den letzten Tagen zur Hilfe ein-gesprungen. Umso mehr wird ein guter Wahlausfall für die großen Anstrengungen Befahrung sein, die die Jerichower Ge-nossen und ihre Ragdeburger Nachbarn gemacht haben.

Und doch Entlassung von Eisenbahnarbeitern.

Vom Minister der öffentlichen Arbeiten erging im November vorigen Jahres ein Erlass an die Königl. Eisenbahndirektionen, der die Beschränkung der „Betriebsausgaben auf das unbedingt not-wendige Maß“ zur Grundlage hatte. Es wurde darin auf den Rück-gang des Verkehrs, besonders des Güterverkehrs, hingewiesen, woraus für die Eisenbahnverwaltung die Notwendigkeit erwachse, die Betriebsausgaben entsprechend herabzumindern. „Namentlich muß, heißt es in dem Erlass

„dahin gewirkt werden, daß die Zahl der Güterzüge durch ihre volle Auslastung eingeschränkt und die Zahl der Bedienung der Anschlüsse und sonstigen Verwendungsstellen dem zurückgehenden Verkehr angepaßt wird. Auch ist zu prüfen, inwiefern das Rangierpersonal und die Zahl der Rangierlokomotiven vermindert werden kann.

Ich beauftrage die Königl. Eisenbahndirektionen, alsbald auf allen größeren Bahnhöfen ihres Bezirks die Betriebsverhält-nisse örtlich ganz eingehend nachprüfen zu lassen und für Verminderung des Betriebsaufwandes zu sorgen. Sowie der Verkehr, z. B. in den Nebenbezirken, die sofortige Ver-minderung der Züge, des Personals oder der Maschinen noch nicht zuläßt, sind wenigstens die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Gleichzeitig bestimme ich, daß die Reueinstellung von Arbeitskräften, so weit es sich nicht um den Ersatz für abgehende Kräfte handelt, ohne meine vorherige Genehmigung nicht vorgenommen werden darf. Der etwa entstehende Bedarf ist aus den vorhan-denen Kräften zu decken. Nur wenn das Bedürfnis sich als so dringlich beweist, daß die vorherige Einholung meiner Geneh-migung nicht mehr gangbar sein sollte, will ich es dem Ermessen der Herren Präsidenten überlassen, die Einstellung zuzulassen. In diesem Falle ist aber meine Genehmigung nachträglich ein-zuholen.“

Auf dem Dienstwege haben nun die Eisenbahndirektionen die ihnen nachgeordneten Dienststellen, Direktionsbüros, Vorstände der Kiemer und Bauabteilungen und alle Dienststellenvorsteher ent-sprechend informiert. Die Verfügungen der Direktionen sind durch die Amtsblätter ergangen und führen etwa folgenden Titel:

„Verfügung betreffend Einschränkung und wirt-schaftlichen Verbrauch an Kopfsiffern“. (E. D. Frankfurt, Amtsbl. Nr. 49.) — „Einschränkung des Per-sonalbedarfs“. (E. D. Köln, Amtsbl. Nr. 55).

Die vom Minister gewünschte „Beschränkung der Betriebsaus-gaben auf das unbedingt notwendige Maß“ ist also für die Direk-tionen gleichbedeutend mit der Einschränkung des Perso-nals. Wir haben bereits am 4. Dezember v. J. mit Bezugnahme auf die Verfügungen der Direktion Frankfurt darauf hingewiesen, daß danach Entlassungen von Eisenbahnarbeitern nicht ausgeschlossen sind. Derselben Auffassung begeben wir in der gesamten Partei-presse und auch in bürgerlichen Blättern. Halbamtlich wird nun der Versuch unternommen, diese Verfügungen zu zersplittern. Arbeiterentlassungen seien nicht angeordnet. In der „Nord. Allg.-Ztg.“ und in der „Eisenbahn“ wird sodann auf eine seit Jahren bestehende Anordnung des Ministers hingewiesen

„wonach Ausschäftsbedienstete und Arbeiter, die infolge des Ver-kehrsrückganges und der dadurch hervorgerufenen Abnahme der Dienstgeschäfte auf den Bahnhöfen oder an anderer Stelle ent-behrlich geworden sind, aus diesem Anlaß unter keinen Umständen aus dem Eisenbahndienst entlassen werden dürfen. Solche Be-dienstete sind vielmehr an anderer Stelle zu beschäftigen und überall da zu verwenden, wo infolge des natürlichen Auscheidens von Arbeitskräften Bedarf eintritt. Bei den hierzu erforder-lichen Überweisungen von Arbeitern an anderen Dienststellen ist noch Möglichkeit zu vermeiden, daß Arbeiter, die eine Familie haben, nach anderen Stationsorten versetzt werden. Diese An-ordnung bezieht sich auf alle dauernd im Dienst der Eisenbahn-verwaltung beschäftigten Bediensteten. Sie kann sich natürlich nicht auf solche Personen erstrecken, die von vornherein nur vor-übergehend eingestellt sind und hieron ausdrücklich gleich bei ihrer Annahme verständigt worden sind. Aber auch diese Bediensteten gelten trotz dieser Eröffnung als dauernd im Eisenbahndienst beschäftigt, wenn seit ihrer Einstellung ein Jahr verlossen ist, und abgesehen hiervon wird weiter ein großer Teil der nur vorüber-gehend beschäftigten Arbeiter nicht entlassen, sondern findet bei der Neueinstellung Stellen gleichfalls Verwendung.“

Diese Darstellung ist in jeder Beziehung irreführend und steht mit den Tatsachen im Widerspruch. Die betreffende Anordnung des Ministers ist durch die Direktionsverfügungen auf-gehoben worden. Lediglich durch Verschlebung des Perso-nals lassen sich Einschränkungen desselben, und um solche handelt es sich, nicht herbeiführen und wenn wir am 4. Dezember der Ver-mutung Ausdruck gaben, daß Entlassungen von Eisenbahnarbeitern nicht ausgeschlossen seien, so können wir heute mitteilen, daß be-reits an verschiedenen Stellen Entlassungen erfolgt sind.

Was soll denn auch anders bezweckt werden, wenn es z. B. in der Verfügung der Eisenbahndirektion Köln heißt:

„Da sich an einzelnen Stellen eine Abminderung des Ver-kehrs bemerkbar macht, muß erwartet werden, daß sich nunmehr auch der Personalbestand entsprechend vermin-dert. Die Dienststellenvorsteher werden daher beauftragt, den Personalbestand nach Möglichkeit einzuschränken, die nicht unbedingt notwendigen Kräfte zurück-zuziehen und die zur Kontrolle des Personalverbrauchs er-lässenen Bestimmungen genau zu beachten.“

Wenn demgegenüber von der „Eisenbahn“ behauptet wird, die Eisenbahnverwaltung tue alles, was in ihren Kräften stehe, um den Eisenbahnarbeitern auch in schlechten Zeiten das tägliche Brot zu erhalten, so trifft das nicht zu. Von den Eisenbahnarbeitern wird beständig über Personalmangel und übermäßige dienstliche Anstrengung geklagt und die wiederholten Ver-kehrsrückgänge im rheinisch-westfälischen Industriebezirk sind zu einem sehr erheblichen Teile auf den chronischen Personal-mangel zurückzuführen. Wenn dessenungeachtet bei den ersten Anzeichen eines Verkehrsrückganges in solcher Weise die Spar-schraube angezogen wird, so kann auch der „billig denkende Mensch“ nicht mehr ernstlich behaupten, daß die Eisenbahnverwaltung Rück-sicht auf die allgemeine Notlage der Arbeiter nehme.

Aus einer ganzen Reihe von Orten sind Entlassungen von Eisenbahnarbeitern gemeldet und die Verwaltungen der bundes-staatlichen Bahnen scheinen den großen preussischen Bruder auch in dieser Beziehung nicht nachsehen zu wollen. Von sozialen Pflichten des Staates ist hier nichts zu erkennen, noch weniger aber von Wohlwollen. Es gibt eine ganze Anzahl von privaten Unter-nehmern, die nach Ausnutzung der wirtschaftlichen Konjunktur, beim Abflauen des Geschäftsganges die Arbeiter weiter beschäftigen, eventuell bei verminderter Arbeitszeit. Von solchen sozialen An-wandlungen wissen sich die Verwaltungen unserer staatlichen Ver-kehrsinstitute vollkommen frei. Die Entlassungen von Staatsarbei-tern sind um so schlimmer, als der Staat stets unter Verusage auf das dauernde Arbeitsverhältnis die Arbeiter zu geringeren Löhnen einstellen als private Unternehmer. Das Schlimmste aber ist, daß die preussische Eisenbahnverwaltung ihr rücksichtsloses, unsoziales Vorgehen durch solche unzutreffenden Nachrichten, wie sie die „Eisenbahn“ und die „Nord. Allg.-Ztg.“ verbreiten, zu beschönigen sucht, denn damit wird den Privatunternehmern das häufigste Beispiel geliefert, und Staatsbetriebe sollen doch bekannt-lich Musterbetriebe sein.

Politische Uebersicht.

Statistik und Fürsorge für das Kranken- und Pflegepersonal.

Am Montag erledigte der Reichstag zunächst den Haushaltsplan für das Statistische Amt.

Abg. Sivolobich von der fortschrittlichen Volkspartei legte die Mängel der Schulstatistik dar.

Genosse Kühle fragte, wann endlich das Ergebnis der Erhebungen über die Ainderarbeit in der Forst- und Landwirtschaft veröffentlicht wird. Die Erhebung fand im Jahre 1904 statt. Unser Redner verurteilte es sehr, daß diese Sache so lange — 10 Jahre — verschleppt wird. Was über die Ainderarbeit in der Forst- und Landwirtschaft bekannt geworden ist, läßt uns mit Sicherheit auf eine unverantwortliche Ausbeutung und schwere Schädigung der Ainder schließen. Daher müßte die Gesetzgebung mög-lichst schnell eingreifen. Unter diesen Umständen verbreitet sich die Ueberzeugung immer mehr: die Reichsverwaltung ver-öffentliche nicht das Ergebnis jener Erhebungen gerade des-balb, weil sie ein entschiedenes Vorgehen gegen die Ausbeutung der Ainder verhindern will und ihr das nicht mehr möglich sein werde, wenn das durch die Erhebungen amtlich festgestellte furchtbare Elend bekannt wird.

Staatssekretär Dr. Deibrück lehnte die Verantwortung für die Verschleppung der Veröffentlichung ab, da zwei Bundesstaaten die Erhebungen noch nicht dem Statistischen Amt zugestellt haben. Er „hofft“ aber, daß vereinst doch ein-mal die Veröffentlichung erfolgen könne.

Dr. Pieper vom Zentrum sang ein Loblied auf die Leistungen des Statistischen Amtes; aber auch er hatte noch einige Wünsche. — Gen. Thiele regte Verbesserungen der Handelsstatistik und die Einführung einer Ent-mündigungsstatistik an.

Gen. Legien wies darauf hin, daß die amtliche Streit-statistik noch immer so durchgeföhrt wird, wie sie seinerzeit versucht worden ist, um Stimmung für das beabsichtigte Zucht-hausgesetz zu machen. Die Folge davon ist, daß die Arbeit als Streitstatistik ein falsches Bild liefert und völlig wertlos ist. Das hat auch der Staatssekretär eingesehen und erwägt seit vier Jahren bereits, daß die Streitstatistik ver-bessert werden könne. Genosse Legien hob hervor, daß über diese Verbesserungen eine Verständigung sehr schnell möglich ist. Daher richtete er die Frage an den Staatssekretär, wann das Statistische Amt mit seinen Erhebungen fertig sein werde. — Staatssekretär Dr. Deibrück zeigte deutlich genug, daß er über das Lächerliche dieses Spiels mit der falschen Streit-statistik nicht im unklaren ist. Aber — wann sich die Herren im Reichamt des Innern dazu aufschwingen können, diesem Spiel ein Ende zu machen, weiß auch er nicht. Und doch handelt es sich hier um eine wichtige Angelegenheit.

Bei der Normal-Eichungskommission brachte Abg. Krings (Nemwed) Beschwerden der Stein-arbeiter vor.

Dann kam das Gesundheitsamt an die Reihe. Gen. Antria begründete unseren Antrag auf Schutzgesetze für das Kranken- und Pflegepersonal. Er erinnerte daran, daß er seit 12 Jahren für derartige Forderungen ein-getreten ist. Inzwischen ist allgemein anerkannt, daß hier schwere Mißstände vorhanden sind und Hilfe geleistet werden muß. Trotzdem geschieht nichts. Unser Redner zeigte an der Hand unbereitbarer Tatsachen, daß eine längere Verzögerung der Schutzmaßnahmen geradezu unverantwortlich ist. Unser diesjähriger Antrag beschränkt sich gemäß einem Wunsche des beteiligten Verbandes auf die Anfänge des notwendigen Schutzes, weil diese Forderungen bisher auch die Zustimmung der bürgerlichen Parteien gefunden haben und ein ein-stimmiger Beschluß wünschenswert ist. Der Zentrums-abgeordnete Dr. Gerlach bedauerte, daß noch so viele Mißstände auf diesem Gebiete vorhanden sind. Aber — die Ärzte, so versicherte er, sind nicht schuld daran. Sie haben schon oft die notwendigen Ver-besserungen vorgeschlagen — ihnen werden jedoch die Geld-mittel dazu nicht bewilligt. Um so notwendiger, sollte man meinen, ist hier die Regelung durch die Gesetzgebung. Das will eben der Zentrumsherr nicht gelten lassen. Er tröstet sich vielmehr damit, daß die Verhältnisse auch ohne dies all-möglichlich besser werden. — Staatssekretär Dr. Deibrück wies den Vorwurf zurück, daß nichts zum Schutze des Kranken- und Pflegepersonals geschieht. Eine Regelung durch die Gesetzgebung sei zwar nicht angebracht. Wohl aber habe er an-geregt, daß die Anstalten auf Grund besonderer Verein-barungen die Mißstände beseitigen. — Der konservative Frei-herr v. Rügge stimmte selbstverständlich dem Staatssekretär zu. Abg. Dr. Blund von der fortschrittlichen Volkspartei hatte nicht gehört, daß Genosse Antria die Abweichungen unseres jetzigen Antrages von unserem vorjährigen Antrage eingehend begründet hat. Der fortschrittliche Herr ent-rüstete sich dabei über das vermeintliche „Umlernen“ der Sozial-demokraten. Er mußte sich von Genossen Antria sagen lassen, daß wir den Antrag abgeschwächt haben, um den Fort-schrittler und den anderen bürgerlichen Parteien den im vorigen Jahre noch vorgebrachten Vorwand zu nehmen, unsere Forderungen gingen zu weit. Daher ist es bezeichnend, daß jetzt Herr Dr. Blund gerade das Gegenteil von dem spricht, was im vorigen Jahre für seine Partei angeblich entscheidend gewesen ist, nur um gegen unseren Antrag zu stimmen.

Wer ist der Feind?

Außer den Vertretern der christlichen Gewerkschaften in Vohum hat auch der Reichsausschuß des Zentrums, der sich am Sonntag unter dem Vorsitz Dr. Spahns konstituiert hat, zum Gewerkschaftsstreit Stellung genommen. In seinem Aufruf an die Zentrumsmitglieder betont der Ausschuß zunächst die Wichtigkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, um dann fortzufahren:

„Alle Mitglieder der Partei müssen von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß gegenüber der stetig wachsenden Macht der staats- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie die christlich-nationalen Arbeiterbewegung nur dann voll zur Geltung kommen kann, wenn alles hintangehalten wird, was ihre Einigkeit und ruhige Entwicklung gefährdet.“

Die legendäre Tätigkeit der Partei und der Fraktionen, ihre Disziplin und Geschlossenheit sind fest verankert in dem un-erschütterlichen Vertrauen der Zentrumsmitglieder. Dieses Vertrauen wird seit längerer Zeit von einzelnen Personen und Preborganen zu unterwühlen gesucht. Selbst die katho-lische Genossenschaft altverbienter katholischer Mitglieder des Zentrums wird verdächtigt. So grundlose Angriffe weisen wir mit Ent-rüstung zurück. Sie führen zur Verwirrung der Weisheit und erschweren dem Zentrum die Erfüllung seiner großen Auf-gaben, insbesondere auch den Kampf für die Freiheit und Un-abhängigkeit der katholischen Kirche und der Gleichberechtigung des katholischen Volksteils. Die Träger dieser Ver-

Abkühlungen haben sich selbst außerhalb der Partei gestellt; sie sind als Feinde des Zentrums zu betrachten und zu behandeln.

Ob der Vatikan diese Erklärung ruhig hinnehmen wird? Es wird ihm zwar gesagt — denn die „Quertreiber“ sind ja nur die Dedresse — daß die ganze christliche Gewerkschaftsorganisation ja nur der Bekämpfung der Sozialdemokratie diene, aber es wird dann doch offen mit dem Krieg gedroht. Denn die Träger der Verbündigungen stehen ja unter dem Schutz des Papstes und dieser ist es in Wahrheit, den das Zentrum heute als seinen Feind fürchten muß. Wird der „Feind“ nun wirklich kapitulieren?

Der innigste Wunsch.

Der Bischof Johannes von Münster hat vor einigen Tagen 150 geistliche Präses der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine um sich versammelt. In einer Ansprache erklärte er:

„Es ist mein innigster Wunsch, daß alle katholischen Arbeiter der Diözese sich in katholischen Arbeiter- oder Knappenvereinen zusammenschließen zum Schutze ihres Glaubens, zur praktischen Betätigung, Verteidigung und zum Bekennnis dieses Glaubens und zu einer gründlichen sozialen Schulung, zur Teilnahme an den Wohlfahrtsanstalten aller Art, zur Pflege einer Herz und Geist befriedigenden Geselligkeit.“

Der Bischof redet hier also ausdrücklich nur von Arbeiter- oder Knappenvereinen. Die christlichen Gewerkschaften sind nicht einmal erwähnt — und das natürlich nicht ohne Absicht.

Immer feste draus!

Ein Beamter soll die Sozialdemokratie auf alle Art bekämpfen; diesen Grundsatz hat der Disziplinartrat des preussischen Oberverwaltungsgerichts von neuem aufgestellt. In einer Landgemeinde war infolge der Stimmenthaltung des Gemeindevorstehers ein Sozialdemokrat in die Schulkommission gekommen. Eine Anzeige gegen den Gemeindevorsteher hatte die Einleitung des Disziplinarverfahrens zur Folge. Der Disziplinartrat des Oberverwaltungsgerichts sah von einer Dienstentlassung des Gemeindevorstehers ab, verurteilte ihn jedoch zu einer Disziplinarordnung in Höhe von 30 M.

Der Senat ging nach einer Mitteilung des „Berliner Lokal-Anzeiger“ von folgenden Ermüdungen aus: Der Gemeindevorsteher mußte sich von vornherein bei einer Wahl von Schulorganen, die zugleich als solche Staatsorgane seien, sagen, daß eine Stimmenthaltung den Eintritt sozialdemokratischer Mitglieder in das Kollegium ermöglichen könnte. Wenn er dies zu verhindern unterlassen habe, indem er sich der Stimme enthielt, lasse dies einen bedauerlichen Mangel an politischem Scharfsinn erkennen, denn als Beamter hätte er auf jeden Fall durch seine Stimme verhindern müssen, daß Feinde der heutigen Gesellschaftsordnung und des Staates auf die Schule, die die Kinder nicht nur für den Lebensweg vorbereiten, sondern sie auch zu monarchisch gesinnten Menschen erziehen solle, bestimmenden Einfluß gewinnen. Seine Pflicht wäre es gewesen, selbst wenn der bürgerliche Kandidat ihm persönlich ungeeignet erschien, diesen zu wählen. Es wäre nach der Wahl immer noch Zeit genug gewesen, seine etwaigen Bedenken an die Aufsichtsbehörde weiterzugeben. Es könne ihm auch nicht als Entschuldigung angerechnet werden, daß er bei seiner Stimmenthaltung von dem Gedanken ausgeht, eine etwaige Wahl sozialdemokratischer Mitglieder würde durch die Aufsichtsbehörde doch nicht bestätigt werden.“

So wird die Selbstverwaltung der Gemeinden Stück um Stück zunichte gemacht, und die Gemeindebeamten sind nach dem vorstehenden Urteil nicht mehr die Konsuln der Gemeinden, sondern die willenlosen Werkzeuge der Reaktion!

Karl Peters kriegt ein Denkmal.

„Danke der Opferwilligkeit weiter Kreise“ soll in kurzer Zeit eine so große Summe zusammengekommen sein, daß das Denkmal bereits beschlossen hat, mit dem Bau eines Peters-Denkmal sofort zu beginnen. Das Denkmal soll in Daresalam in Deutschostafrika errichtet werden und auf einem fünf Meter hohen Obelisk stehen, auf dem eine drei Meter hohe Vortragsstatue des Peters errichtet wird. Es soll, wie die Denkmalkommission mitteilen läßt, in seinem monumentalen Charakter am Safeneingang von Daresalam stehen und „jedem Ankommenden als Wahrzeichen dienen und ihm sagen: Hier ehrte das deutsche Volk Karl Peters.“

Es ist kennzeichnend für unsere weltpolitische Unmoral, daß sich Leute gefunden haben, die einem Peters ein Denkmal errichten. Wie Peters Deutschostafrika gewann, indem er die eingeborenen Hauptlinge bezog und ihnen dann einfach die gewünschten Kaufverträge abzwang, das hat er ja selbst in einem Buche mit jener Unverfrorenheit, die ihn auszeichnete, geschildert. Und was der „stille Vorkorenjohn“ wätere an den brutalsten Mißhandlungen und an Verhängung barbarischer Strafen leistete, das ist ja durch die verschiedenen Peters-Prozesse zum Schandern der Kulturwelt entlarvt worden. Aber Weltpolitik und Menschlichkeit sind ja nun einmal unvereinbare Begriffe. Daß sich unsere Weltpolitiker also just diesen Peters zum nationalen Schutzgeist Deutschostafrikas ausersehen haben, kennzeichnet sie und unsere ganze Kolonialpolitik. Vielleicht sieht man den Geist, Klatschen-Schänder, Arenberg und den anderen Kulturpionieren vom gleichen Kaliber demnächst auch noch Denkmäler!

Die badische Regierung zur Bloßpolitik.

Die „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht einen längeren offiziellen Artikel über die politischen Auseinandersetzungen in der zweiten badischen Kammer. Darin wird hervorgehoben, daß der Minister des Innern, Febr. v. Vodman, die Großblockpolitik unumwunden beurteilt, andererseits aber auch das Anwachsen des Zentrums als eine Gefahr für die weitere freiheitliche Entwicklung des Landes betrachtet. Was die Arbeiten des Großblocks im Landtag betreffe, so erkläre der Minister an, daß die Vinte, einschließlich der Sozialdemokratie, nützliche Arbeit zum Wohle des Landes geleistet habe. Der Minister möchte das badische Volk wahr, frei und selbständig leben, und damit erscheine ihm nicht vereinbar, was in der Wahlbewegung und in der politischen Betätigung der katholischen Geistlichen vielfach hervortrete. Deshalb sei die Wohnung nur zu bekräftigen, daß auch die Geistlichen sich eine gewisse Zurückhaltung im politischen Kampf auferlegen möchten.

In Ehrennotwehr gehandelt.

Vor dem Schöffengericht in Aehl fand am Montag eine Verhandlung statt, die mit den Zaberner Vorkommnissen in enger Verbindung steht. Ein Zaberner Kopfbild einer Straßburger Zeitung, die in denselben Spuren wandelt wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung, hatte den Redakteur Liebeck in der schwersten und gemeinsten Art beleidigt. Der 24jährige Sohn des Redakteurs begab sich darauf am 4. Dezember mit einem Freunde zum Redakteur des Chauvinistenblattes und züchtigte hier den verantwortlichen Redakteur mit der Hundepöbele. Auf Befragen gibt der Angeklagte an, daß auf die ungeheuren Beleidigungen seines Vaters der Weg der gerichtlichen Klage schon deswegen nicht beschritten wurde, da der verantwortliche Redakteur des Kehler Blattes mit seiner Frau in Gütertrennung lebe, und man deswegen damit rechnen mußte, bei einer Verurteilung des Beleidigers

schließlich noch obenbein die Kosten selbst tragen zu müssen. — Der Staatsanwalt plädierte auf eine Geldstrafe, da der Angeklagte aus einer ehrenhaften Stellung heraus gehandelt habe. Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung oder zumindest eine ganz geringe Geldstrafe, da der Angeklagte in Ehrennotwehr gehandelt habe. Das Gericht verurteilte den angeklagten Sohn des Redakteurs wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruch zu 100 M., den Begleiter wegen Hausfriedensbruch zu 40 M. Strafe.

Eine „gerechte, aber feste“ Regierung

sollte nach der Proklamation Weismann Hollwegs im Reichstage mit dem Regierungswechsel in Esch-Lothringen Platz greifen. Die Probe aufs Exempel ist sofort nach dem Amtsantritt des neuen Staatssekretärs und Ministers des Innern gemacht worden mit zwei französischen Vorträgen, die der Auslandsredakteur des Pariser „Temps“, André Tardieu, letzte Woche in Mülhausen i. G. und in Straßburg vor Eingeladenen halten sollte über zwei verwandte Thematika: in Mülhausen i. G. am Donnerstag über „Die Balkankrise und ihre Folgen für Europa“, in Straßburg am Freitag über „Die Triple-Entente, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft“. Das „gerechte, aber feste“ neue Regiment dokumentierte sich alsbald darin, daß in Mülhausen der Vortrag stattfinden durfte, wo er im Saale der „Industriellen Gesellschaft“ vor etwa 700 Personen aus der einheimischen, französisch sprechenden Bourgeoisie ohne Zwischenfall ruhig vor sich ging, während er in Straßburg, wo der Vortragende doch ebenfalls in gesellener Gesellschaft sprechen sollte, vom Bezirkspräsidenten auf Grund der Bestimmungen über die Fremdenpolizei verhindert wurde; verhindert nicht etwa, weil es für die Reichsicherheit gefährlicher erschien, den Pariser Redakteur über die Triple-Entente reden zu lassen, als über die Balkankrise, wo bei sich im Vortrag, ohne vom Thema abzuweichen, genau dasselbe sagen läßt, sondern weil der in Mülhausen harmlose französische Blauderer in Straßburg als „lästiger Ausländer“ galt, der mittels eines anonymen (!) Briefes bei dem Saalbesitzer und der Polizei als „einer der schlimmsten Feinde des Deutschtums“ denunziert wurde, gegen den man mit einer „öffentlichen wirkungsvollen Stellungnahme reichstreuer Kreise“ vorgehen werde, um der Wiederholung von Fällen vorzubeugen, in welchen die Hand des westlichen Friedensstörers und Verräters im Bunde mit den hier ansässigen Welschlingen im Spiele gewesen ist“. Der Saalbesitzer übergab diesem Brief dem „Journal d'Alsace-Vosges“, und dieses sieht darin nicht mit Unrecht einen Beweis, daß ein Spahvogel — denn um den Streich eines solchen handelt es sich offenbar — jeden Augenblick mit einem anonymen Brief die Polizei in Esch-Lothringen gegen einen harmlosen politisch-wissenschaftlichen Vortrag vor einer Privatgesellschaft mobil machen kann, wie der zahlreicher Welter in Straßburg vor einem Jahre zur Arndung des Marnebals die Straßburger Garnison mit einem gefälschten Telegeamm alarmieren konnte. Ja, die „gerechte, aber feste“ Regierung!

Steuerhinterziehungen.

Der Generalpardon zum Wehrbeitrag bringt — soviel steht jetzt schon fest — ungeahnte Vermögen in Breußen zum Vorschein. Es zeigt sich, daß der Reichtum in Breußen viel größer ist, als man bisher geglaubt hat. Denn bisher sind ungewöhnlich hohe Vermögen nicht versteuert worden. Und nur in wenigen Fällen sind Steuerhinterzieher, so schreibt die „Neue Gesellschaftl. Korrespondenz“, zur Verantwortung gezogen worden. Denn die Steuerbehörde kann natürlich nur in ganz trassen Fällen ein besonderes Ermittlungsverfahren einleiten. Im letzten Jahre wurden insgesamt 2950 Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung anhängig gemacht, 456 mehr als im Vorjahre. Die meisten im Regierungsbezirk Potsdam, in dem die Berliner Vororte liegen. Hier wurden 440 Strafverfahren eingeleitet, in Berlin selbst nur 31. Dann folgen die Regierungsbezirke Arnberg mit 174, Düsseldorf mit 132, Münster mit 119 und Kassel mit 109 Strafverfahren. Ihnen schließen sich an mit mehr als 50 Verfahren die Regierungsbezirke Frankfurt a. D., Stettin, Riegitz, Oppeln, Magdeburg, Schleswig, Hannover, Hildesheim und Köln. Ohne Strafverfahren war kein einziger Regierungsbezirk. Die besten Bezirke waren Alfenstein und Sigmaringen mit nur je 2 Verfahren. In 2441 Fällen wurden sofortige Straffestellungen durch die Regierungen erlassen. Im ganzen wurde nahezu 1 Million Mark als Strafe verhängt, nämlich 918 583,80 M. In 1877 Fällen wurde die Strafe ohne weiteres bezahlt, und zwar in Höhe von 659 323,30 M. In 298 Fällen wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Davon führten 43 Fälle zum Freispruch. An Nachsteuer kamen 529 092,57 M. Einkommensteuer und 531,19 M. Ergänzungssteuer ein. An Strafen und Nachsteuern wurden rund 1 700 000 M. eingezogen. Dazu traten noch mehr als 400 000 Mark Nachsteuern aus Erbschaften, wenn ein verstorbener Steuerpflichtiger Steuern vorenthalten hatte. Im ganzen sind dem Staate also durch strenge Steuerkontrolle mehr als 2 Millionen Mark zugeflossen. Eine Summe, die für sich spricht.

Die Wirkungen der Königsrede — Ministerkrisis — Toben der Rüstungsheger.

Das Auftreten des Königs vor dem „Bauernzuge“ und seine offene Stellungnahme gegen die Regierung, hat am Sonnabend zu heftigen Debatten im Reichstage geführt, über die der Telegraph bereits berichtet hat. Unser Genosse Branting wies in einer eindrucksvollen Rede den Versuch zurück, in Schweden das persönliche Regiment einzuführen. Der liberale Führer Eden fand nicht minder den passenden Ausdruck für eine sachliche Zurückweisung der königlichen Uebergriffe. Leider verließ seine Partei bei der Abstimmung über die Zivilliste, bei welcher Gelegenheit dem König eindringlich zu Gemüte geführt werden konnte, daß nicht der Reichstag auf ihn, sondern umgekehrt er auf den Reichstag angewiesen ist. Nun wurde allerdings erklärt, daß die Zivilliste einem Monarchen auf Lebenszeit bewilligt sei und daß die alljährliche Einstellung ins Budget eine reine Formsache wäre. Deshalb die Liberalen nicht dagegen stimmen konnten.

Das kann über den Ernst der Situation nicht hinwegtäuschen. Die Regierung hat bereits vom Könige Aufklärung über einzelne Stellen seiner Rede erbeten, womit sie beweist, daß sie nicht geneigt ist, sich zu Schuldburden der reaktionären Rüstungsheger herabzulassen. Andererseits haben die konservativen Politiker die Konsequenzen der Königsrede durchschaut und versuchen nun, den Mantel der christlichen Liebe über die politische Entgleisung des königlichen Redners zu decken. Herr Lindman und mit ihm die erstere konservative Presse verfechten nur das Recht des Königs, seine Meinung zu sagen, aber sie lassen sich über diese Meinung selbst nicht aus. Herr Sven Hedin aber, der die Rüstungshege mit so großem Eifer betreibt, droht schon mit dem — Staatsstreich. Am Sonnabend hat er eine Rede in einer Bauernversammlung gehalten, in der er gegen den Reichstag herzog und erklärte, der Parlamentarismus

passé nicht für die schwedischen Verhältnisse. Er versuchte, die Bauern gegen den Reichstag aufzuheben, dessen parlamentarische Führer er als Abenteuerer beschimpfte. Diese Toller ist allerdings verständlich. Dadurch, daß der König den irrsinnigsten Rüstungsheger anstatt seinen verfassungsmäßigen Ratgebern solate, hat er eine Ministerkrisis heraufbeschworen, die nur behoben werden kann durch einen Rückzug des Königs. Erfolgt dieser Rückzug nicht, dann ist die Militärvorlage für dieses Jahr ausgeschlossen. Denn ein Regierungswechsel kann jetzt nur erfolgen, wenn die Konservativen bereit sind, die Regierung zu bilden. Sie haben aber keine Mehrheit im Reichstage und können daher keine Militärvorlage durchbringen. Es müßte also zu Neuwahlen kommen. Und das ist ja, was die Liberalen und Sozialdemokraten wollen, denn der König widerspricht. Die Rüstungsheger sehen nun ein, was sie und der von ihnen dirigierte König angerichtet haben, und daher die wüsten Ansätze des Herrn Hedin und seiner Leute.

Italien.

Die Ziviltrauung.

Aus Rom wird uns geschrieben: Trotz der Mobilmachung des Vatikan gegen den geplanten Entwurf hat der Justizminister am 4. Februar das Gesetz über den Vortritt der standesamtlichen Trauung vor der kirchlichen vorgelegt. Der Entwurf, den der „Officatore Romano“ „mehr als ein Ausnahmengesetz, ein Gesetz der Verfolgung“ nennt, besteht aus neun Paragraphen. Es wird festgesetzt, daß der Geistliche jeder Konfession eine kirchliche Trauung nur vornehmen darf, nachdem ihm die Papiere über die erfolgte Ziviltrauung vorgelegt wurden. Im Uebertretungsfalle wird das Ehepaar mit Buße bis zu 1000, der Geistliche mit Buße bis zu 2000 Lire bestraft. Ist der Geistliche rückfällig, so kann auch auf Verlust seines Amtes bis zur Dauer eines Jahres erkannt werden. Von praktischer Tragweite ist die Bestimmung des vierten Paragraphen, nach der die widerrechtlich durch nur kirchliche Trauung bereinigten Paare trotz der Ungültigkeit dieser Trauung die Rechte einbüßen, die ihnen aus ihrem früheren Zivilstand als Ledige oder Verwitwete erwachsen. Diese Bestimmung wendet sich gegen die in Italien recht häufig vorkommenden Fälle, in denen sich Witwen von Beamten, die eine neue Ehe eingehen wollen, nur kirchlich trauen lassen, um ihre Witwenpension nicht zu verlieren. — Als Nebenbestimmung setzt das Gesetz fest, daß alle im Laufe von vier Monaten nach dem Inkrafttreten des heutigen Gesetzes standesamtlich geschlossenen Ehen in ihren zivilrechtlichen Wirkungen bis auf die früher geschlossene nur kirchlich eingetragene Ehe zurückgreifen.

Obwohl ein ähnliches Gesetz sogar schon in dem urfaholischen Königreich beider Sizilien, also unter bourbonischem Regime bestand, bereitet sich der Vatikan auf eine Abwehr vor, die in der katholischen Aktion Italiens seit langem ihres gleichen nicht hat. Die bürgerlichen Abgeordneten werden mit Protesttelegrammen von Paffen und Wänden geradezu überflutet. Alle Kirchenbäter werden angekränzt, um die Ausschließung des Unterfangens der Regierung darzutun, die den Priestern das Recht verkürzen will, ein Sakrament zu spenden. Man darf gespannt sein, wer in der an sich ziemlich belanglosen Frage den Sieg davontragen wird.

Japan.

Ein weißer Kabe.

Tokio, 9. Februar. Die Budgetkommission des Landtages hat eine Herabsetzung des Marineetat's um 30 Millionen Yen beschlossen.

Der Rüstungsandal.

Tokio, 9. Februar. (B. T. Z.) Der Marineminister erklärte in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Landtages, er werde sich der beschlossenen Budgetherabsetzung nicht widersetzen. Die Untersuchung in dem Flottenandal schreite fort; er hoffe, bald in der Lage zu sein, die gegenwärtige Ungewißheit aufzuklären. — Eine von ungefähr 2000 Personen besuchte Versammlung im Amphitheater nahm heute mehrere Anträge an, in der gegen die Regierung wegen des Flotten-standals Anklage erhoben und jedermann dringend aufgefördert wird, eine noch größere Versammlung, die morgen im Hibana-Park abgehalten werden soll, zu besuchen. Dieser Versammlung wird mit einiger Sorge entgegengesehen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Volkstimmung gegen die Regierung und die Flotte hauptsächlich nicht durch den Flottenandal veranlaßt ist, sondern durch die fortgesetzten hohen Flottenausgaben und die Aufrechterhaltung der unpopulären Steuern.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer Panamassandal.

Panama, 9. Februar. (B. T. Z.) Nach Untersuchung gewisser Transaktionen im Zusammenhang mit der Verpflegung der Kanalarbeiter hat Oberst Goebals den Direktor der Verpflegung John Burke entlassen. Als Grund wird angegeben, daß Burke während seiner Amtsdauer 78000 Dollar aufgeschöpft und Grundbesitz im Werte von 59000 Dollar erworben hat. Der Kriegssekretär hat die gerichtliche Verfolgung angeordnet.

Ende der Revolution in Peru.

Lima, 9. Februar. (B. T. Z.) Die Ordnung ist vollständig wieder hergestellt. Der Handel ist normal. Ein Erlass der Kammer wird die Wähler zur Wahl eines neuen Präsidenten zusammenrufen. Die beiden Kandidaten sind Augusto Durand und Javier Prado Ugarciche.

Dauerflug eines deutschen Fliegers.

Johannisthal, 9. Februar. Der Flieger Max Schüler startete heute morgen 7 Uhr 20 Min. auf Agodoppeldeder mit 100pferdigem Gylindrigem Agomotor auf dem Flugplatz Johannisthal zu einem Fernflug um die Stundenprämie der National-Flugschule. Er flog über Magdeburg, Braunschweig, Hannover, Hamburg, über Rendsburg nach Kiel, wo er nachmittags 5 Uhr 3 Minuten landete. Mit diesem neunstündigen Flug erwarb er die Anwartschaft auf eine Prämie von 14300 M.

Die Epidemien in den französischen Garnisonen.

Paris, 9. Februar. Nach einer Depesche aus Spinal sind im Laufe des gestrigen Tages in den östlichen Garnisonen wieder sechs neue Todesfälle vorgekommen.

Tödlicher Unfall eines Fliegers.

San Diego (Kalifornien), 9. Februar. Leutnant Post von der Militärfliegerabteilung ist heute mit seinem Flugzeug tödlich verunglückt. Er stürzte aus einer Höhe von 500 Fuß aus dem Apparat, während er neben der Bucht dahinflug. Nach Berichten von Augenzeugen explodierte die Maschine und schleuderte den Flieger hinaus.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Der beste Ersatz für Oper, Theater, Variété, Konzert. — Nur erste Künstler!

Unser Luxus-Modell besitzt feinpoliertes, großes Eichen-Gehäuse von 37x37x20 cm, hat bunte Holzverkleidung und Bronze-Köpfe an den Türen, extra starken, geräuschlos arbeitenden Motor etc. etc. Ein im Innern befindlicher Resonanzkörper aus gebogenem Tonholz schließt jeden metallischen Beiklang aus. Durch die verstellbaren Türen ist beliebige Dämpfung des Schalles ermöglicht. —

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem unzerstörbaren Saphirstift.

Bial & Freund in Breslau II Postfach 120/125



Sie brauchen kein Geld dazu

Wir senden denselben kostenlos

fünf Tage zur Probe nebst 40 ausgewählten Stücken auf 20 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. Haben Sie unsere Pathé-Platten schon einmal gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den üblichen Nadelplatten noch nach Jahren so schön und rein erklingen, wie beim ersten Spiel. — Unser trichterloser Apparat ist **der Gipfel der Vollkommenheit**

und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf den Markt kommenden Typen. — Jeder Apparat ist mit der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose versehen, die allein überall mit 20.- Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an uns monatlich nur 4 Mk. bei Nichterfolg nur die ganz minimale Hin- und Rückfracht zu zahlen. **Die Lieferung erfolgt sofort!**

* Bei Lieferung mit 20 Stücken auf 10 Doppelplatten beträgt die Monatsrate nur 3 Mark.

Senden Sie uns noch heute diesen Schein An die Fa. Bial & Freund in Breslau II Postfach 120/125

Senden Sie mir einen ansehnlichen Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 40 ausgewählte Stücke auf 20 doppelseitigen Platten, 5 Tage z. Probe. 29cm großen Pathé-Platten. Wenn ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Ihre Adresse franco zurücksende, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrecht bis zum Auslieferung für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose 60.- Mark und für die 20 Pathé-Doppelplatten à 3.20 Mk. in monatlichen Abt. 1 der Probezeit davon 4 Mark ginnend. Erfüllungsort Breslau.

Vor- u. Zunamen: _____
Beruf: _____
Ort: _____
Straße-Platz-Nr.: _____

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 10. Februar 1914.
Anfang 6 Uhr.

Eines Palast am Zoo. Variété- Lustspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Kollendorfer-Theater. Variété- Lustspiele.

Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.

Deutsches Opernhaus. Parsifal.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Die Neuerwählten. Härtliche Verwandte.

Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.

Zeltung. Beer Sant.

Königsgrauer Straße. Brand.

Zirkus Busch. Galavorstellung.

Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 7 3/4 Uhr.

Metropol. Die Kette um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Prof. Dr. A. Schmidt: Die Forschungsinstitute auf dem Telegraphenberg bei Potsdam und ihre Tätigkeit.

Hörsaal: Prof. Dr. Lindner: Methoden der mikrobiologischen Forschung.

Deutsches Künstler-Theater. Das Phantom.

Kammermusik. Der Ench.

Kammermusik. Kammermusik.

Theater an der Weidendammer Brücke. Wer zuletzt lacht.

Theater am Kollendorferplatz. Die spanische Fliege.

Kunstspielhaus. Die spanische Fliege.

Montis Cyrenen. Die verbotene Stadt.

Schiller O. König Lear.

Schiller Charlottenburg. Die beiden Leonoren.

Theater des Westens. Polenblut.

Berliner. Die erste Ehejahr.

Walhalla. Tangofieber.

Folies Caprice. Café Pringsheim.

Der Heiratstag. Meyerstein.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der Kaiserjäger.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: **König Lear.**

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Moral.**

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Meyers.**

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr: **Die beiden Leonoren.**

Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Zopf und Schwert.**

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die beiden Leonoren.**

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Herodes und Mariamme.**

Theater in der Königsgrauer Straße

7 1/2 Uhr: **Zum 50. Male: Brand.**

Komödienhaus.

8 Uhr. **Kammermusik.** 8 Uhr.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: **Wie einst im Mai.**

Residenz-Theater

8 Uhr. **Hoheit — der Franz!**

Waffelische Gesellschaft in 3 Akten von Arthur Landshöcker und Willi Wolf.

Rausch von Robert Winterberg.

Morgen u. f. Tage: **hoheit — der Franz!**

Sonntag, 15. Febr., 3 Uhr: **Gretchen.**

Deutsches Künstlertheater

Sozialität. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.

Kasse: Nollendorf 1383.

Abends 8 Uhr: **Das Phantom.**

Mittwoch, 3 1/2 Uhr: **Peterchens Mondfahrt.**

8 Uhr: **Der Bogen des Odysseus.**

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**

Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr: **Gräfin Fil.**

Friedr.-Wilhelmstäd. Theater.

Direktion: **H. Bryk.**

Fräulein Trallala.

Von Konstantin Gilbert.

Leipziger, Kaffenerstraße 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Sonntag, 15. Febr., nachm. 3 Uhr: **Zapfenstreich.**

Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: **Eine Hochzeit in der Müllerstr.**

Theater am Kollendorferplatz 5.

8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luise-Theater. 5 1/2 Uhr: **Das erste Ehejahr.**

Schaupl. in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt. | Gef. u. Lang in 3 Akten v. Ernst Urban.

Walhalla-Theater.

Abends 8 1/2 Uhr: **Tangofieber.** Große Feste m. Schauspiel. in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt. | Gef. u. Lang in 3 Akten v. Ernst Urban.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: **Anatoles Hochzeit.**

Brauerei Friedrichshain

Täglich außer Sonnabends: **Das stimmungsvollste Bayr. Bockbier-Fest.**

Mittwochs u. Donnerstags: **Elite-Tag.**

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Regts. Dirig. Oberm. Becker und Tegernseer und Zillerthaler Musikanten, Dirig. Hans Starp.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

Oranien-Palast

Ecke Oranienstraße u. Oranienplatz.

Eröffnung Donnerstag, den 12. d. Mts.

8 Uhr abends. Große Sehenswürdigkeit!

Die Konzerte werden geleitet von dem Kapellmeister **Alexander v. Tortilovius.**

Direktion: **Oskar Barton.**

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.

Heute Dienstag, den 10. Februar: **Elitetag! Damenprämierung.** Prämiiert wird: **Der eleganteste, modernste, geschlitzte Rock**

3 bare Geldpreise: 50.—, 30.—, 20.— M. Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Voranzeige! Morgen Mittwoch, d. 11. Februar: Herren-Prämierung. Prämiiert wird: **Der längste Schnurrbart!**

3 bare Geldpreise 30.—, 20.—, 10.— Mark.

Tranon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: **Anatoles Hochzeit.**

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luise-Theater. 5 1/2 Uhr: **Das erste Ehejahr.**

Schaupl. in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt. | Gef. u. Lang in 3 Akten v. Ernst Urban.

Walhalla-Theater.

Abends 8 1/2 Uhr: **Tangofieber.** Große Feste m. Schauspiel. in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt. | Gef. u. Lang in 3 Akten v. Ernst Urban.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: **Anatoles Hochzeit.**

Brauerei Friedrichshain

Täglich außer Sonnabends: **Das stimmungsvollste Bayr. Bockbier-Fest.**

Mittwochs u. Donnerstags: **Elite-Tag.**

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Regts. Dirig. Oberm. Becker und Tegernseer und Zillerthaler Musikanten, Dirig. Hans Starp.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

Oranien-Palast

Ecke Oranienstraße u. Oranienplatz.

Eröffnung Donnerstag, den 12. d. Mts.

8 Uhr abends. Große Sehenswürdigkeit!

Die Konzerte werden geleitet von dem Kapellmeister **Alexander v. Tortilovius.**

Direktion: **Oskar Barton.**

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.

Heute Dienstag, den 10. Februar: **Elitetag! Damenprämierung.** Prämiiert wird: **Der eleganteste, modernste, geschlitzte Rock**

3 bare Geldpreise: 50.—, 30.—, 20.— M. Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Voranzeige! Morgen Mittwoch, d. 11. Februar: Herren-Prämierung. Prämiiert wird: **Der längste Schnurrbart!**

3 bare Geldpreise 30.—, 20.—, 10.— Mark.

POSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 138/139. **Kinder der Großstadt.**

Anfang 8 Uhr: **Wittmochnacht.** 3 Uhr: **Wilhelm Tell.** Abends 8 Uhr: **Am weißen Rößl.** Donnerstag: **Berlin wie es weint u. lacht**

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Dienstag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Große Gala-Vorstellung**

U. a.: **Original Little Freds** Akrobat u. kunstroit. Hunde. **Akrobatischer Reitakt** Geschw. Blumenfelds. **Leach-Laquina-Trio** Drahtseilakt.

Neu! **Ku-Ku-Di's** Neu! genannt „Die Goldmephistos“.

Therese Reiz dress. Elefanten u. Ponys. Dir. Alb. Schumann, neueste Orig.-Schul- u. Freiheitsdress.

Um 9 1/2 Uhr: **Das neue gr. Ausstatt. i. 7 Bildern**

„Tipp“ der Derby-Favorit 1914.

Apollo-Theater.

8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr. Zum 48. Male: **Hartstein.**

Zu sehen ohne Pause. Außerdem das große Februar-Variété-Programm. **Rauchen gestattet!**

WINTERGARTEN

Neues Programm! **Madge Lessing** und **Fred Wright**

Grock u. Lohé | **The Perozoffs** Jongleurszene „Un souper chez Maxim“

und den von Publikum und Presse glänzend beurteilten **Februar-Attraktionen!** — Rauchen gestattet! —

Passage-Panoptikum.

Die wilden **Feuerfresser**

in ihren fantastischen **Martern.**

Mister Rappo, der Ausbrocherkönig. **Unfesselbar!** **Lebend!** **Ohne Extra-Entree.**

URANIA Taubenstr. 48/49.

8 Uhr: Prof. Dr. A. Schmidt: **Die Forschungsinstitute auf dem Telegraphenberg bei Potsdam und ihre Tätigkeit.**

Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Lindner: **Methoden der mikrobiologischen Forschung.**

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Große Gala-Vorstellung.**

U. a.: **Ed. Wulfs** Tervier als **Vierbeinige Trapez-Künstler.**

Hierzu **Die Tessens** in ihrem akrobatischen Gleich „**Artistenkinder**“ (sowie auftreten aller gr. Akrobat. Sum Schluß: **„Pompeji“.**

Dirig. Ausstattungs-Pantomime des Zirkus Busch in 5 Akten. Abent.

Folies Caprice.

8 1/2 Uhr: **Café Pringsheim** Der Heiratstag Meyerstein

Casino-Theater

Lotzbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr. Ein neues Berliner Volksstück: **Die olle Webern.**

Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor! Einziges Theater in diesem Genre! Im Stile der alten Wallner-Bühne. Sonntag 4 Uhr: **Mutterliebe.**

Metropol-Theater.

Abends präglie 7 Uhr 55: **Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

Admiralspalast.

Eis-Arena. Täglich: **Die lustige Puppe.**

Großes Ballet auf dem Eise. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. **Wein- u. Bier-Abteilung.**

Schwarzer Lichtenberg, Adier, Frankfurt Urauff. 3.

Dienstag, den 10. Februar 1914: **Gastspiel des Voigt-Theaters. Der Goldbauer.**

Schaupl. i. 4 Akten v. Ch. Birch-Deffner. Kaffenerstraße 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Vorauszeige! Dienstag, 17. Febr.: **Witzgänger. Operette** in 4 Akten.

Bar den Inhalt der zu erate abennimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber feierlich Verantwortung.



Alt-München in Berlin

Ecke Friedrich- und Mohrenstraße * Spezial-Ausschank der Kochelbrauerei München

Eröffnung Dienstag, den 10. Februar, abends 6 Uhr.

:: München in Wort und Bild :: Geschäftsführer Toni Jahrstorfer aus München Vorzügl. Küche mit Münchener Spezialitäten

Gewerkschaftliches.

Keiling, der Mordbube!

Der wegen Körperverletzung, Betruges, Kuppelerei, Diebstahl, Hehlerei, Nötigung und Freiheitsberaubung zu vielen Jahren Gefängnis, Zuchthaus und Ehrverlust verurteilte Streikbrecheragent Keiling, der auch hier in Berlin ungestraft Streikenden mit dem Revolver drohen durfte, hat seinen Verbrechen ein neues, schlimmeres hinzugefügt: er ist zum Mörder geworden! Wie wir schon in unserer Montagsausgabe melden konnten, hat Keiling den Buchdrucker Solinger im Hotel „Stadt Prag“ zu Tetschen durch einen Schuß mit der Browningpistole schwer verletzt. Solinger ist nun, wie aus Vodenbach telegraphiert wird, seinen Verletzungen erlegen! Keiling ist damit zum Mörder geworden.

Die österreichischen Behörden sind zur Verhaftung Keilings geschritten.

Es hätte zu dem grauenhaften Zwischenfall im österreichischen Buchdruckerstreik nicht kommen können, wenn nicht dieselben Behörden das Auftreten der Koch, Keiling usw. gebilligt und unterstützt hätten.

Während in Wien unter Vermittelung der Staatsbehörden an der Beilegung der Bewegung gearbeitet wurde, taten die niederen Polizeiorgane in der Provinz alles, laubstrebenden Elementen wie diesem Keiling die Heranschaffung von ausländischen Streikbrechern zu ermöglichen. Man sah es mit Freuden, wie die herangezogenen zweifelhaften Fremden an die Stelle der um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden eigenen Landsleute traten. Die Waffe, welche die Obrigkeit angeblich zur Aufrechterhaltung der Ordnung führt, wurde nicht zur Abwehr erhoben, wenn irgend ein verbrecherisches ausländisches Subjekt den Revolver auf die Staatsbürger richtete, zu deren ausdrücklichem Schutz angeblich die Institution der Polizei geschaffen wurde. Die Waffe der Obrigkeit erwies sich als stumpf, wenn der drohende Verbrecher ein Arbeitswilliger oder ein Arbeitswilligenagent war. Die Revolvergeschosse des Keiling sind nicht die ersten, die im österreichischen Buchdruckerstreik von reichsdeutschen Arbeitswilligen-Vermittlern unter den Augen der Polizei abgefeuert wurden. Aber glücklicherweise endete bisher keiner der Fälle so entsetzlich tragisch, wie der in Tetschen.

Diese Mordbuben, die in Magdeburg, in Stettin und jetzt in Tetschen kalten Wintes ehrliche Arbeiter niedermähten, haben ihre Mitschuldigen. Sie haben sie in den Kapitalisten, die sich nicht zu beschämen glauben, wenn sie sich solcher Leute bedienen; sie haben sie in den Behörden, die ihr Vergehen unterstützen und ihre Vergehen mit den Augen verzehrenden Mitgefühl betrachten; sie haben sie aber vor allen Dingen in jenen Hehern, die zum Schutze jener Mordbuben noch die Gesetzgebung in Bewegung setzen möchten und in ihnen die Meinung großziehen:

„Wir Arbeitswilligen können einen totschlagen!“

Berlin und Umgegend.

Die Krise im Baugewerbe.

In der am Sonntag abgehaltenen Sektionsversammlung der Maurer besprach der Sektionsleiter Hanke die Lage der Maurer im vergangenen Jahre. Er führte unter anderem aus: Die Konjunktur war in der zweiten Hälfte des Jahres noch schlechter als in der ersten. Die Arbeitslosigkeit im Jahre 1913 war erheblich größer als in den vorhergehenden Krisenzeiten. Man muß schon bis zum Jahre 1898 zurückgreifen, um eine so ausgedehnte Arbeitslosigkeit der Maurer zu finden wie im vergangenen Jahr. Wenn die beiden genannten Jahre hinsichtlich des Umfangs der Arbeitslosigkeit die gleichen Verhältnisse zeigen, so besteht doch hinsichtlich der Löhne ein wesentlicher Unterschied. 1898 ging mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit der Lohn zurück, wie es vor dem Bestehen des Tarifvertrages immer der Fall war. Im Jahre 1913 aber hat das Vertragsverhältnis die Unternehmer verhindert, den Lohn zu drücken. Man sieht also, daß der Tarifvertrag, getragen durch die Organisation, seinen Wert für die Arbeiter hat. So schlecht auch die wirtschaftliche Lage der Maurer im vergangenen Jahre war und jetzt noch ist, so ist sie doch nicht so schlecht wie die Lage der Holzarbeiter, die unter einer noch größeren Arbeitslosigkeit leiden. Die verhältnismäßig geringe Zahl der arbeitslosen Maurer in Berlin ist darauf zurückzuführen, daß die Maurer, die ja meistens vom Lande stammen, mit dem Nachlassen der Bautätigkeit seit 1907 mehr und mehr von Berlin abgewandert sind. Während im Jahre 1908 etwa 24 000 Maurer in Berlin anwesend waren, ist diese Zahl jetzt auf 11 bis 12 000 zurückgegangen. Der verminderten Arbeitsgelegenheit sieht also auch eine verminderte Zahl der Arbeitslosen gegenüber. Trotzdem hatte ein erheblicher Teil der Maurer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Bei einer im Oktober 1913 vorgenommenen Kontrolle wurde festgestellt, daß unter 3340 Maurern nur 584 waren, die bis zur 18. Vertragswoche nicht arbeitslos gewesen sind. Alle anderen hatten kürzere oder längere Zeiten der Arbeitslosigkeit durchgemacht. — Für die kommende Bauzeit sind die Aussichten etwas besser. Das Baujahr ist billiger geworden. Das wird der Bautätigkeit zugute kommen, um so mehr, da der Uberschuß an kleinen Wohnungen stark zurückgegangen ist. Die Kollegen haben den Wert der Organisation kennen gelernt. Jetzt gilt es, die Organisation zu stärken, um die Interessen der Berufsangehörigen in jeder Hinsicht wahrnehmen zu können.

Der Redner machte darauf aufmerksam, daß über die Firma Holzmann in Leipzig die Sperre verhängt und der Zugang nach dieser Firma ferngehalten ist.

Nach einer regen Aussprache über den Vertrag vollzog die Versammlung die Neuwahl des Sektionsvorstandes. Wieder gewählt wurden Hanke als erster, Wolf als zweiter Vorsitzender, Dahlenburg als Schriftführer, Marek und Herzog als Beisitzer. (Der letztere ist neugewählt.) Die Wahl eines Beisitzers im Zweigvereinsvorstand fiel auf Wisse.

Gelber Jammer.

Ein gegenwärtig in Berlin weilender auswärtiger Gauleiter der Dachdecker hatte Gelegenheit, unerkannt einer Versammlung der Gelben beizuwohnen. Die Versammlung begann damit, daß der Obergelbe Schwob mehreren Versammlungsteilnehmern das Lokal vermieße, weil sie vom Vorstand ausgeschlossen waren wegen Mitgliedschaft im Zentralverband. Dann wurde bewegliche Klage darüber geführt, daß der Kassierer alle Mitglieder, welche Beitrag zahlen wollten, den Rat gegeben habe: das Geld lieber zu verkaufen, da der Verein doch bald pleite sei! Auch stimmte die Kassierführung nicht. Der Vorstand habe daher den Kassierer ausgeschlossen. Die Versammlung beschloß, Strafantrag zu stellen. Der Vorsitzende will weiter auch gerichtlich gegen ein früheres Vorstandsmitglied vorgehen, weil dasselbe ihn als unehrbärdiger und betrüger genannt habe. Dann wird also in nächster Zeit gerichtlich festgestellt werden, was Gelbes Kinder die Führer der Gelben sind. Es sollte dann der Kassierbericht gegeben werden, nur konnte man die Einnahmen nicht feststellen. Ausgaben hatte man in einem

Jahre nur für Verwaltung über 1100 M. Der Kassenbestand betrug ganze 85 M. Dabei hat man in der vorletzten Versammlung beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, bei einem Wochenbeitrag von 50 Pf. Vorsitzergeweiße ist aber die Höhe der Unterstützung nicht beschlossen. Jedenfalls will man erst abwarten, wieviel Geld zusammenkommt. Auf eine energische Anfrage nach der Mitgliederzahl des Vereins, erklärte der Vorsitzende: voriges Jahr seien es 387 gewesen, bezahlt hätten — 78. Dann klagte der Vorsitzende darüber, daß ein Teil der Mitglieder immer noch mit dem Zentralverband harmoniere, sonst hätte derselbe bei der letzten Wahl zum Gesellenauschuss und Innungsrichtersgericht nicht so glänzend abgeschnitten. Obwohl außer 7 Polierern 63 Mitglieder des Vereins anwesend gewesen wären, seien nur 47 Stimmen für dessen Liste gezählt. Herr Schwob meinte: es würde ja freilich nicht gelingen, den Zentralverband zu vernichten, aber der gelbe Verein halte ganz Berlin in Schach, besonders wenn der Verband wieder mal eine Lohnbewegung anzetteln wolle. Mit diesen Ausführungen zeigte der Redner deutlich, in wessen Interesse der gelbe Verein arbeite.

Schlechte Zustände bei der Firma Aschinger.

Ein Alt empörendes Verhalten gegenüber langjährigen Angestellten wird uns berichtet. Der Fall betrifft einige weibliche Angestellte, welche bereits 10 und 12 Jahre bei der Firma ihren Posten als Arbeiterinnen nachgekommen waren und deren Tätigkeit darin bestand, des Nachts nach Geschäftsschluss die Lokale zu reinigen. Eines Tages wurde diesen Mädchen vom dem Inspektor Wegener, einer Stütze des gelben Vereins, mitgeteilt, daß sie außer den regelmäßigen Arbeiten, die sie jahrelang verrichtet hätten, noch die Reinigung eines großen Kochherdes mit zu übernehmen hätten. Da diese Neueinführung den Mädchen selbstverständlich nicht angenehm war, da die Arbeitszeit sowieso 12 bis 13 Stunden täglich dauere, so erkundigten sie sich zunächst erst bei der ersten Wirtschafterin, welche die Antwort gab, daß diese Arbeit den sogenannten Tag am Abend zuzufügen und sie nicht dazu verpflichtet wären. Die Folge davon war nun, daß zwischen den Mädchen und dem Inspektor Wegener ein Streit entstand, in dessen Verlauf Herr Wegener die Mädchen mit geradezu hohnbühnen Schimpfnamen belegte. Erregt über die angelegenen Beleidigungen, beschwerten sich die Mädchen bei dem Personalinspektor Herrn Hüttl. Hier kamen sie aber schon an. Herr Hüttl fragte sie, ob er wegen der Beleidigungen dem Herrn W. etwas den Kopf abreißen sollte, ob er ihn anfängen oder sich für Herrn W. entschuldigen solle. Und nun kam das Schöne. Auf Wunsch des Beleidigers sollten sie nach einem anderen Betrieb versetzt werden, wobei ihnen die Möglichkeit eines kleinen Nebenverdienstes, den sie bisher gehabt hatten, entzogen wurde. Unter diesen Umständen zogen es die Mädchen vor, die freundliche Stätte zu meiden. Die in Frage kommenden Angestellten sind im Besitze von Anerkennungsdiplomen für sechs- bzw. zehnjährige Dienste. Statt daß Herr Hüttl sich dieser ausgezeichneten Arbeiterinnen angenommen hätte, erklärt er sich gewissermaßen mit dem „Gauinspektor“ Wegener solidarisch und kommt dessen Wunsch auf Verletzung der Mädchen nach. Wie uns mitgeteilt wird, kann Herr Hüttl doch sonst alles. Kein Opfer an Zeit und keine Schwierigkeit scheut er z. B., wenn es sich um die Feststellung der Organisationszugehörigkeit der Angestellten handelt.

Tragisch ist es demnach, ob einerseits die Arbeitsfreudigkeit der Angestellten durch die Aussicht, nach zehnjähriger Tätigkeit wie eine ausgedrückte Zitrone beiseite geworfen zu werden, erhöht wird, und andererseits die Berliner Bevölkerung besondere Lust verspürt, bei dem Vorhandensein solcher Zustände die Aschingerbetriebe zu frequentieren. Nach Meinung der Angestellten hätten die verschiedenen Kontrolleure und Inspektoren alle Lejache, sich um die Vorgänge im Betrieb selbst mehr zu kümmern als um die Gestaltung der Angestellten. Die Gestimmungsstimmung führt doch nur dazu, daß Heuchler und Schmarotzer erogen werden, deren Wert als Arbeitskräfte meist sehr zweifelhaft ist. Eine Reihe unappetitlicher Vorgänge im Betriebe, welche uns in letzter Zeit gemeldet wurden, bedingten allein schon, daß gewisse Herren ihre uns etwas Wesentliches zu geben hat. Er begann als ein Meister; er zeigte Frauen, die mit weit geöffneten Augen in das Meer starrten, als hörten sie das Unheil weben. Er zeigte Mädchen, die sich weniger und angstvoll zusammenzudrängen, als geschehe irgendwo etwas Graufiges. Er zeigte Häuser, die wie vergaubert schliefen, die wie von Träumen gelähmt, leblos und doch bewohnt schienen. Ruch war wie ein milde gewordener Viking; es war etwas Unholdes, etwas Gejagtes, Rebelhaftes in seinem Blut. Die Linien zerfloßen, die Gelenke verdunsteten, die Bilder schienen nur mit den Nerven gemalt zu sein.

Wie alle gesunden Meister so ist nun auch Ruch mit den Jahren der Natur immer näher gekommen. Immer tiefer erkannte er, daß die Wunder nicht erst in das Leben hinein getragen zu werden brauchen, daß vielmehr das Leben selber schon erfüllt vom Wundern ist. Und dieser Wunder größtes ist der Mensch. So wurde Ruch ein Bildnisalter. Gleich seinem nordischen Bruder, dem Dichter Strindberg, suchte Ruch durch eine bohrende Psychologie das Wesen des modernen Menschen zu erfassen; ihn reizten die Unwissenden, die Wauern, und die komplizierten, die Intellektuellen. Er weiß die Runen der schweren Arbeit zu deuten; er weiß die Vibrationen des rastlosen Hirnes aus dem sepiatischen Ringeln der Augen und aus dem schweligen Vergichten des Mundes zu lesen. Seine Bildnisse werden einst von der Seele unserer Zeit haft und sicher Kenntnis geben. Ruch weiß von der Behändigkeit seines Wertes; sein Ankniff wittert die Bedeutung, die seiner Kunst noch werden wird. Er fühlt sich als Verführer und darum als ein Symbol der Zeit. Und solch Gefühl feigert naturgemäß seine Analysen in das Monumentale. Der einzelne, den er erfasst, wird ihm zum Typus, zu einer Fassade, durch die der Blick in die lebende Gotting fällt. Das ist die neue, die gereifte Innerlichkeit dieses Künstlers. Seine Bilder haben nun etwas Ederndes; sie brennen in wenigen, aber viel bewegten und deutungsreichen Farben.

Notizen.

— Vorträge. Prof. Samid, Poissdam wied am Dienstagabend 8 Uhr in der Urania in der Reihe der Gelehrtenvorträge einen Vortrag über „Die Forschungsanstalten auf dem Telegraphenberg bei Poissdam und ihre Tätigkeit“ halten. — In der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst spricht Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, im Festsaal des Märkischen Museums, am Märkischen Platz, Professor Dr. Briower über „Berliner Wälder und ihre gärtnerischen Anlagen in Vergangenheit und Gegenwart“ mit Lichtbildern. — Im Theater des Westens erlebte die Operette „Bolehnau“ unter Leitung des Komponisten Oskar Nedbal am Sonntagabend ihre 100. Aufführung. Das glänzende Urteil, das hier bei der Premiere gefällt wurde, bestärkte sich: es ist ausnahmsweise ein musikalisch vortreffliches Werk, das eine höchst gelungene Darstellung findet.

— Eine Bremer Volkshöhne. Ein eigenartiges Zusammenwirken zwischen Bildungsausschuss und Theater wird in Bremen erprobt. Der dortige Bildungsausschuss hat für zwei Wochenabende das Schauspielhaus gepachtet und macht es der Arbeiterkassette zu 70 Pf. pro Vorstellung zugänglich. Ein Komitee, bestehend aus Vertretern des Schauspielhauses, des Goethe-Bundes (der den gleichen Vertrag geschlossen hat) und des Bildungsausschusses wählt die Stücke aus, engagiert die Schauspieltruppe und überwacht den ganzen künstlerischen Betrieb. So erobert die Organisations- und Konsumkraft des Proletariats das Theater.

Kleines Feuilleton.

Burschen heraus! Sie haben einen Ungarn ausgewiesen, weil er sich neben seinen medizinischen Studien mit dem Anarchismus beschäftigt hat. Sie haben ihn weggeholt, mitten aus der Arbeit. Die Unversitätsklinik protestierte, sie schoben ihn auf die ungegessene, unmanierlichste, brutale Weise ab. Ob die Verwaltung der königlichen Bibliothek ein bißchen geöffneter hat, weiß man noch nicht. ... Und nun wird aber der Auf erschallen: Burschen heraus!

Wo heraus denn? Aus den Anleihsimmern? Aus den Versammlungssälen, wo man in Geschäftsordnungsdebatten die Nächte durchschwimmt? Wo heraus? Und vor allen: wohin? Etwas zu einer Demonstration? Etwas um dem Rektor zu sagen, daß die Unversität nicht am Alexanderplatz läge? Daß ein Bachmeister und ein strebender Regierungsrat nicht die Inzungen seien, die über das Fortkommen eines Studenten zu entscheiden hätten?

Burschen heraus. ... Sagen wir lieber: Susi, falls ein! Denn es rührt sich nichts, und es hat sich nie etwas gerührt. Daß von den preussischen Professoren niemand soviel Rückgrat besitzt, um einer schimmigen Verwaltungspraxis Schwierigkeiten zu machen, nimmt uns nicht wunder. Daß es keiner der jungen Leute tut, die doch die geistige Elite der Nation darstellen — wenn man darunter nicht die Weimarer verstehen will —, ist merkwürdig. It's aber doch wieder nicht, wenn man sich überlegt, wohin diese jungen Leute gehen und woher sie gekommen sind. Sie kamen aus guten Familien, von gehorhamen Bürgern, denen es unendlich imponiert, wenn der „Junge studiert“. Sie gehen in eben solche gut bürgerliche Stellungen, in denen man keine Leute mit Überzeugung gebrauchen kann. Die Unversitätszeit ist eine Übergangszeit für sie, und es verlohnt sich nicht, auch noch Gestaltung zu geben, wenn man einen der ihren herausreißt.

Burschen heraus. ... Es könnte noch viel schlimmer kommen, und sie werden sich nicht rühren. Sie nicht und der Rektor nicht und keiner. Rühren tun sich bei uns immer nur die Verwaltungsbeamten, die Bureaukratie. Noch immer werden Schicksale von vorinstanzlichen Stellen in muffigen Zimmern, von Klappern und pensionsbedürftigen Beamten, die Königstreue und Hämorrhoiden zur Genüge aufzuweisen haben, entschieden. Keiner will mit der gleichen zu tun haben, jeder geht seiner Wege. Und so kommt es, daß die Leute, die sie brauchen, ganz von ihnen abhängen, daß man immer wieder aufs neue erkaufen ist, daß sie noch da sind und daß sie niemand fortbläst.

Ein Denkmal für Cleopold soll demnächst, wie uns von dort geschrieben wird, brüßel bekommen. Der Künstler wird es immerhin nicht leicht haben, denn der verfloßene König der Belgier besaß eine ganze Reihe charakteristischer Züge. Welcher soll im Stein festgehalten werden? Leopolds wahre und unbestrittene Unsterblichkeit ruht freilich zweifellos in seinem kaufmännischen Genie. Vielleicht wäre es keine unklare, wenn auch etwas originelle Idee, das Standbild ganz einfach in roten Kongolantisch aufzuführen? Den Sockel könnten ein paar aus dem Kongo importierte edle Regerspeitschen zieren. Einfach und vielstimmig! Andererseits hat sich Leopold II. in seinem Leben durch eine bekanntlich bis ins Greisenalter andauernde übergroße Verehrung für das weibliche Geschlecht hervorgetan. Wie wär's mit der Andringung von zwei Medaillons, die seine bekanntesten Ideale, Edo de Morobe und seine morganatisch angetraute Freundin Baronin

Vaughan, darstellten? Oder vielleicht verfällt ein Künstler auf die Idee, Leopold II. als eine Art modernen König Lear zu verewigen, nur daß Leopold bekanntlich alle drei Töchter verstoßen hat. ...

Aber wie das schon so geht: die Künstler werden sich wieder einmal nicht an die Natur halten. Und richtig hat man auch schon von einem — Reiterstandbild gesprochen, ganz als ob es sich um einen beliebigen Monarchen handelte.

Musik.

„Volkstanz und Volkslied aus aller und neuer Zeit“. Die Zeitung des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse war vortrefflich beraten, als sie zum 15. Stiftungsfeste Marja Delbard und Marc Genz zur Mitwirkung einlud. Denn wenn auch Ernst v. Holzogen durch sein „Volkstanz“-Unternehmen so nebenher auch auf die weltliche Volkspoesie hingelenkt hat — der stärkste und andauernde Anreiz hierzu ist und doch von Selbstverständnis, und zwar von den Kländener „Elf Scharfrichtern“ gekommen. Marc Genz und Marja Delbard, jahrelang hervorragende Jazzen der „Elf“, haben sich um die Wiederverewigung aller wie neuer Volksdichtung besonders verdient gemacht. Eine ansehnliche Zahl mehr oder minder berufener „Sänger“ beiderlei Geschlechts zieht ja heute vor, „mit der Laute oder Gitarre“ dieser Kunst zu dienen. Damit nun, daß jemand eins dieser seit urdenklichen Zeiten volksgebräuchlichen Instrumente zur Hand nimmt, ist es freilich nicht getan. Ausschlaggebend ist allemal die künstlerische Persönlichkeit. Was Genz und die Delbard außerdem völlig heraushebt, ist neben einer tiefmenschlichen Verankerung in die Volkspoesie die lebendig zutage tretende Ergänzung, man darf fast sagen Verschmelzung zweier Nationen zu einer idealen Einheit. Schon die erklärenden Sätze, die Genz den gemeinschaftlichen Darbietungen vorausschickte, sind charakteristisch sowohl für seine überlegene Vertrautheit mit der Volksdichtung beider Länder als besonders für seine künstlerischen Absichten. Dinzutritt die nicht gar häufige Gabe, sich als Vortragende sofort mit den Zuhörern in Kontakt zu verlegen. Und diese suggestive Fähigkeit besitzen beide. Raffinesse Temperament, gezügelt durch feinsten Kunstgeschmack, hält einer selten plastischen Struktur der Deklamation die Wage. Selbst, wer kein Wort Französisch konnte, er steht augenblicklich im Danne der Vorgänge.

Das Programm zeigte sich aus allen deutschen wie französischen echten Volkliedern sowie Einzel- und Zwiesgängen modernster Lieddichter zusammen. Traulig weicht ab mit gemütvollem Humor, Groteskhumor und derbvolkstümlicher Satire. Aber nichts verläßt den Rahmen des wahrhaft freikünstlerischen. Und das ist ein nicht genug zu schätzender Vorzug. Das Kostüm, dessen sich die Künstler bedienen, vervollständigt äußerlich die Illusion, nun auch die Träger leidenschaftigen Volksgesanges aus verschiedenen Zeiten vor Augen zu haben. Kurz, der Volkstanzabend Marc Genz und Marja Delbard darf als einer der schönsten Genüsse dieses Genres bezeichnet werden.

Kunst.

Edvard Munch. Bei Fritz Gurliit (Poissdam Str. 113) sind 80 Bilder von Edvard Munch, dem Norweger, zu sehen. Es ist jetzt an die zwanzig Jahre her, daß eine Munch-Ausstellung die Berliner Philister rabiot machte. Damals mußten die Bilder binnen weniger Tage verschwinden; man schalt den Maler einen Verwünschten, einen Verhörer der Tradition und einen frühreifen Vereinerer jeglicher Form. Heute bedürfte es schon einer sagenhaften Dummheit, um nicht zu spüren, daß dieser Edvard Munch

Tüchtigkeit auf anderen Gebieten als dem Drangsalieren der Angestellten suchen. Hoffentlich entschließt sich die verantwortliche Leitung der Firma endlich dazu, recht gründlich Remedur zu schaffen. Die Firma soll schließlich auch nicht vergessen, daß das Publikum im „Rheingold“ und „Fürstenhof“ allein die Existenz und Weiterentwicklung der Firma nicht gewährleistet, sondern daß die arbeitende Bevölkerung ebenfalls einen sehr bedeutenden Teil der Besucherzahl ihrer Betriebe ausmacht.

Ausperrung der Kellner im Café Borussia, Gasseheide 5.

Der Unternehmer Nüßeler hat am Sonnabend fruchtlose Anstrengungen gemacht, um den paar Gästen, die nach Bekanntwerden der Ursache der Aussperrung sein Lokal noch besuchten, auseinanderzufahren, daß er die unschuldige Ursache dabei sei, daß lediglich die Organisation ihm Schwierigkeiten zugunsten seines Konkurrenten im Café Jahn mache. Wir stellen fest, daß der Verband der Gastwirtschaftlichen, Zweigverein der Café-Angestellten nur bestrebt war, Herrn Nüßeler zu unterbinden, daß er jugendliche Mitglieder des Vereins zu seinen demagogischen Zwecken benutze.

Diesem Bestreben glaubte Herr Nüßeler am besten dadurch zu begegnen, daß er sich mit den Selben in Verbindung setzte und die organisierten Kellner ansperre. Zur Charakteristik sei noch gesagt, daß Herr N. im vergangenen Jahre annähernd 100 Kellner verbraucht hat, trotzdem er nur 4 Kellner beschäftigt.

Verband der Gastwirtschaftlichen.
Zweigverein der Café-Angestellten.

Aus dem Fleischergewerbe. Der Fleischermeister Bönneberger, Weichstr. 24, ist in der Liste der tariflosen Fleischermeister von Reußeln vergessen worden. Herr Bönneberger steht schon seit einigen Jahren mit der Fleischerorganisation im tariflichen Verhältnis.

Die Tarifkommission des Fleischerverbandes Berlin.

Deutsches Reich.

Die zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe haben am Sonntag mit der Regelung der Tarife für die Damenschneider und mit der Fällung einiger Schiedssprüche lokaler Natur ihren Abschluß gefunden.

Die von den Unternehmern einer Reihe von Orten beantragte Einführung einer neuen Klasse von Damenschneidern, Anfängern genannt, haben die Schiedsrichter abgelehnt. Es handelt sich hier um die Einführung einer neuen Gruppe, die den Lebergang von den Herrenschneidern zu den Damenschneidern bilden. Mit Rücksicht darauf, daß die Unternehmer selbst zugaben, daß sie in der Praxis diese Lebergangsgruppe nur für ganz jugendliche Personen, also lediglich ausnahmsweise brauchen, und ferner mit Rücksicht darauf, daß bereits die Zwischengruppe der Hilfsarbeiter besteht, verneinten die Inparteilichen das Bedürfnis für die Schaffung einer neuen Lebergangsgruppe.

Zu stundenlangen, teilweise recht lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei den Verhandlungen über die Damenschneider in Frankfurt a. M. Die Arbeiter wollten den Vertrag auch für die Schneiderinnen erneuern, die Unternehmer widersetzten sich dem unter Hinweis darauf, daß die Zahl der organisierten Arbeiterinnen in Frankfurt ganz minimal sei und überhaupt nicht ins Gewicht falle. Besonders hitzig gestaltete sich die Debatte, als bei dieser Gelegenheit eine Frankfurter Unternehmerin sich auf den scharf-macherischen organisationsfeindlichen Standpunkt stellte und rund heraus erklärte, es sei überflüssig, daß eine Instanz sich zwischen sie und ihre Arbeiterinnen einschlebe. Die Inparteilichen entgegneten schließlich dahin, daß in voller Anerkennung des Koalitionsrechtes und dessen praktischer Betätigung dem Unternehmerverband die grundsätzliche Verpflichtung obliege, auch für die in der freien Gewerkschaft organisierten Arbeiterinnen einen Betrag abzuschießen. Es frage sich aber, ob in Frankfurt bereits die nötigen tatsächlichen Unterlagen vorhanden seien, um einen Tarifvertrag nicht nur zu schließen, sondern auch praktisch in wirksamer Weise zur Durchführung zu bringen. Nach Ansicht der Inparteilichen sind diese Grundlagen zurzeit noch nicht gegeben. Es bestehe die Gefahr, daß ein möglicherweise abgeschlossener Tarifvertrag mangels eines hinreichenden persönlichen Wirkungskreises völlig in der Luft hänge. Die Tatsache, daß in dem bisherigen Vertrage Lohnsätze für Arbeiterinnen bereits enthalten waren, könne daran nichts ändern, denn die Aufnahme dieser Lohnsätze sei ohne genügende Grundlage und ohne Prüfung der Einzelheiten erfolgt und beide Parteien hätten ungegeben, daß die tariflichen Bestimmungen hinsichtlich der Arbeiterinnen nicht durchgeführt werden könnten. Die Anerkennung des Grundgesetzes der uneingeschränkten Vertretung des Koalitionsrechtes führe von selbst dazu, daß in absehbarer Zeit, sobald sich die Verhältnisse fundiert haben, auch für die organisierten Arbeiterinnen ein Tarifvertrag abzuschließen ist. Mit der Einführung des Reichstarifvertrages, der die Tendenz haben müsse, sich überall persönlich und territorial durchzusetzen, müsse die Einbeziehung der Arbeiterinnen einer eingehenden neuerlichen Prüfung unterzogen werden, und es seien im Zweifel stets auch für die Arbeiterinnen Tarifverträge abzuschließen. Inzwischen müsse es Aufgabe beider Organisationen sein, die nötigen Grundlagen zum Abschluß und zur Durchführung eines diesbezüglichen Tarifvertrages zu gewinnen.

Auf dieser Entscheidung beruhend, wehrten sich auch die Braunschweiger Unternehmer gegen die Einbeziehung der Schneiderinnen in den Tarifvertrag, doch stellte sich hier der Vorstand des Unternehmerverbandes im Gegensatz zu seiner Ortsgruppe auf den Standpunkt, daß angesichts der Zahl der organisierten Arbeiterinnen in Braunschweig für diese ein Tarifvertrag abzuschließen sei. Bis zum 11. Februar werden die Parteien zu Händen der Inparteilichen die Erklärung abzugeben haben, ob sie die Schiedssprüche, die als einheitliches Ganzes aufzufassen sind, annehmen werden oder nicht.

Aufrührer unter den Selben.

Der Kitt, der die „Wirtschaftskrieglichen“ zusammenhalten soll, zerfällt auf die Dauer seine Wirksamkeit. Wir haben schon wiederholt gehört von schweren Differenzen, die die Reihen der Selben aufwühlten. Jetzt wird ein Gleiches aus Magdeburg berichtet, und zwar ist es das dortige gelbe Blatt selber, das den verfallenden Schleier vor diesen Zuständen wegzieht. Hader und Streit seien eingezogen, so heißt es, so daß die „Förderung zur Kollegialität zum Wiederaufbau“ geworden und das wichtige Moment der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen herabgesunken sei zu einem reinen Paragraphen, Abrechnungen — alles in allem eine geborstene Säule, ein zerstückelter Stamm, den noch schämen zu können auch der Zielbewußteste nicht mehr erhoffen dürfte. Trotz dieser doch wohlhaft verzweifelter Situation wurde der Versuch unternommen, der „geborenen Säule“ wieder aufzuhelfen. Dazu wurde dieser Tage eine Versammlung abgehalten, in der ein „Kartell der vaterländischen Arbeitervereine von Magdeburg und Umgebung“ gegründet werden sollte. Der Sinnbild der Reichsverbandler Dr. Bohl hatte die Aufgabe, die auseinanderstrebenden Elemente wieder zusammenzuführen. Der Erfolg war der, daß es zu einer willigen Auseinandersetzung kam, die schließlich in persönlicher Marz und Traktat endete. Unter diesen Umständen hat es auch keine Bedeutung, daß die Mehrheit der Versammlung sich zuletzt noch „prinzipiell“ für die Gründung eines Kartells entschied. Das gelbe Blatt meint selbst, wenn das Kartell zustande kommen sollte, dann müßte mit einem eisernen Weisen gründlich aufgesetzt werden.

Diese Gärungen in den Reihen der Selben kommen nicht von ungefähr; sie sind in dem Wesen dieser „Bewegung“ begründet, die nicht großen Zielen nachstrebt, sondern sich nicht einseitig auf den terroristischen Zwang, den das Unternehmertum ausübt und andererseits auf jene halbtönen Charaktere, die da glauben, durch liebe-

bienerziges Wohlverhalten weiter zu kommen, als durch zielklaren Zusammenschluß mit ihren Arbeitskollegen. Da ergeben sich zu bald Differenzen, die auch so leicht nicht zu überbrücken sind, weil ein einigendes alle zusammenziehendes Band fehlt. Solche Streitigkeiten aber fördern in den Reihen der Arbeiter die Erkenntnis, daß nicht bei den Selben, die nur dem Unternehmertum dienen, ihr Platz ist, sondern daß sie in die freien Gewerkschaften hineingehören.

Ausland.

Der Großkampf in Norwegen beigelegt.

Die norwegische Unternehmerzentrale hatte wegen drei an sich bedeutungslosen Lokalkonflikten eine Generalaussperrung von 48.000 Arbeitern der verschiedensten Gewerbe zum 19. Februar angekündigt. Die Landesorganisation der Gewerkschaften antwortete auf diese Aussperrungsandrohung mit der Ankündigung eines Sympathieausstandes der Buchdrucker, der Wälder und einiger anderer Branchen von insgesamt 10.000 Arbeitern, die mit den Aussperrten zugleich am 19. Februar die Betriebe verlassen sollten. Auf Veranlassung der Regierung haben nun Vergleichsverhandlungen stattgefunden, die am Sonntagabend zu einem für die Arbeiter erfolgreichen Ergebnis führten. Der wesentliche Streitgegenstand betraf die nach einem Streit in einem Wälderbetrieb ausgeschlossenen 24 Arbeiter. Die Unternehmer haben jetzt diesen 24 Arbeitern das Recht zugesprochen, in dem gleichen Betriebe zu den damals vereinbarten Bedingungen in Arbeit treten zu können und zwar sollen zehn Mann sofort, weitere zehn bis zum 1. April eingestellt werden, und die letzten vier haben nachher das Vorkaufsrecht, bei etwaigem Gebrauch von Arbeitskräften eingestellt zu werden.

Die Generalaussperrung und die Sympathie-freizeit sind damit hinfällig geworden. Das Gesamtergebnis ist als ein großer Erfolg der Arbeiter zu buchen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Vom Terrain- und Baumarkt.

Die Lage des Terrain- und Baumarktes hat sich, wie auch aus den jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Geschäftsberichten von Hypothekendarlehen herabgeht, im Jahre 1913 weiter verschlechtert. Seit zwei bis drei Jahren stößt das Baugeschäft in den meisten Großstädten. Durch die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hat die Arbeiterchaft am schlimmsten von allen Beteiligten unter diesem Zustand leiden müssen. Die ganze verflochtene Hochkonjunkturperiode hat durch den Stillstand im Baugeschäft ihre besondere Note erhalten. Das Baugewerbe ist einer der wichtigsten Abnehmer der Eisen-, Metall- und Holzindustrie und der Unfall im Warenabsatz an das Baugewerbe hat daher lähmend auf die allgemeine Konjunkturveränderung gewirkt. So verzeichnete z. B. der Stahlwerksverband im vergangenen Jahre einen ganz bedeutenden Rückgang im Versand von Formeisen (T- und U-Eisen, Trägern), die wesentlich im Baugewerbe Verwendung finden. Im Jahre 1912 herrschte geradezu eine Krise auf dem Terrain- und Baumarkt. Zahlreiche Gesellschaften gerieten in Zahlungsschwierigkeiten und Konkurs. Ebenso wurden die berufsmäßigen Kreditgeber, die Hypothekendarlehenbanken, für den Terrainmarkt in Mitleidenschaft gezogen. Die Hypothekendarlehenbanken beliehen Grundstücke durch Hypothekendarlehen, während sie den Kredit durch Ausgabe von Obligationen (Schuldscheinen) flüssig machen. Sowohl das Hypothekendarlehen als die Obligationenausgabe sind nun in den beiden letzten Jahren stark zurückgegangen. Nach einer Statistik der „Frankfurter Zeitung“ — die amtliche Statistik ist völlig unbrauchbar — nahm bei 37 der größten Hypothekendarlehenbanken der Bestand an Hypothekendarlehen seit 1911 nur um ein geringes zu (I. Halbjahr 1912: 205 Millionen, II. Halbjahr 67 Millionen, I. Halbjahr 1913: 24 Millionen, II. Halbjahr 3 Millionen). In gleicher Weise sank die Nachfrage nach den Obligationen der Hypothekendarlehenbanken (in den genannten Halbjahren betrug die Zunahme des Obligationenumlaufs nacheinander nur 201, 4, 40 und 3 Millionen).

Frägt man nach den Gründen der Krise, so betonen alle kapitalistischen Kreise, daß die zunehmende Steuerliche Belastung des städtischen Grundbesitzes die Entwicklung des Terrain- und Baumarktes hemme. Gemeint ist dabei in erster Linie die Einführung der Wertzuwachssteuer in einzelnen Kommunen und im Reich. Aber die Wertzuwachssteuer kann höchstens in einzelnen Fällen die Krise der Unternehmern beschleunigt haben, die ihr früher oder später doch verfallen wären. Die eigentlichen Ursachen liegen auf ganz anderem Gebiet. Trotzdem hat die Inflation über die Steuern zu einem Zusammenbruch der Grundbesitzer geführt. Anfang 1912 bildete sich ein „Verband zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und Realcredits“, der zunächst nur die städtischen Grundbesitzer umfaßte. Im Jahre 1913 nahm der Verband auch die ländlichen Grundbesitzer auf und änderte seinen Namen in „Schutzverband für den deutschen Grundbesitz“, so daß jetzt das Agrarierturn in Stadt und Land in dem Verbande vereinigt arbeiten — vornehmlich gegen jede schärfere steuerliche Heranziehung des Grundbesitzes.

Aus der Geschichte des Terrain- und Baumarktes in den beiden letzten Jahren ergibt sich aber mit aller Deutlichkeit, daß nicht die steuerliche „Ueberlastung“ für die Krisenerscheinungen verantwortlich zu machen ist. Stets tritt in Hochkonjunkturzeiten ein gewisser Stillstand des Hypothekendarlehenverkehrs und damit des Baugeschäfts ein, weil sich das Kapital der Industrie zuwendet, die in solchen Zeiten größere Profite verpricht. Zur Zeit der teuren Gelbfäule tritt das Hypothekendarlehen zugunsten industrieller Aktienunternehmungen zurück. Terrain- und Baumarkeunternehmern fällt es dann schwer, Geld zu erschwinglichen Zinssätzen auszunehmen. Die Jahre 1912 und 1913 zeichneten sich nur durch hohe Zinssätze aus. Hypothekendarlehen, die nicht am Termin der Zinszahlung über die nötigen Summen verfügten, litten natürlich unter denselben Schwierigkeiten, billigen Kredit zu erhalten. Die Einstellung der Zinszahlung mußte daher notwendig zu Zwangsversteigerungen führen.

Für die Terrainbesitzer mußte die Verteuerung des Kredits um so unangenehmer werden, als in einzelnen Großstädten — voran Berlin — noch unerschlossene Gebiete vielfach überzahlt worden sind. Nach der industriellen Krise von 1907/08 wandte sich das Kapital in großem Umfange dem Terraingeschäft zu. Die schnelle Ausdehnung der Großstädte an der Peripherie, die rasche Einbildung im Innern versprachen, wenn diese Entwicklung länger anhält, die gleichen enormen Gewinne, die einst den Millionenbauern vor den Toren der engeren Stadt maßlos zugefallen sind, Große Terrains wurden deshalb erworben in der Hoffnung, daß deren Boden sehr bald für industrielle Anlage oder für Wohnsiedelungen Verwendung finden würde. Die Entwicklung ist nun aber teilweise ausgeblieben oder hat andere Wege bevorzugt. Viele Besitzer von Terrains fanden also nicht die erhofften großen Erträge; zum Teil war eine Wertverwertung überhaupt noch nicht möglich. Nur die kapitalkräftigen Spekulanten konnten aber die Zinsen für den aufgenommenen Kredit zahlen und auf Erträge verzichten. Kredit für die Zinszahlung war ebenfalls nur unter teuren Bedingungen zu haben. Die Folge mußte ein Abstoß des Besitzes unter Verlust oder die Zwangsversteigerung sein.

Die Terraingesellschaften haben nun diesem Schicksal entgegengearbeitet, indem sie mit allen Mitteln den Zugang in ihr Gebiet zu lenken suchten. Das Terrain wurde aufgelassen, Straßen angelegt, kurz barreif gemacht. Sie gründeten besondere Baugesellschaften,

die im erschlossenen Gebiet Häuser errichteten; vereinzelt gingen die Terraingesellschaften sogar zum Eigenbau über. Aber vielfach haben diese Bemühungen dennoch nichts genützt.

Schlummer noch als auf dem Terrainmarkt wirkten die teuren Gelbfäule auf dem Baumarkt. Im Terraingeschäft herrschen die großen Kapitalisten, meist Aktiengesellschaften, vor, die zur Not mehrere Jahre auf jeden Gewinn, jede Dividende verzichten können und die sich trotzdem halten. Der Hausbesitzer dagegen gehört vorzugsweise dem Mittelstand an. Sein Kredit ist beschränkt. Die Kündigung von Hypothekendarlehen bringt ihn sofort in die schwierigste Lage. Die Verschaffung von Hypothekendarlehen, die an zweiter Stelle eingetragen sind, bereitet den Hausbesitzern die größten Sorgen. Da die Hausbesitzer kraft des kommunalen Dreiklassenwahlrechts überall die Mehrheit in den Gemeindeverwaltungen besitzen, haben sie in den letzten Jahren diese Macht benutzt, um städtische Gelder für ihre Kreditbedürfnisse flüssig zu machen. In verschiedenen Orten sind städtische Institute für zweite Hypothekendarlehen entstanden.

Trotz dieser Sorgen ist aber die wirtschaftliche Lage des Hausbesitzers, der einigermaßen über Kapital verfügt, eine recht gute. Die hohen Mietsteigerungen haben die Mehrkosten (neuer Zinssätze, höhere Steuern) oft noch weit überhöht. In den besonnenen Krisenerscheinungen kam es erst da, wo der Hausbesitzer ohne genügende Mittel erscheint. Bei Neubauten ist das am häufigsten beobachtet worden. Die Terraingesellschaften und großen Baumarkeunternehmer haben diese Entwicklung z. T. selbst hervorgerufen. Sie ließen dem Hausbesitzer die Summen, die zum Beginn des Baues notwendig waren. Für die Vollendung des Baues beschaffte sich der Besitzer weiteren Kredit von dritter Seite. Die Lieferanten und Handwerker fundeten die Rechnungen für Material und Arbeit. Wieben die Mieter im Neubau aus, so mußte der Besitzer die Zinszahlung einstellen und bei der Zwangsversteigerung erwarben die ersten Kreditgeber das Haus, während alle anderen Gläubiger mit ihren Forderungen ausfielen. Handwerker und Lieferanten wurden so betrogen, während der frühere Terrainbesitzer auf billigem Wege sein Grundstück nebst dem fertigen Gebäude zurückerhielt.

Diese ungelunden Verhältnisse lassen sich nicht durch die steuerliche Entlastung des Grundbesitzes überwinden. Durchgreifende Verbesserung verpricht nur eine großzügige Wohnungspolitik der Gemeinden. Ihnen fällt die Aufgabe zu, durch Erwerbung großer Gelände die Terrainpekulation einzudämmen. Der kommunale Grundbesitz müßte von der Stadt selbst bebaut werden oder er müße größeren gemeinnützigen Baugenossenschaften pachtweise zu überlassen. Doch der Staat durch Hergabe billigen Kredits kapitalschwache Gemeinden und Baugenossenschaften unterstützt, ist eine weitere selbstverständliche Forderung dieser Wohnungspolitik. Erst dann würden Wohnungsverhältnisse geschaffen werden, die dem Interesse der Mieter entsprechen. Denn heute leiden gerade die Wohnungskonsumenten am schwersten unter schlechten und teuren Wohnungen, der notwendigen Folge der privaten Spekulation.

Aus der Partei.

Emile Landrin.

Paris, 7. Februar. (Eig. Ber.) Ein neuer schwerer Verlust hat die französische Partei getroffen. Emile Landrin ist gestern gestorben. Ein halbes Jahrhundert hat er für die Sache des Proletariats gekämpft. Und den durch unermüdbares Studium und durch reichliche Erfahrung gereichten Ratmann der Pariser Arbeiter besetzte derselbe idealistische Zukunfts Glaube, der den Jüngling angetrieben hielt, sich in die kleine erste Schaar der revolutionären Arbeiterarmee zu treten.

Landrin war 1841 in Paris geboren. Er erlernte das Handwerk des Ziseliers. Frühzeitig zeigte sich bei ihm eine Verbesserte, deren Zweck nicht nur die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und die Verbesserung der Bedingungen im individuellen Lebenskampf war, sondern auch die kraftvollere Wirksamkeit für das Allgemeine. Die selbständige Arbeiteropposition, die sich in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts vom bürgerlichen Republikanismus löste und mit dem Kampf gegen das Kaiserreich auch den für die gesellschaftliche Freiheit der Arbeiterbewegung verband, fand Landrin unter ihren tätigsten Mitgliedern. Sein Berufscollegen Camille Linau — heute der Kassierer der geeinigten Partei — führte ihn zur Internationalen zu. Nach dem Prozeß von 1868, der mit ihrer Beurteilung und der Auflösung ihres Bureaus endete, sprang Landrin bereitwillig ein und ließ sich, mit Raoul, Barthelemy u. a. in das neue Komitee wählen. Er wurde mit ihnen vor Gericht gestellt und mußte drei Monate Gefängnis absitzen. Aber unerschrocken setzte er seine Tätigkeit fort. Er nahm u. a. an der Organisation des Pariser Kongresses teil. Die Richtung seines sozialistischen Denkens war damals gleich der der meisten seiner Altersgenossen durch die Lehren von Proudhon bestimmt.

Nach Ausbruch des Krieges, gegen den die Pariser Arbeiter fruchtlos zu demonstrieren versucht hatten, beteiligte sich Landrin am 4. September an der Massenkundgebung, die mit dem Eindringen in den Sitzungssaal des gesetzgebenden Körpers und mit der Proklamierung der Republik endete. Während der Pariser Belagerung tat er im 86. Bataillon der Nationalgarde Dienste. Dieses Bataillon gehörte zu denen, die den Erfolg des Aufstandes vom 18. März sicherten. Unter der kommunistischen Kompfte er bis zum letzten Tage, trotz einer leichten Wunde, die er im Kampf bei der Madeleine-Kirche davongetragen hatte. Es gelang ihm durch einen wunderbaren Zufall, der Putschlage zu entgehen. Im Londoner Exil fand er sich mit vielen anderen Mitstreitern der Kommune zusammen, so namentlich mit Vaillant, dessen Sozialismus, der mit unerschütterlichem Festhalten an revolutionären Endziel die unermüdbliche Eingabe an die soziale Reformarbeit auf allen Gebieten vereinigt, auf ihn sichtbaren Einfluß geübt hat.

Nach zwölf Jahren des Exils kehrte Landrin nach Paris zurück, um sofort seine propagandistische und organisatorische Tätigkeit wieder aufzunehmen. Er gehörte dem Wahlkomitee des Viertels des Pere-Lachaise an, das 1884 Vaillants Wahl in den Gemeinderat durchsetzte. 1898, als Vaillant in die Deputiertenkammer gewählt worden war, wurde Landrin sein Nachfolger. Er hat das Mandat mit steigenden Mehrheiten behauptet. Seine gewinnende Persönlichkeit, aber vor allem auch seine außerordentliche Sachkenntnis und seine Hingabe an die Aufgaben der kommunalen Verwaltung sicherten ihm nicht nur in der Wählerchaft, sondern auch bei seinen Gegnern im Gemeinderat sympathische Hochachtung. Er gehörte zu den angesehensten, immer mit Aufmerksamkeit angehörten Rednern des Stadthauses.

1888 wurde er zum Sekretär des Gemeinderats gewählt. Während der nationalistischen Herrschaft nach 1900 war er der eigentliche Führer der ganzen republikanischen Opposition. Nach dem Sieg der Republikaner in den Generalswahlen der Seine im Jahre 1904 wurde er von der republikanischen Mehrheit einstimmig zum Präsidenten gewählt.

Auch im eigentlichen Parteileben hat er eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Vor der Einigung gehörte er der blanquistischen Gruppe an, aber immer war er ein Anhänger der Verständigung unter allen Sozialisten. So war er nach dem Amsterdamer Kongreß ein eifriger Förderer des Einigungswerkes. Er gehörte auch der Administrationskommission der Partei an, war Vorsitzender auf Parteitagen, bis ihm Kränklichkeit und Erkrankung der Stimmbänder die Ausübung dieses Amtes verlagten und äußerte sich in „Socialiste“ in wohlbedachten, stets auf die Stärkung der einheitlichen Aktion gerichteten Artikeln über die wichtigsten Parteifragen.

Das Hinscheiden dieses in unzerstörter Jugendlichkeit für das sozialistische Werk begeisterten, taftätigen „Alten“ wird in der ganzen französischen Arbeiterchaft und über diese hinaus

in der Internationale, an deren Wiege er gestanden, Trauer erwecken.

Von der Parteipresse.

Im Wahlkreise Hof ist es das erste Bestreben der Genossen, für das Organ des Kreises, die „Oberriantische Volkszeitung“, die seither in der Druckerei des Genossen Dill in Hof hergestellt wird, ein eigenes Heim zu schaffen. Von den zuständigen Instanzen ist kürzlich beschlossen worden, eine Gesellschaft mit einem Grundkapital von 20 000 M. zu errichten. Die Höhe der Anteilscheine ist auf 10 M. festgesetzt, die auch in geringen Raten eingezahlt werden können, um es allen Genossen zu ermöglichen, das neue Unternehmen finanziell zu fördern. Der Gesamtbeitrag der gezeichneten Anteilscheine übersteigt in kurzer Zeit die Höhe von 20 000 M., so daß das Projekt seiner Verwirklichung entgegengehen kann.

Der Deutsche Arbeiterverein in Brüssel.

Aus Brüssel wird uns berichtet: Der Deutsche Arbeiterverein in Brüssel hat im Januar seine Generalversammlung abgehalten. Er kann auf das verfloßene Jahr mit besonderer Befriedigung zurückblicken. Seine Versammlungstätigkeit im Jahre 1913 war äußerst reger. Es fanden u. a. statt: vier Generalversammlungen, acht Abende mit politischen, vier mit naturwissenschaftlichen und sieben mit gewerkschaftlichen Vorträgen und 50 Redebühnenabende. Fast durchweg war der Versammlungsbesuch zufriedenstellend. Unter den Referenten befanden sich auch ausländische, so Viecknecht, A. Hoffmann und S. Schulz aus Deutschland.

Au Bebel's Tod veranstaltete der Verein eine Gedächtnisfeier. Die Bibliothek, die der Vorstand immer weiter auszugestalten bemüht ist, zeigt gegen das Vorjahr eine steigende Frequenz und auch die Kolportage weist zusehends Fortschritte auf. Bemerkenswert ist auch die Tätigkeit des Deutschen Arbeitervereins auf dem künstlerischen Bildungsgebiete. Es fanden Kunstausstellungen in Brüssel und Antwerpen statt und in den Wintermonaten zwei Kammermusikabende mit klassischem Programm. — Das vom Arbeiterverein gegründete Lesezimmer, das jetzt gemeinsam mit der belgischen Partei verwaltet wird und deutschen und belgischen Arbeitern zugänglich ist, erfreute sich gleichfalls eines guten Besuchs.

Im vergangenen Jahre wurde auch die Zentrale deutscher Arbeitervereine für Belgien gegründet, die für die Zukunft noch mancherlei Vorteile für die deutschen Arbeiterorganisationen Belgiens verspricht.

Nach Erledigung der Tagesordnung nahm die Versammlung eine Resolution gegen die militärischen Gewalttaten in Italien an. Wir möchten hier gleichzeitig auf die in Belgien bestehenden deutschen Arbeiterorganisationen in Brüssel, Antwerpen und Lüttich aufmerksam machen und die nach Belgien reisenden Genossen ersuchen, sich bei einigermaßen dauerndem Aufenthalt den deutschen Organisationen anzuschließen. Die Vereine erteilen alle erforderlichen Auskünfte, so z. B. über den Anschluß an die belgischen Gewerkschaften, über die Arbeitsverhältnisse usw. Die Brüsseler Organisation hat einen eigenen Permanenzdienst im „Maison du Peuple“.

Aus der belgischen Partei.

Man meldet uns aus Brüssel: In Erwägung der kürzlich gebrachten Nachricht über die Gründung eines belgischen Tagesblattes für den Brüsseler und Antwerpener Wahlkreis ist noch mitzuteilen, daß die gestrige Plenarversammlung der Brüsseler Föderation die Vorschläge der Ausschüsse nach kurzer Diskussion mit 67 gegen 47 Stimmen angenommen hat. Das Blatt wird, wie der Antwerpener Referent hervorhob, unter Kontrolle des Parteivorstandes stehen, der auch die Ernennung der Redakteure zu bestätigen hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Berechtigter Interessen der sozialdemokratischen Presse.

Der sozialdemokratische Redakteur, der Streifennotizen bringt, handelt in Wahrnehmung berechtigter Interessen nach § 198 St.G.B. Zu diesem sehr vernünftigen Grundsatze hat sich jetzt das Düsseldorf'sche Schöffengericht bekannt. Unser Düsseldorf'scher Parteivorstand, die „Volkszeitung“, hatte seinerzeit die beim Streik auf der Angellagerfabrik „Rheinland“ geübte Vertretertätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes scharf kritisiert. Durch den Artikel fühlte sich der Bevollmächtigte Duppe vom christlichen Metallarbeiterverbande beleidigt und strengte gegen den Verantwortlichen unseres Düsseldorf'schen Parteiblattes Verleumdungsklage an. Die Privatklage wurde jedoch kostenpflichtig abgewiesen, weil der beklagte Redakteur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. In der Begründung des ablehnenden Bescheides sagt das Gericht:

„Der Privatklage war der Erfolg zu verweigern, weil der in Frage kommende Artikel der Wahrnehmung berechtigter Interessen dient. Zweck des Artikels war, die Streikbewegung des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf der Angellagerfabrik „Rheinland“ zu beleuchten und den Lesern, insbesondere den Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes, ein Bild von der Haltung des christlichen Verbandes, wie sie seiner Meinung nach vorlag, zu geben. Dieses Interesse war für den Beschuldigten ein nahelegendes, da die „Volkszeitung“ nach dem Düsseldorf'schen Ortsstatut des Deutschen Metallarbeiterverbandes das Publikationsorgan dieses Vereines ist. Da auch eine Verleumdung in der Form der Äußerung nicht vorliegt, war dem Beschuldigten der § 193 St.G.B. zuzubilligen und die Privatklage daher zurückzuweisen.“

Dieser Entscheid ist bereits rechtskräftig geworden, da der Privatkläger dagegen nicht angegangen ist.

Im Kampfe gegen die Volksrechnung.

Als im Frühjahr v. J. im Braunschweiger Landtag ein neues Volksrechengesetz beraten wurde, beantragte der Landtagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat Seidler, der auch Vorsitzender des Verwaltungsrates ist, ein kleines Sozialrechengesetz in das Schulgesetz hineinzubringen, nach dem es den Arbeiterkindern schulpflichtig der Strafe verboten werden kann, mit ihrem Eltern Arbeiterliste zu besuchen. Der Seidler'sche Antrag fand im Landtag auch Annahme. Der „Braunschweiger Volksfreund“ ging in zwei Artikeln scharf mit Seidler und dem Landtag ins Gericht. Seidler ließ zum Rabi. Er erreichte die Verurteilung des Genossen May zu zwei Monaten Gefängnis und des Genossen Wagner zu drei Monaten. Genosse May lebte am vorigen Montag aus dem Gefängnis juristisch und Genosse Wagner hat die Stelle diesen Montag bezogen.

Genossenschaftliches.

Schlächtereigenenschaft.

Der Bielefelder Konsumverein beschloß am Sonntag in seiner außerordentlichen Generalversammlung, die von über 2000 Genossenschaftlern besucht war, eine eigene Schlächterei zu errichten. Nach den vorgelegten, im Grundsatze genehmigten Plänen, soll die Anlage auf dem Grundstück der Zentrale in der Wärschen Straße in Bielefeld errichtet werden. Der Bauentwurf sieht ein Keller-gebäude und drei Stadwerke vor. Die Baukosten sind berechnet mit 210 000 M. für das Gebäude, 50 000 M. für die Maschinen und die innere Einrichtung; der bilanzmäßige Wert für das Grundstück wurde mit 65 000 M. eingesezt, also Gesamtbaukosten: 325 000 M., welche einstimmig bewilligt wurden. Die Mittel sollen den verfügbaren Beständen aus der Genossenschaftsparkasse entnommen werden. Man gedenkt, etwa sechs Fleischläden, von den bisherigen Verkaufsstellen getrennt, zu errichten. Der Beschluß wurde damit begründet, daß die Metzger auch bei sinkenden Viehpreisen ihre Preise hochhielten, und daß, da im letzten Jahre im Verein an

500 000 M. für Wurst- und Fleischwaren umgesetzt seien, eine Preisregulierung nicht nur für die Genossenschaftler, sondern auch für die Allgemeinheit einzuwirken werde. Der Vorstand wurde beauftragt, mit den Vorarbeiten sogleich zu beginnen.

Aus Industrie und Handel.

Krupp gegen Kirdorf.

Die Gegensätze bei der Erneuerung des Kohlenyndikats, über die zuerst nichts an die Öffentlichkeit gedrungen war, treten jetzt deutlicher hervor. Sie beruhen auf Differenzen zwischen zwei Gruppen, an deren Spitze auf der einen Seite die A. G. Krupp steht, unterstützt u. a. von dem Eisen- und Stahlwerk Hösch, auf der anderen Seite Geisenkirch, Rhönix, u. a. Das Objekt des Streites bildet die Deckung der Geschäftskosten des Syndikats. Bisher wurden entsprechend der Konjunktur wechselnde Abzüge von der auf dem Markt verkauften Kohlenmenge gemacht. Die Last der Lasten trugen also außer den reinen Besen, die an Bedeutung ständig zurückgegangen sind, diejenigen genossenschaftlichen Werke, die, wie Geisenkirch, Rhönix, Deutsch-Luzemburg, neben ihrem Selbstverbrauch große Mengen Kohlen direkt verkaufen. Barteile hat dies Verfahren dagegen den Werken, welche einen geringen Kohlenverbrauch, dafür aber riesige Selbstverbrauchskontingente befragen. Sie genossen alle Vorteile des Syndikats, ohne das geringste für seinen Unterhalt zu tun. Der Top dieser Firma war Krupp. Nach monatelangen Verhandlungen war es dem Geheimrat Kirdorf von der Geisenkircher Bergwerksgesellschaft, der seit Gründung des Syndikats dessen Direktor ist, gelungen, einen neuen Modus ausfindig zu machen, der dies Mißverhältnis milderte und allgemein zur Annahme zu gelangen schien. Danach sollte nur ein Abzug von 3 Proz. des monatlichen Umsatzes gemacht werden und das dann verbleibende Defizit durch eine allgemeine Umlage gedeckt werden, zu der auch die Hüttenbesitzer mit ihrem Selbstverbrauch herangezogen werden sollten. Dies Defizit würde voraussichtlich immer beträchtlich gewesen sein, da bisher Umlagen von 5 bis 7 Proz. nicht selten waren, es sogar Umlagen von 12 Proz. gegeben hat. Krupp hatte bisher die geringe Kohlenverkaufsmenge von 775 000 Tonnen, dagegen für seine Hochofen- und Stahlwerke einen Selbstverbrauch von 2 674 000 Tonnen. Wenn Krupp nach dem Entwurf vielleicht durchschnittlich 3 bis 4 Proz. des Wertes seiner Kohlen jährlich hätte beisteuern müssen, würde dies jährungsweise eine Mehrausgabe von 0,9 bis 1,5 Millionen Mark ausgemacht haben. In Zeiten schlechter Konjunktur, mit Exportprämissen und hohen Frachtkosten nach dem Ausland wäre dieser Betrag bedeutend höher. Werke wie Geisenkirch, Deutsch-Luzemburg und der Rhönix hatten sich mit dieser Neuordnung einverstanden erklärt, weil ihre direkter Kohlenverkauf im Verhältnis zum Selbstverbrauch sehr groß ist und diese Neuverteilung für sie recht vorteilhaft gewesen wäre. Nach den Mitteilungen, die die Gruppe Kirdorf durch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und Krupp durch die „Tägliche Rundschau“ und die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in die Öffentlichkeit gelangen lassen, scheint es, als ob Krupp die Verhandlungen, welche sich monatelang um diesen Punkt gedreht hatten, ziemlich unerwartet durch seinen Widerspruch zum Stocken gebracht hat. Kirdorf läßt denn auch verzögert erklären, daß er, wenn es bei der nächsten Versammlung wieder zu solchen Gegensätzen kommt, die Verhandlungen nicht mehr leiten wolle.

Nun wird an dieser Frage auf keinen Fall das Syndikat scheitern. Immerhin ist aber die Verzögerung, die Krupp hervorruft, den Wählern des Syndikats unangenehm, weil dadurch auch die Verhandlungen mit dem Fiskus und privaten Kaufleuten ebenfalls ins Stocken geraten. Bieweit der Druck, den Krupp mit seiner Obstruktion ausübt, wirken wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist es sehr interessant, zu beobachten, welchen Einfluß kleine Werke und welchen der Riese Krupp auf den Gang der Syndikatsverhandlungen ausüben können. Einige Ragerlöshütten verlangen eine Besserstellung. Ueber ihre Wünsche ging man einfach zur Tagesordnung über. Krupp dagegen hält mit seinem Einspruch die ganzen Verhandlungen auf.

Erweiterung der Spirituszentrale.

Die Spirituszentrale, die die gesamte Kartoffelspiritusproduktion beherrscht, geht jetzt daran, sich auch die Erzeugung von Kornspiritus zu unterwerfen. Zurzeit schweben Verhandlungen der Spirituszentrale mit der Kornspirituszentrale G. m. b. H. in Dortmund, um sich diese anzugliedern. Vorläufig hat die Spirituszentrale nur geringen Einfluß auf die Kornspirituserzeugung. Obgleich die Dortmunder Zentrale nicht allzu große Bedeutung hat, würde die Vereinigung beider doch die Stellung der größeren Zentrale noch weiter befestigen.

Die seit langer Zeit bereits schwebenden Verhandlungen der Zentrale mit der Destillateurorganisation sollen dahin geführt haben, daß die Destillateure in die von der Zentrale geforderte Festlegung von Mindeststärken für die Verantwortlichen einwilligen. Die Zentrale macht die Durchführung von Mindeststärken zur Voraussetzung der Fortgewährung der Rabatte.

Silberwährung in China. Ein chinesisches Währungsgesetz ist dem Parlament vorgelegt worden; es bestimmt als Münzeinheit ein chinesisches Dollarkstück, den Yuan, mit etwa 24 Gramm Reinsilber. Andere Silbermünzen sind die fünfzig-, zwanzig- und zehn-Cent-Stücke. Sie haben zehn Proz. Kupferbeimischung. Ferner gibt es Kupfermünzen von ein und zwei Cent und eine Nickelmünze von fünf Cent. Die Dollarkstücke alter Währung haben für einige Zeit noch neben den neuen Gültigkeit.

Zinsermäßigung. Die Bank von Norwegen setzt den Diskont von 5 auf 4 1/2 Proz. herab.

Soziales.

Ein östliches Jammerbild.

Für franke Landarbeiter ist bestens gesorgt! rief dieser Tage im preussischen Dreifläschenhaufe ein „Volksvertreter“ aus, als unser Genosse Sofer sachkundig und scharf die elenden Zustände zeigte, unter denen die Landflaben des Junkerparadieses hoffnungslos senken, und „große Unruhe rechts“ verzeichnete der stenographische Bericht, als Sofer zeigte, wie in jenen Landen mit franke Landarbeitern Schindluder gespielt wird. Nachfolgender Fall beweist wieder mal, wie sehr die „große Unruhe“ jener Herrn von und zu begründet war, die bekanntlich immer in bestigter Erregung geraten, wenn mit der Laterne in ihre Schlafwinkel hineingeleuchtet wird.

Unweit des Kirdorf'schen Schaaften, nicht allzufern der Kurischen Nebrung, liegt das einem Baron v. Hausen gehörige Rittergut S u n d i e n mit vier ausgedehnten Vorwerken. In einem dieser Vorwerke, Gernheimen, haust in einer jener bekannten Antikaten in einer einstufigen „Stube“ mit teilweise zerstörtem Kieglfußboden eine ost-köbige Landarbeiterfamilie, die dem Verhungern nahe

ist. Eine alte, 63jährige Mutter, die nicht mehr arbeiten kann, eine Tochter mit drei Kindern im Alter von 3, 7 und 8 Jahren, die bei schwerer Arbeit früh bis spät täglich 40 Pf. und wöchentlich eine Meße grobes Mehl erhält, und — auf dem Krankenlager — eine andere, lungentranke Tochter mit zwei Kindern. Die letztere, eine 27jährige Frau, hat mit Ausnahme von etwa vier Jahren immer auf Sundiden ge-

arbeitet, ist dort geboren und zur Schule gegangen. Im Jahre 1911 schon einmal in der Lungenerkrankung Allenstein untergebracht, lehrte Frau K. im vorigen Jahre auf des Ritterguts zurück. Im Oktober erkrankte sie abermals schwer, wurde im Krankenhaus zu Bischof-Schaaften fünf Wochen lang behandelt und dann als „gebessert“ entlassen. Schwach und krank, konnte die Frau nicht ans Arbeiten denken und mußte das Bett hüten. Da teilte ihr der Gutsrentant mit, daß sie für ihre Kinder keine Unterstützung erhalten werde, wenn sie nicht in Stellung gehe.

In ihrer Not begab die Kranke sich zum Landrat, der ihr sehr freundlich entgegenkam, ihr Hilfe versprach und ihr ein Schreiben an den Gutsrentanten mitgab, dem es müßte für sie gefordert werden, sie dürfe unter keinen Umständen obdachlos werden.

Und nun geschah das für unsere ländlichen Verhältnisse Bezeichnende. Die Frau wurde am Heiligabend vor den Amtsvorsteher geladen. Dieser Herr, ein Lehrer Vogel, der vertretungsweise die Amtsvorsteherfunktion ausübte, fuhr die kranke Frau an: Du bist beim Landrat gewesen und Unterstützung haben? Ein junger Mensch von 27 Jahren will Unterstützung haben? Das ist dem Herrn Baron nicht angenehm. Das wäre noch so was, da könnte sich jeder auf die Varenhaut legen und faulenzeln. Was willst Du denn noch, wenn der Herr Baron schon für die Kinder bezahlt, Du kannst in Stellung gehen und Dich vermieten!

Nach dieser „Ansprache“ legte der geistreiche Herr Lehrer und stellvertretende Amtsvorsteher der eingeschüchterten Frau ein Schriftstück vor, in dem sie durch Unterschrift beizugeinigigen mußte, daß sie auf weitere Unterstützung verzichtet.

Am 2. Januar erhielt dann Frau K. dieses Schreiben: Kreisaußschuß Königsberg, den 2. Januar 1914. des Landkreises Königsberg. Königr. 66. N. Nr. 13 228 A.

Nachdem der dortige Ortsarmenverband sich zur Unterstützung Ihrer beiden Kinder bereit erklärt hat und Sie auf die Gewährung einer Unterstützung verzichtet haben, sehen wir den bei uns gefestigten protokolllarischen Unterstützungsantrag vom 10. Dezember v. J. als erledigt an.

An die Arbeiterfrau N. B. Magnus, Kreisdeputierter.

Und wie „unterstützt“ man nun die Frau? Sie erhält für beide Kinder monatlich sechs Mark (für jedes Kind 10 Pf. pro Tag) und ein Liter Milch täglich.

Wie schon erwähnt, erhalten die alte Mutter und die Kranke nichts. Es müssen hier also acht Menschen von 60 Pf. pro Tag, einem Liter Milch und ein paar Händen voll Schwamm leben! Zu der Kranken kommt kein Arzt, sie bekommt keine Medizin.

Wer diese kranke Frau mit den verdächtigen roten Flecken auf den Wangen und der von fortwährenden aufläsenden Hustenstößen gemarterten Brust sieht, der weiß, ohne Arzt zu sein, daß sie der heintüchtigen Proletarierkrankheit verfallen ist. Und niemand sorgt für die Unglückliche, die ihre bleichen Lieblinge hungern sehen muß. Schenken nicht mitleidige Nachbarn den armen Kleinen ein paar elende Brotkrumen, so sind Kartoffeln mit Salz die einzige Nahrung.

Was aber kümmert dieser entsetzliche Kammer den reichen Rittergutsbesitzer, den Herrn Gutsrentanten oder den Herrn Amtsvorsteher. Tränenden Auges erzählte die Frau, wie glücklich sie gewesen sei, als ihr vor einigen Tagen jemand den sozialdemokratischen Landbotenkalender brachte; es sei ihre letzte Hoffnung gewesen, denn nun wisse sie doch, daß es noch Menschen gebe, die sich der Armen annehmen.

So sieht es in Wirklichkeit im Junkerparadies aus. Wir aber vermuten, daß auch diese wahrheitsgemäße Schilderung wieder „große Unruhe“ in gewissen Kreisen erregen wird. Da werden in gerabekter unverantwortlicher Weise Menschenleben auf Spiel gesetzt und dann zeternd das nimmerfatte Junkertum über die Landflucht der „beachtlichen“ Arbeiter.

Kerste und Krankenkassen.

Die Einigungsverhandlungen in Breslau haben am Sonntagabend zu einer Verständigung über die Grundlage zu weiteren Verhandlungen geführt, die voraussichtlich den Frieden zwischen dem Breslauer Krankenkassenverband und den Ärzten bringen werden.

Aus Braunschweig wird gemeldet, daß dort der zwischen Ärzten und Krankenkassen vereinbarte Vertrag von beiden beteiligten Seiten endgültig auf fünf Jahre angenommen wurde, und daß damit der Kerstestreik beigelegt worden ist.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde fällt morgen, Mittwoch, den 11. Februar, aus.

N. B. 100. 1. und 2. Ja, jedoch nur zunächst für die Zeit von 1. Januar bis einschließlich März 1914. 3. Die Steuerpflicht hört auf mit dem 31. Dezember 1914. 4. Innerhalb der 28-tägigen Frist bei der Kirchenbesuche reklamieren. — N. B. C. 100. 1. bis 3. Im Reichshofbureau des Magistrats, Rathaus, Zimmer 104, zu erfahren. — N. B. 11. Sofern Sie am 1. April 1914 ausziehen wollen, mußte das Kündigungsschreiben spätestens am 29. Dezember im Besitz des Vermieters sein. — N. B. 1. 1. 15 bis 20 M. 2. Zwei bis Drei. 3. Nein. 4. Sofern Sie zum Dienstverhältnis geladen werden, sind Sie zur Angabe der Arbeitsstelle verpflichtet. — N. B. 133. Auch Ausländer sind zur Zahlung der Kirchensteuer verpflichtet, sofern Sie der Religionsgemeinschaft angehören. — N. B. 100. Nein, Sie können aber auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Falls die Frau nicht innerhalb Jahresfrist nach Rechtskraft dieses Urteils zurückkehrt, haben Sie einen Scheidungsgrund. — Erste. Demnächstige Darstellung der Sachlage nicht zu beantworten. — N. B. 8. Ja, die Klage muß Ihr Vater erheben. Falls er zur Beilegung der Kosten außerstande ist, muß er sich ein Armenrecht beschaffen und beim Landgericht Danzig die Bewilligung des Armenrechts und Beilegung eines Rechtsanwalts beantragen. — N. B. 22. Das ist zulässig, sofern dadurch Bäume oder sonstige Anpflanzungen nicht beschädigt werden. Einer polizeilichen Erlaubnis bedarf es allerdings nicht. — N. B. 25. Das Einkommen wird nach gesetzlicher Vorschrift zusammengerechnet. — N. B. 75. 1. Wenn es sich um eine Darlehensforderung handelt, in 30 Jahren. 2. Durch Schuldenerkenntnis, auch durch Leistung von Abzahlungen. — München 10. In dem angegebenen Falle kann Anspruch erhoben werden. Der Antrag ist bei der Kreispolizeibehörde auszubringen. — Abonnement 100. Ab Mittwoch. — N. B. 8. 33. Die Ansprüche, die länger als vier Jahre zurückliegen sind verjährt, außerdem konnte der Unterhalt nur bis zur Verheiratung des 14. Lebensjahres geltend gemacht werden. — N. B. 31. Die Hälfte des gemeinsamen Vermögens. Die Frau kann jedoch ihr eigenes Vermögen unter Verzicht auf den weiteren Anspruch ansfordern. — N. B. C. 1. und 2. In beiden Fällen. 3. Sofern er mehr als etwa 24 M. wöchentlich verdient. 4. Polizeibehörde sowie ein ärztliches Zeugnis des Arztes. Vor Erhebung der Klage muß aber die Frau erst beim Amtsgericht den Antrag auf Bewilligung eines Pflegschafters stellen. — N. B. 100. 1. Würden, wenn das Vormundschaftsgericht auf Antrag hin zustimmt. 2. und 3. Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wieviel Personen in dem Betriebe beschäftigt sind. — 16007. N. B. 2. Sie waren zur Zahlung der vollen Kirchensteuer an die katholische Kirche für die Zeit bis einschließlich Dezember 1913 verpflichtet. Soweit möglich, haben Sie an die katholische Kirche für ein Vierteljahr zurückgezahlt. Sie können den Betrag zurückfordern. Zur Zahlung des von Ihrer Kirche an die evangelische Kirche gezahlten Betrages ist diese verpflichtet. In dieser Betrag bei Ihrer Kirche nicht beizubringen, so helfen Sie dafür. — G. B. 67. Die Klage ist aus dem Statut der Krankenkasse ersichtlich. — N. B. 77. Ja. — C. B. 100. Das ist bekannt. Fragen Sie einen tüchtigen Spezialarzt. Räumt in der Zwischenfrage. — N. B. C. 10. 1. Wenden Sie sich

an die Organisation der Gastwirtschaften, Große Hamburger Straße 18/19, 2. Nur dann, wenn infolge der Arbeitslosigkeit ein fünfteiliges Arbeitsverdienstes verloren gegangen ist. — **W. 500.** Sprüche Sie doch einmal mit einem Schulmann, dem Sie Ihre Verhältnisse klar legen. — **M. G. 72.** Wenden Sie sich an das Reichsgesundheitsamt Berlin, Klopstockstraße 18. — **No. 55.** Unrat, Straftat, unerlaubte Handlung. — **O. G. 20.** Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation des Magistrats, Poststraße 16. — **S. R. 15.** Von Mitte Mai bis etwa Weihnachten 1914. — **M. R. 9.** Bei Beking schwanden die Angaben zwischen 500 000 und 1 600 000, Spandan 90 000, Blegensals 9000. — **W. R. 30.** Wollen Sie Ihre Anfragen einer Fachzeitschrift oder aber dem Metallarbeiterverbande vortragen. — **Gerdhardt XXX.** Bar Jude. — **P. D. 60.** Samml. Fachschriften usw. verzeichnet im Berliner Adreßbuch, II. Teil. — **W. D. R. 18.** Ja. Die Höhe der Beiträge kann nur mitgeteilt

werden, wenn die Lohnhöhe bekannt ist. Im übrigen erfahren Sie das bei der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse, bei der die Kassenleiterin gemeldet sein muß. — **A. 25.** 1. Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wie hoch die Rente gefordert für die gewerblichen Räume und gefordert für die Wohnräume ist. 2. Stempel ist für jedes Kalenderjahr zu entrichten. — **100. G. 21.** Nach Vollendung des 21. Lebensjahres braucht Ihre Tochter Ihrer Aufforderung nicht nachzukommen. — **Martha.** 1. Nur dann, wenn sie Kleingewerbetreibende ist. 2. und 3. Wabann ja, andernfalls nein. — **P. 3.** Zur Zahlung des Stempels sind Sie verpflichtet, falls im Wechselvertrag Ihre Verpflichtung ausgedrückt ist. — **G. G. 99.** Sie können einen neuen Antrag stellen und zwar bei der Landesversicherungsanstalt. — **P. Köpfer.** Sie haben für die Versicherungsprämie für ein weiteres Versicherungsjahr. Vor Ablauf desselben können Sie nach Mitteilung an die Direktion des Versicherungs-

Verhältnis auflösen. — **G. G. 33.** Leider ja. — **M. D. 99.** Reht. — **Beane.** Ein eigentümlich errichtetes Testament ist gültig, sofern es der im Gesetz vorgeschriebenen Form entspricht. — **12. C. Str.** Soweit ersichtlich, kann Rückzahlung gefordert werden. — **Walter Neufeld.** 1. Außer Gütergemeinschaft, jedoch in der sogenannten Vermögensgemeinschaft. In notariellem oder gerichtlichem Protokoll. — **J. P. 100.** 1. Aus dem Statut der Berufsgenossenschaft ersichtlich. 2. Ja. — **P. D. 100.** Falls die Arbeitsunfähigkeit Ihrer Frau nicht länger als 14 Tage andauert, halten wir sie zur Stellung einer Ruchhilfe nicht für verpflichtet. — **Rebumer J. R. 100.** Berechtigt der Präsident für seine Bekleidung, monatlich 50 Pf. Beitrag. Zu erfragen bei Herrn Gerwin, Urbanstr. 6. — **P. D. 28.** Aus dem Statut der Ortskrankenkasse ersichtlich. — **P. 20.** Beschlagnahme des Gehalts in diesem Falle nicht zulässig. — **P. 1. 2.** Ja. — **P. D. 37.** Ihre Ansicht ist nicht zutreffend.

Todes-Anzeigen

Sonabendnachmittag 3/4 Uhr entfiel plötzlich meine liebe, unvergessliche Frau und Schwester **Wilhelmine Herrmann** geb. Schwegries im 47. Lebensjahre. 1294 Um stillen Beileid bitten Der trauernde Gatte **Max Herrmann, Hofstr. 1b.** Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 11. Februar, 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes, Blankenstraße.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Bozirk 501a. Am Sonntag, den 7. Februar, verstarb unsere Genossin Frau **Wilhelmine Herrmann** Hofstraße 1b. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorf, Blankenstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sonntag früh 8 Uhr entfiel nach längerem, schwerem Leiden mein lieber, treuversorgender Mann und unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Schriftföher **August Schneider** im Alter von 51 Jahren. Dies zeigen an im Namen der Hinterbliebenen **Ida Schneider nebst Sohn.** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Reinickendorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Am Sonntag, den 8. Februar, starb unser lieber Mitarbeiter, Schriftföher **August Schneider** im Alter von 51 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Vormwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co.**

Am Sonntag, den 8. Februar, morgens 8 Uhr, entfiel nach längerem schwerem Leiden unser lieber, treuer Mitarbeiter, der Schriftföher **August Schneider** im Alter von 51 Jahren. Durch seinen offenen, ehrlichen Charakter sowie seinen kollegialen Sinn hat er sich bei uns ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahrt. **Wöge ihm die Erde leicht sein!** **Das Personal der Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co.** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Deutscher Banarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Am 5. Februar starb unser Mitglied, der Banauer **Karl Lehmann** (Bezirk Südost). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Michael-Friedhofes in Reinickendorf, Mariendorfer Weg, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter **Sophie Brandenburger** sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. **Friedrich Brandenburger** nebst Kindern. Berlin, Schönensche Str. 8 1294

Deutscher Holzarbeiterverband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Theodor Bischof** Weidenweg 83, im Alter von 58 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Ackerstr. 11-Kirchhofes in Weihenau, Ackerstr. 11, aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl. Geschäftsstelle Groß-Berlin. Bezirk Wedding. Am Freitag, den 6. Februar, verstarb unser Mitglied, Kollege **Emil Ehrhardt.** **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorf, West, Blankenstraße, aus statt. **Die Geschäftsstellenverwaltung.**

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin. Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kollegin **Ida Künzel** (Schrieb Lichtenstein) verstorben ist. 76/3 **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des Marius-Kirchhofes in Hohenhofenhausen aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Hierdurch allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser guter, lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Formner **Richard Rohloff,** Berlin, Gerlichstr. 8, am 8. Februar, im Alter von 28 Jahren nach schwerem Leiden sanft entfiel. Dies zeigen tiefbetrübt an **Witwe Anna Rohloff nebst Kindern und Familie Weisner.** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Kapelle des Philipps-Apostel-Friedhofes, Müllerstraße 44/45, aus statt.

Am Freitag, den 6. d. Mts., abends 8 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Ida Künzel** im vollendeten 48. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an und bitten um stille Teilnahme **Reinhold Künzel nebst Kindern,** Olshaberstr. 12. Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 10. Februar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des Marius-Kirchhofes, Hohenhofenhausen, aus statt. 8606

Dankfagung. Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben, unvergessenen Mannes, des Malers **Albert Oppermann** sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, den Beamten und Kollegen der Städtischen Straßenreinigung sowie dem Staats- und Gemeindefunktionär-Verband, insbesondere dem Herrn Stadterordneten Mannse für die trostreichen Worte, und dem Gelangverein der Räder „Morgengrauen“ für den erhebenden Gesang meinen aufrichtigsten Dank. **Ewe. Oppermann.**

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Blumen- und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sprechen wir allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, ebenso dem Deutschen Transportarbeiterverband, den Parteigenossen des Wahlvereins Neutölln, ganz besonders den Rednern für ihre kostbaren Worte und den Sängern für ihren erhebenden Gesang an der Bahre unseren tiefempfundenen Dank. **Wwe. A. Höde** nebst Kindern.

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Schwiegersohnes, Schwagers und Onkels, sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Kalm u. Bender, sowie der Firma Koppitz und dem Deutschen Metallarbeiterverband unseren aufrichtigsten Dank. 111a **Wwe. Frida Belling.**

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes und Bruders **Alfred** sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. **Witw. Rosenberg** nebst Frau u. Kindern Herbert, Walla.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Jakob Hager** sagen wir allen Bekannten und Freunden, den Kollegen und Kolleginnen der Vereinten Holzlagerwerke zu Panitzsch und den Parteigenossen des 6. Wahlkreises sowie dem Metallarbeiterverband unseren herzlichsten Dank. 1154 **Witwe Hager nebst Kindern.**

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12. **Sensibel - Inzibel!**



Überall zu haben in Flaschen von 10 Pf. an. Fabrik: Chemische Werke Labynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg. **Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,** Joh. P. Golletz Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 349

Bruchbandagen Leibbinden, Geradhalter, Irrigatore, Spritzen etc., **Suspensorien,** sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt **Fabrikant Pollmann,** jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferrant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

PEEK & CLOPPENBURG

Für die Alpenfeste **Trachten-Ausstellung** im II. Stock. **Große Auswahl in allen Teilen.** Verkauf zu niedrigen Preisen.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie. **Zigarren - Zigaretten - Rauchtabelle.** Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen. Alleinverkauf der Fabrikate der Firma **F. J. Burrus St. Kreuz** Größte deutsche Rauchtabellefabrikation. Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle. Zigaretten-Spezialität: **L'Algerienne.**

Gardinen besonders billig kaufen Sie in unserem **Inventur - Ausverkauf!** Große Posten Gardinen aller Art Restbestände - 1 bis 4 Fenster Tüllgardinen Tüll-Stores - Tüll-Künstler-Gardinen **Allovenet-Fensterdekorationen** Etamin-Garnituren - Halb-Stores Bettdecken - Scheiben-Gardinen

Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken **Johann Pellot Co. Kommandit-Gesellschaft.** Verkaufsstellen nur: **C. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Tor** **O. Gr. Frankfurter Straße 5-6, Ecke Frucht-Straße** **S. Oranien-Straße 37, nahe Oranien-Platz** **O. Niederrhein-Straße 13, Ecke Boxhagener Straße** **S. Kottbuser Damm 65, (Neukölln) nahe Hermannpl.** **O. Griner Weg 29, gegenüber der Markthalle** **N. Schönhauser Allee 83, Hochbahnstation Nordring.** **Spezialhaus allergrößten Stills mit Einzelverkauf.** Sachgemäße Bedienung.

Blendend weiße Wäsche! Preisliste für schrankfertige Wäsche: **Laken p. St. v. 12 Pf. an** **Handtücher p. St. 4 Pf.** **Kl. Bezüge p. St. 7 Pf.** **Tischluch. 15 -** **Servietten 4 -** **Strümpfe p. Paar 8 -** **Gr. Bezüge 18 -** **Taschentuch. 3 St. 10 -** **Frottiertuch. p. St. 10 -** **Gardinen, Stores** gewaschen, gestirkt, gespannt p. Schal v. 50 Pf. an. **Leibwäsche,** gerollt, Taghemd, Nachthemd, Beinkleid, Schürzen p. Stück 12 Pf. **Unterlaken, Korsettchen, Holzhemden p. Stück 8 Pf.** **Kinderswäsche p. Stück 7 Pf.,** geplättelt Oberhemd v. 35 Pf. an, **Kragen 7 Pf., Chemisettes, Paar Manschetten 15 Pf.** **Tägliche Abholung - Lieferung 7 Tage** **Dampfwäscherei „Rübezah!“ O. Fruchtstr. 2, Königst. 8480** Telefon: 8480

Hervorragend sind Wyber-Tabletten dazu geeignet, die unangenehmen Nebenerscheinungen des Rauchens zu bekämpfen. **Wyber-Tabletten** sind vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel **M 1**

Möbelstoffe Letzte Neuheiten, auch Reste! Moketteplüsch 465 130 cm breit. Muster bei näher. Angabe franko **Emil Lefèvre** Berlin, Oranienstraße 158

Berliner Genossenschafts-Bäckerei. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Bilanz per 30. September 1913. **Aktiva.** 1. Kassaconto 1 630,00 2. Bankkonto 11 650,13 3. Warenkonto 4 647,05 4. Einrichtungsconto 13 500,- 5. Gehaltskonto 17 000,- 6. Gehaltsanwartschaften 2 798,60 7. Betriebsmittelkonto 105,- 8. Konto pro diversi 610,- **Summe** 51 993,84 **Passiva.** 1. Konto pro diversi 14 119,50 2. Darlehenskonto 31 500,- 3. Reservefondskonto 550,- 4. Konto der Genossen 1 500,- 5. Gewinn u. Verlustkonto aller Jahre 1 717,30 neuer 2 587,04 **Summe** 51 993,84

Im Laufe des Geschäftsjahres 1912/13 ist kein Genosse beigetreten und keiner ausgeschieden. Es gehörten der Genossenschaft am Schluß des Geschäftsjahres 1912/13 15 Genossen an mit einer Gesamtschuldsumme von 1300 Mark und dem gleichen Geschäftsguthaben. Die Gesamtsumme hat sich nicht vermindert und nicht verringert. 102/20 Berlin, den 9. Februar 1914. **Der Vorstand.** H. Michaelis, Paul Zenz.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Stempelfabrik Robert Hecht, Inh.: Alfr. Scheller Berlin S. 42, Ritterstr. 116. Hebet schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.

Blasenwässer unmaßl. Blutröte des Gesichts, Blutäckerchen, Pusteln usw. werden beseitigt durch „Marubin“. Rein oberflächl. Wirkmittel! Wissenschaftlich erprobt u. von durchgreifender absoluter Wirksamkeit. Nachweis. Erfolge seit fast 25 Jahren. Garantiert unerschöpflich. Jede nicht Zeile M. 2.50. **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4**

Spezialarzt f. Gynäk., Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren in u. Co. lang. Laborat. i. Blut. Untersuchung, Fäden i. Harnstein. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum Str. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Berlin City-Hotel Dresdener Straße 52 zunächst d. Gewerkschaftshaus. Neuer Besitzer, seit Juni vorigen Jahres. **Heute allgemein empfohlen!**

Tätowierung entfernt Dr. Schinemann Spezialarzt für Hautkrankheiten Berlin S., Oranienstraße 139.

Kampf!

Ein paar Tage vor den Berliner Kaufmannsgerichtswahlen klagt einer im „Berliner Tageblatt“ recht herabredend über den Unfrieden unter den Handlungsgehilfen von Berlin. Er variiert das biblische Thema: Siehe wie fein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen, und sucht den Nachweis zu erbringen, daß es im Grunde keine tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbänden gebe und daß daher der Kampf um die Beisitzermandate sinnlos und schädlich sei. Die großen Organisationen hätten doch fast durchweg die gleichen sozialpolitischen Forderungen aufgestellt, und nur einige kleine radikale Gruppen hätten dem mehr oder weniger gemeinsamen Programm einige ultraradikale Forderungen angefügt, von deren Unfruchtbarkeit sie selbst überzeugt seien. Man tue also viel besser daran, das Geld, das für die Wahlkampagne ausgegeben werde, zur Vinderung der Not unter den Angestellten zu verwenden.

Ähnliche Töne pflegt man ja bei allen Wahlen zu vernahmen und auch bei denen zum Parlamente ist der Friedensapostel, der für eine bessere Verwendung der Gelder plädiert, keine unbefamte Erscheinung. Er steht in der Regel im Lager derjenigen Leute, denen die Wahl nicht der Kosten, sondern der Unruhe wegen unympathisch ist, und die die Meinung des preußischen Erzerzkanzlers Ludwig v. Gerlach teilen, daß eigentlich jede Wahl ein Unglück sei. Je weniger gewählt wird, um so geringer ist die Möglichkeit zur Verbreitung oppositioneller Ideen, um so gesicherter ist das bestehende System.

Ach, und der gute Mann im „Berliner Tageblatt“ ist durchaus von derselben Couleur. Am Schluß seines erbaulichen Sermons kommt es ja heraus: er weist darauf hin, daß der Verband deutscher Handlungsgehilfen (Leipziger Verband) mit dem Verein für Handlungscommis von 1858, dem Verein junger Kaufleute und dem Verein der Bankbeamten ein Abkommen dahin geschlossen habe, daß der Wahlkampf ohne jede Erbitterung und im Zeichen der Gemeinsamkeit der Interessen geführt werden solle.

Der Wind weht also aus dem Sanjabund-Loch. Denn die genannten Organisationen sind diejenigen, die hinter der Sanjabunde einhertraben und die daher allen Anlaß haben, Rücksichten auf das Ruhebedürfnis des Unternehmertums zu nehmen. Denn darauf läuft es hinaus: Die Angestellten vertragen schon den Kampf, und wenn natürlich auch die Art und Weise, wie ihn die Sprengkolonnen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes führen, dem doch nebenbei gesagt die Leipziger nicht so fern stehen, von jedem Anständigen aufs schärfste verurteilt wird, so wissen sie doch, daß die Auseinandersetzungen notwendig sind, um die Luft zu klären und die abseits stehenden Angehörigen des Berufes aufzurütteln. Und indem gerade die radikalen Verbände, von denen der Leipziger so geringschäßig spricht, den Gegenlag zu den rechtsstehenden unterstreichen, bringen sie die Angestellten zu der Erkenntnis des Gegensatzes zum Unternehmertum und leisten damit eine Arbeit, die, mag sie den Sanjabundlern auch noch so wenig gefallen, die aufgewandte Mühe und die aufgewandten Kosten nur lohnt.

Die Erfolge, die gerade der Zentralverband der Handlungsgehilfen in der letzten Zeit bei den Kaufmannsgerichtswahlen im Reich erzielt hat, beweisen im übrigen, wie wenig Verständnis die große Masse der Angehörigen des Berufes für die friedliche Taktik der Leute besitzt, die sich ermattet auf das Faulbett legen. Der Zentralverband hält es mit Gottfried Keller:

Wer spricht von Anmut, während die Gedanken noch schupflos irren mit zerrautem Haar? Noch kämpfen wir durchdringend Jahr um Jahr. Noch tut uns not ein scharf, ob unschön Janfen.

Parteiangelegenheiten.

2. Kreis, 5. Abteilung. Mittwoch, den 11., gemeinschaftlicher Jahlabend der 5. Abteilung in Habels Brauerei. Vortrag des Reichstagsabg. Schöpflin.

Dritter Wahlkreis. In folgenden Abteilungen finden gemeinschaftliche Jahlabende statt:

- 1. Abt. Bez. 139-141, 151 u. 152 im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18a. Vortrag des Genossen Adolf Ritter.
2. Abt. Bez. 141-144 u. 234 im Gewerkschaftshaus, Vortrag des Reichstagsabg. Karl Haberland über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in Staat und Kommune“.
3. Abt. Bez. 218-220a bei Augustin, Oranienstr. 103, Vortrag des Genossen Wiffel über: „Unfallversicherung“.
4. Abt. Bez. 221-226a Ritterstr. 123.
5. Abt. Bez. 227-229 bei Augustin, Oranienstr. 103, Vortrag des Genossen Goldberg.
6. Abt. Bez. 232-233, 285 u. 287 bei Henning, Alexandrinenstr. 44, Vortrag des Genossen Pfeiffer über: „Reichsversicherungsordnung und Krankenkassen“.
7. Abt. Bez. 296-298, 249 u. 249a im Gewerkschaftshaus.
8. Abt. bei Wille, Sebastianstr. 39. Vortrag des Reichstagsabg. Edermann über: „Reichsversicherungsordnung und Krankenkassen“.

Republik-Baumischulweg. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Gemeindefestlicher Jahlabend für alle Bezirke: Abteilung I im Gesellschaftshaus, Baumischulstr. 78; Abteilung II bei Ludwig. Am Treptower Park 25/26. Vortrag über: „Die deutsche Reichsverfassung“. Referenten sind die Genossen L. K. und K. H. Diskussion und Mitteilungen.

Rapenitz. Heute Dienstagabend veranstaltet der Bildungsausschuß seinen 23. Theaterabend. Zur Aufführung gelangt: „Der Wissenswurm“, Pauerkomödie von L. Angenburger. Einfallarten sind noch bei Wähler, Meyer Str. 6, und im Stadttheater zu haben.

Mariensfelde. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gastwirt Schäfer, Mariensfelde, Kirchstr. 68, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Gröger-Neulöh über: „Die bevorstehende Gemeindevahl“. 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Verbe, Friedrichstr. 112: Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Friedrich Sachtleben über moderne Feuerbestattung. Im weiteren findet die Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl statt.

Grünau. Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 Uhr, in der „Grünen Ede“: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Ewald Kempelhof: Berichterstattung von der Kreis-Generalversammlung.

Börsdorf. Am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 6 Uhr, veranstaltet der hiesige Bildungsausschuß in der Villa Kahl einen Volksliederabend. Vortragender: Herr Dr. Heinz Schall-Gasparn. Einleitungsbeitrag und Vieder zur Laute. Eintrittskarten a 30 Pf. sind noch zu haben beim Kassierer W. Franz, Paradiesstr. 4.

Alt-Glienide. Mittwoch, den 11. d. M.: Jahlabend: 1. Bezirk bei Riße, Grünauer Straße; 2. Bezirk bei Vahr, Köpenicker Straße; 3. Bezirk (Ortsteil Fallenberg) bei Schäfer, Schirmerstraße.

Niederhagenhausen und West. Morgen Mittwoch: Gemeinsamer Jahlabend im Lokal „Schwarzer Adler“, Planenburger Str. 4. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehende Gemeindevahl.

Friedrichsdorf (Dübau). Mittwochabend 8 1/2 Uhr: Jahlabend bei Schönwiese.

Erker. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Grund, Friedrichstraße 21, statt.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde fällt morgen, Mittwoch, den 11. Februar, aus.

Im Streit erschossen.

Nach einem Streit erschossen hat der 35 Jahre alte Arbeiter Theodor Schmidt aus der Plantagenstr. 13 den 19 Jahre alten Arbeiter Bruno Rothauer, der wenige Häuser von ihm entfernt bei seinen Eltern in dem Hause Plantagenstr. 39 wohnte.

Schmidt, der Vater von zwei Kindern im Alter von vier und sieben Jahren ist, lebt mit seiner Frau in Zwist und wohnt für sich allein in einer Kasse. Die Scheidungsklage schwebt noch. Vor drei Viertel Jahren, kurz nach der Trennung von seiner Frau, ließ er sich einen Waffenschein geben mit der Begründung, daß er von Liebhabern seiner Frau ständig verfolgt und bedroht werde. Er erhielt den Schein und trug seitdem ständig einen scharfgeladenen Revolver bei sich. So auch Sonntagnacht wieder, als er das Tanzlokal von Hampel in der Gerichtstr. 31 aufsuchte. Dort traf er den ihm bekannten jungen Rothauer, der mit seiner Frau und zwei Freunden erschienen war. Im Laufe des Abends tanzte Schmidt, der abseits von der kleinen Gesellschaft Platz genommen hatte, einmal mit Rothauers Frau. Diese beklagte sich nach dem Tanze darüber, daß ihr Tänzer sich unpassend benommen habe. Rothauer stellte ihn darauf zur Rede und verbat sich diese Belästigungen. Ein Wortwechsel, der hieraus entstand, und an dem sich auch die Freunde Rothauers beteiligten, legte sich bald wieder und alles schien wieder gut zu sein. Das war gegen 2 Uhr nachts. Eine Stunde später begab sich Rothauer, seine Frau und seine Freunde nach dem im Vorderhause gelegenen Café, das zu dem Tanzlokal gehört. Schmidt folgte dorthin und setzte sich an einen Redensitz. Man kam in ein Gespräch, in dem der Vorfall wieder aufgerührt wurde. Auch jetzt blieb es bei einem unbedeutenden Wortwechsel. Rothauer, der als ein sehr ruhiger und besonnener junger Mensch bekannt war, dachte an nichts mehr, als er gegen 4 Uhr die Toilette aufsuchte. Die anderen dachten sich ebenso wenig dabei, als Schmidt ihm folgte. In ihrem Schreien hörten sie gleich darauf einen Schuß fallen. Als sie, andere Gäste und das Personal hinzueilten, fanden sie in dem Toilettenraum Rothauer aus einer Stirnwunde stark blutend mit dem Rücken auf dem Fußboden liegen. Seine Hände hielten sich krampfhaft an dem Koste Schmidt, der über ihn gebeugt da stand und in der rechten Hand noch seinen Revolver hielt. Das Bild ließ erkennen, daß Schmidt dem jungen Manne aus nächster Nähe eine Kugel in die Stirn geschossen hatte. Im Fallen hatte der Betroffene sich an ihn so festgehalten, daß es ihm noch nicht möglich gewesen war, seine Stellung zu ändern. Rothauer wurde nach der Hilfswache in der Lindower Straße gebracht, starb aber schon unterwegs.

Schmidt wurde wegen Totschlags verhaftet und zunächst nach der Revierwache gebracht. Hier behauptete er, in der Notwehr gehandelt zu haben. Rothauers Freunde hätten ihn vorher schon verprügelt und dieser selbst habe ihn auf der Toilette schwer angegriffen. Nach dem Ergebnis aller Vernehmungen kann davon gar keine Rede sein. Schmidt wurde deshalb in Haft behalten und im Laufe des Tages der Kriminalpolizei übergeben.

Der Hauswirt in der Armenpflege.

Wenn die Armenpflege von einem Kostleidenden um Hilfe gebeten wird, wendet oft der von der zuständigen Armenkommission mit den Ermittlungen beauftragte Recherneur sich an den Hauswirt des Wittstellers. Der Herr Hauswirt muß ja Bescheid darüber wissen, was seine Mieter im Kopf haben oder nicht haben, und falls er das etwa doch nicht wissen sollte, so kann er mindestens sagen, ob einer mit der Mietzahlung im Rückstande ist. Sehr einfach und bequemer macht sich die Sache, wenn in der Armenkommission, die über das Gesuch eines Wittstellers entscheiden soll, zufällig sein Hauswirt selber Mitglied ist und dort amtlich bestätigen kann, daß der in Rot geratenen Mieter ihm noch nicht mal die Wohnungsmiete bezahlt hat. Daß aber ein Hilfsuchender, wenn sein an die Armenkommission gerichtetes Gesuch um Unterstützung seinem Hauswirt bekannt wird, auch sehr läble Erfahrungen machen kann, das hat sich in einer Armenkommission des Stadtteils Wedding gezeigt.

Eine Frau, die von ihrem Mann verlassen worden war und seit Dezember auch ihre Erwerbsarbeit verloren hatte, wandte in ihrer Not sich Ende Januar an den Vorsteher der Armenkommission. Den Bescheid auf ihr Gesuch erhielt sie schon nach kurzer Zeit. Der Herr, der als Mitglied der Kommission diese Sache zu bearbeiten hatte und bei seinen Recherchen auch in ihrer Wohnung war, sagte ihr, sie solle am Abend des 31. Januar mal bei ihm anfragen. Vielleicht werde für sie „etwas da sein“, und er habe ihr dann die Unterstützung auszuzahlen. Noch ehe sie zu diesem Herrn gehen konnte, ließ am Nachmittag des 31. Januar ihr Hauswirt sie rufen. Wolte er mahnen, daß sie ihm schon für zwei Monate die Miete schuldet und jetzt zu Beginn des dritten Monats endlich zahlen müsse? Als sie zu dem Hauswirt kam, begann der, von ihrem Unterstützungsgesuch zu sprechen. Woher er davon wußte, blieb unklar. Gesagt hatte sie ihm nichts, und darüber, daß sie ihm nicht vorher in Kenntnis gesetzt hatte, äußerte er selber seine Verwunderung. Er machte der Frau dann die angenehme Mitteilung, daß ihr 15 Mark bewilligt seien, aber das sei „nur für die Miete“, setzte er zu ihrer minder angenehmen Ueberraschung hinzu. Das Geld kriegt er, fuhr der Herr Hauswirt fort, indem er wiederholte, es sei eben „für die Miete“. Sogleich legte er auch einen Zettel vor, den sie unterschreiben sollte. Sie antwortete, das könne sie doch nicht, wenn er ihr kein Geld zahle. Ob sie denn noch anderes Geld kriegen solle, um sich Essen kaufen zu können, fragte sie. Er wußte es nicht. Immer wieder suchte er sie zu be-

lehren, die 15 M. seien für die Miete bestimmt, sie solle nur unterschreiben. Schließlich tat sie's — und sie verließ die Wohnung des Hauswirts, ohne einen Pfennig Geld erhalten zu haben.

Bald aber stiegen ihr doch Bedenken auf, ob sie nicht da eine Dummheit gemacht hatte. Schleunigst lief sie zu dem Recherneur, der die Unterstützung ihr hatte auszahlen sollen. Als sie eintrat, sah bei ihm schon — ihr Hauswirt. Dem schien das Wiedersehen peinlich zu sein, aber ohne viele Umschweife fragte sie den Recherneur, ob die ihr bewilligte Unterstützung für die Miete bestimmt sei und ob sie sonst noch etwas für den Lebensunterhalt zu erwarten habe. Kleinklaut antwortete der Recherneur, das sei „alles“. Sie habe doch nicht „für den Hauswirt gebittelt“, schalt die entriestete Frau. Nun, dann wolle sie überhaupt kein Geld haben, die Stadt möge es nur ruhig behalten. Verlegen schwieg der Recherneur. Der Hauswirt suchte sie zu beschwichtigen, sie solle nochmals zu dem Vorsteher gehen, vielleicht werde ihr noch etwas bewilligt. Widerstrebend entschloß sie sich, den nochmaligen Gang zum Vorsteher zu tun. Er ließ sie sofort vor, obwohl er um diese Zeit keine Sprechstunde hatte. Mit Verwunderung hörte er sie an. Warum sie, fragte er unwillig, unterschrieben habe, obwohl ihr kein Geld gezahlt wurde. Die Unterstützung sei nicht für Miete bestimmt, sondern für Lebensunterhalt. Wie komme denn der Hauswirt dazu, selber sich dieses Geld holen zu wollen. Der Vorsteher gab ihr jetzt schwach auf weich, daß die 15 Mark ihr ausgezahlt werden sollten. Als sie zum Recherneur zurückkam, fand sie den Hauswirt nicht mehr vor. Die 15 Mark aber waren noch in den Händen des Recherneurs, und es schien ihm eine Freude zu sein, daß er sie noch nicht weggegeben hatte und sie jetzt der Hilfsuchenden ausshändigen konnte.

Wie kann der Hauswirt erfahren haben, daß seiner Mieterin eine Unterstützung winkte? Er ist selber Mitglied der Armenkommission, auch hatte der Recherneur ihn in seiner Wohnung aufgesucht und sich bei ihm über die Wittstellersin erkundigt. So erfuhr es der Hauswirt, und da glaubte er, beizeiten sich seine Miete sichern zu dürfen. Daß zur Abwendung einer Ermission eine Unterstützung für rückständige Miete eines Monats bewilligt wird, kommt vor, und in der Regel wird dann direkt an den Hauswirt gegen dessen Mitteilung gezahlt. Hier aber war, wie ja der Einspruch des Vorstehers zeigt, die Absicht der Kommission nicht die, die 15 M. ohne weiteres in die Tasche des Hauswirts zu lassen. Darüber hätte er selber sich leicht vorher die nötige Aufklärung verschaffen können. Hoffentlich wird er jetzt über die Unzulässigkeit seines Verfahrens nachdrücklich belehrt.

Die Errichtung von Artillerie-Jugendwehren

Ist im vorigen Jahre wieder sehr gefördert worden. Mit Genehmigung des Kriegsministeriums stellen die Artillerietruppen für die Übungen Geschütze und zur Unterweisung ältere Unteroffiziere zur Verfügung. Wie berichtet wird, haben diese Jugendwehren auch auf den Artilleriechießplätzen sich im Scharfschießen betätigt. Und wer zahlt die Kosten für die doch recht teure Munition?

Für 23 000 M. Wertpapiere entwendet.

In dem Orte Glan bei Trebbin fand am Sonntagabend eine Festlichkeit statt, an der auch der dortige Gutsbesitzer Albert Müdrich mit seinen Angehörigen und seinem Personal teilnahm. Die Feier, die in einem Gasthause abgehalten wurde, dehnte sich bis in die frühen Morgenstunden aus. Als Müdrich dann mit den Seinen heimkehrte, machte er die unangenehme Entdeckung, daß Einbrecher sein Gehöft heimgegriffen und u. a. eine Kassetten, die für 23 000 M. Wertpapiere enthielt, mitgenommen hatten. Der Gutsbesitzer machte sich sofort auf den Weg nach Berlin, und wandte sich an die hiesige Kriminalpolizei, weil er vermutet, daß ihm Berliner Einbrecher den Streich gespielt haben und daß sie verhaften werden, in Berlin ihre Werte zu Geld zu machen.

Flammentod einer Weißeskranken.

Auf furchtbare Weise hat die 37jährige Ehefrau des in der Grunewaldstraße 20 zu Schöneberg wohnenden Architekten Reinhardt den Tod gesucht und gefunden. In der Nacht zum Montag, als sich Frau R. allein zu Hause befand, erhob sie sich aus dem Bett, ging nach der Küche, übergieß sich mit Petroleum und entzündete dieses. Im Nu stand die Frau in hellen Flammen. Von Schmerzen gepeinigt, lief sie auf den Korridor hinaus und alarmierte durch ihre gellenden Hilferufe die Hausbewohner, die bald in großer Zahl herbeieilten. Erst nach einiger Zeit gelang es mit großer Mühe, durch Aufwerfen von Kleidungsstücken und Decken die Flammen zu ersticken. Die Unglückliche, die am ganzen Körper furchtbare Brandwunden erlitten hatte, wurde nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus gebracht, wo sie bald nach ihrer Aufnahme an den Folgen der Brandverletzungen verstarb. Die Unglückliche litt seit längerer Zeit an einem schweren Nervenleiden, das sich jetzt bis zum Wahnsinn gesteigert hatte.

Von dem Automobil des türkischen Botschafters überfahren wurde gestern nachmittags kurz vor 4 Uhr ein acht Jahre alter Schüler Willi Döbel aus der Florastraße zu Bantow. Der Junge lief hinter einem Kraftwagen, der von der Charlottenburger Chaussee her kam und durch das Brandenburger Tor fahren wollte, her und überließ, als er auf die Seite rannte, den Wagen des türkischen Botschafters, der von den Linden kommend nach dem Tiergarten fuhr. Er wurde umgestoßen und kam so unglücklich zu liegen, daß ein Rad über sein rechtes Bein hinwegging und ihm den Oberschenkel zweimal brach. Ein Schuttmann und der Botschafter beachten den Verunglückten nach der Charité, wo er Aufnahme fand.

Einen unheimlichen Fund machte gestern nachmittags der Pförtner des Hauses Franzensstraße 35. Als er über den Flur ging, sah er an der Kellerterrasse ein Paket liegen, in dem er die Leiche eines neugeborenen Knaben entdeckte. Die kleine Leiche war in Papier und Pappkarton eingewickelt. Sie wurde zur Feststellung der Todesursache nach dem Schauhause gebracht.

Einen schweren Verlust erlitt am Sonntag ein Arbeiter am Strand des Müggelsees, der unweit der Wasserwerke ein dunkelbraunes Herrenportemonnaie mit Inhalt (Geld und vier Eisenbahnscheinfarten) verlor. Der Finder wird um Abgabe an die Expedition des „Vorwärts“ Laufzettel Platz 14/15 gebeten, zumal der Verlierer seit elf Wochen arbeitslos ist.

Wegen eines Hundes ertrunken. Am Sonntagnachmittag gegen 1/6 Uhr ertrank das in Hangelberg a. d. Spree bebienstete Mädchen Anna Fim. Wie uns berichtet wird, wurde das Mädchen beauftragt, den Hund ihrer Herrschaft, der auf das Eis gelaufen war, zurückzuholen. Kaum daß das Mädchen das Eis betreten hatte, brach es ein und verlor in den Fluten. Die sofort unternommenen Rettungsversuche hatten zwar Erfolg, indessen starb das Mädchen bald darauf unter den Händen ihrer Mutter.

Verloren hat am Sonnabend ein Arbeiter auf dem Wege von der Volla- bis Rügener Straße, Berlin, sein Portemonnaie mit

42 R. Inhalt. Den Arbeiter trifft der Verlust um so härter, als das Geld der erste Verdienst nach längerer Arbeitslosigkeit war. Der ehrliche Finder wird gebeten, seine Adresse nach der „Vorwärts“-Expedition, Spandau, Weitestr. 64, gelangen zu lassen.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

Kostbandsarbeiten in Charlottenburg. In der in Nr. 37 des „Vorwärts“ vom 7. Februar veröffentlichten Mitteilung schreibt uns das Nachrichtenbureau des Magistrats:

Die Entscheidung der Frage, ob bei den erwähnten Arbeiten den Steinlegern und Kammerern die tarifmäßigen Stundenlöhne zu zahlen sind, ist abhängig von der Grundfrage, ob diese Umplattierungen nur v o r a u s g e n o m m e n e Arbeiten sind, d. h. solche, die unbedingt ausgeführt werden müssen, die man aber mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit statt in absehbarer Zeit schon jetzt ausführen läßt, oder aber wirkliche Notstandsarbeiten, d. h. solche Arbeiten, die lediglich mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit vorgenommen wurden, um den Arbeitslosen Gelegenheit zum Verdienst zu geben.

Es handelt sich tatsächlich nur um wirkliche Notstandsarbeiten, für deren Vergütung unseres Erachtens die tarifmäßigen Sätze nicht in Frage kommen.

Diese Forderung ändert leider nichts an der Wirkung, die die Ausführung solcher Arbeiten auf die lohnberabsetzenden Tendenzen der Unternehmer haben müssen. Zudem müßte unseres Erachtens das Tiefbaunotwendige zwischen Notstandsarbeiten, die nur von gelehrten, und solchen, die von ungelehrten Arbeitern hergestellt werden. Für die Steinleger und Kammerer kann es nicht gleichgültig sein, wenn durch Vereinerlichung solcher unter dem Tarif bezahlter Arbeiten ihnen bei Erneuerung ihres Tarifvertrages von den Unternehmern die größten Nachteile zugemutet werden.

Steglitz.

„Über unserer Mittelschule schwebt ein Aster“ — Hagte in der letzten Gemeindevorversammlung Herr Jürgens — „früher wurde zu wenig, jetzt wird zu viel über sie gesprochen.“ Der Mann hat von seinem Standpunkt als Freund der Mittelschulen recht. Wir als prinzipielle Gegner der Mittelschulen stimmen dem nur darin bei, daß früher, das heißt bevor ihre Gründung beschlossen war, tatsächlich zu wenig über sie geredet wurde. Das von einigen Leuten ausgehende Projekt tauchte so unüberhofft auf und wurde so über Hals und Kopf beschlossen, daß man nur eine gewisse Heberumpelung annehmen kann. Das jetzt zu viel über sie geredet werde, bestritten wir, aber kann von einem „zu wenig“ gesprochen werden, weil wohl die wenigsten Eltern recht unterrichtet sind.

Der erste und wichtigste Einwand gegen die Mittelschule überhaupt ist der, daß mit ihr eine neue Klassenstufe geschaffen wird zum Nachteil der Volksschule. Die Neugründung der Mittelschule wird (und soll nach dem Wunsch ihrer Befürworter) diejenigen, die das Schulgeld von 60 M. jährlich erschwingen können, veranlassen, ihre Kinder dieser Schule statt bisher der Volksschule zuzuführen. Das wird zunächst zur Folge haben, daß in diesen Schulen das Gefälle wächst, daß sie etwas Besseres sind als die Volksschulen. Hiermit wird ihnen von klein auf ein Ständesinn eingeimpft zum Verderb der Minderheit. Aber auch der Volksschule selbst erwächst ein großer Schaden daraus, daß nunmehr das Interesse jener Eltern für eine Schule, die für ihre Kinder entzieden können, völlig schwindet, wodurch die so dringend nötige Verbesserung und Weiterentwicklung der Volksschule zumindest nicht gefördert wird. Auch das geistige Niveau der Volksschule wird unlegbar herabgedrückt durch Entziehung eines Teils der intelligenteren Schüler, wie auch andererseits durch die Abwanderung der „Zahlungsfähigen“ die Volksschule geradezu zur Armen- und Fremden- und Minderheiten- und Minderklassenschule wird. Und was bleibt gar das Ideal aller wirklichen Volksschulfreunde, die Einheitschule, die einzig und allein die Möglichkeit des Emporkommens aller begabten Kinder gewährleistet? Es entspringt in immer weitere Ferne, ankant sich zu nähern. — Was bietet nun aber diesen der allgemeinen Volksbildung drohenden Gefahren gegenüber die Mittelschule ihren Schülern und deren Eltern eigentlich für Vorteile? Sie vermittelt den Kindern eine etwas bessere Allgemeinbildung und die Kenntnis einer fremden Sprache (des Französischen), ohne jedoch den Schülern irgendeine „Bereicherung“ wie die „höheren“ Schulen zu gewähren. Das sei besonders hervorzuheben, daß durch Absolvierung der Mittelschule das Einjähriges-Zeugnis nicht erworben werden kann, ja nicht einmal die Befreiung von der Fortbildungsschulpflicht wird erreicht. Der Mittelschüler hat also nach 9-10-jährigem Schulbesuch bei einem Kostenaufwand von 540 M. nur genau das erreicht, wie der begabte Volksschüler nach nur acht Schuljahren bei Schulgeldfreiheit: Er kann h a n d w e r k e r werden, wobei ihm das bisherige Französisch absolut nichts nützen kann. Deshalb ist es ratsamer, befähigte Knaben in die Realschule zu schicken. Dort beträgt das Schulgeld allerdings 100 M. pro Jahr; da aber dann nur noch sechs Schuljahre in Frage kommen, im ganzen doch nur 600 M., also 40 M. mehr als für die Mittelschule. Damit hat aber der Junge die Möglichkeit, das „Einjähriges“ zu erlangen, das nun einmal (man muß sagen „Leider“) fast allgemein in den besseren Berufsweigen Voraussetzung ist. Auch für Mädchen ist der Besuch des Lyzeums nach dreijährigem Volksschulbesuch nicht teurer wie die Mittelschule, dafür aber praktischer und aussichtsreicher.

Noch auf ein sei aufmerksam gemacht: die drei untersten Klassen der Mittelschule haben genau den gleichen Lehrplan wie die Volksschule und der Unterricht wird auch von Volksschullehrern erteilt. Deshalb können sämtliche begabte Volksschüler mit dem vierten Schuljahre ohne weiteres auf die Mittelschule übergehen und die Eltern haben 180 M. Schulgeld erpart. Wären deshalb die Eltern sich die Sache reiflich überlegen, bevor sie ihre Kinder zur Mittelschule anmelden, damit sie selbst und ihre Kinder vor herben Enttäuschungen bewahrt bleiben.

Lichtenberg.

Zur Errichtung und Erziehung zum „Gutten“ Patriotismus der Lichtenberger Jugend hat der „Ortsausschuß für Jugendpflege“ am Sonntag in der Müllendorferstraße schrägüber dem Rathaus ein „1. Jugendheim Berlin-Lichtenberg“ eröffnet. Die Eröffnung fand nur vor geladenem Publikum statt. Der Vorsitzende des Ortsausschusses, Oberbürgermeister Rietzen, betonte in seiner Ansprache besonders, daß es dank der überaus reichlichen finanziellen Hilfe der „Königlichen Staatsregierung“ gelungen sei, ein Heim zur Pflege der Vaterlandsliebe in Lichtenberg zu errichten. Dann folgte das unvermeidliche Kaiserhoch. Ein leidenschaftlicher Regierungsrat war als Vertreter der Regierungspräsidenten erschienen. Anschließend glaubten die Gutsopatrioten nimmere, Lichtenberg von der „Suche der freien Arbeiterjugend“ geteilt zu haben. Die Polizei tut ein Übriges, das von der Arbeiterkammer errichtete Jugendheim besonders zu beaufsichtigen. Müht sie doch in Abwiesung der Heimleitung die Türen öffnen, um nachzusehen, ob auch jeder Ziegel der Mauer noch auf dem rechten Fleck liegt. Wenn außerdem mit dem Gelde der Steuerzahler ein Helm zur Bekämpfung der Arbeiterjugend errichtet worden ist, so kann der letzteren das selbige Abbruch tun. Die Lichtenberger Arbeiterkammer wird ohne staatliche und städtische Subvention trotz Polzeihäufigkeit und Verfolgung das Heim zu behaupten und als Bildungs- und Erziehungsinstitut der Arbeiterjugend dienstbar zu machen wissen. Den Arbeitelkammern müßten wir aber bei dieser Gelegenheit zurufen: Wartet auf eure Kinder! Die freie Jugendbewegung verfolgt man, wittert überall politische Veranlassungen, läßt Hin- und Herwanken ihre Versammlungen auf, läßt Strafmandate auf sie regnen, indessen die vaterländischen Jugendvereine in

Reinkultur gezüchtet werden. Als solche kommen in Lichtenberg in Betracht: Jungmädchengruppe „Wanderlust“, Jugendverein „Vorwärts“ (9. Gemeindefschule), „Germania“ (8. Gemeindefschule), der 4. Gemeindefschule, „Brandenburgia“ (3. Gemeindefschule), Jung-Lichtenberg, 1. gewerbliche Fortbildungsschule und noch verschiedene solcher Weisheiten, die im Verborgenen blühen. Arbeiterkammern, schickt eure Kinder in das Arbeiter-Jugendheim, Dorfstr. 22. Dasselbe ist Sonntags von nachmittags 4—9¹/₂ Uhr und wochentags von abends 7—9¹/₂ Uhr geöffnet.

Neukölln.

Eine Revolvergesellschaft spielte sich in der vorvergangenen Nacht wieder auf einem Laubengänge ab. In der Kolonie Einsamkeit am Dammweg hat der 18 Jahre alte Schlosser Mattil aus der Köpenicker Allee sein Federwiesch im Laubengänge eines Kaufmanns W. untergebracht. Weil in der letzten Zeit auf diesem Gelände die Diebstahlsfälle überhandnahmen, so fürchtete der junge Mann auch für seinen Bestand und beschloß deshalb, einmal in der Laube zu übernachten, um die Diebe bei einem etwaigen Besuche abfassen zu können. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr erwachte er durch ein Geräusch, sah zum Fenster hinaus und nahm wahr, daß sich eine Hand durch die Latten schob, um die Stalltür aufzuriegeln. Sofort feuerte er nach der Stelle hin einen Schrotschuß ab. Jetzt zog sich die Hand zurück. Ob er sie getroffen hat, weiß Mattil nicht. Er sprang nun auf, um weiter nachzusehen, wurde aber von zwei Männern, die er in der Dunkelheit nur in den Umrissen sah, mit Revolverkugeln empfangen. Er rückte sich schnell und eilig in jeder Verlegenheit. Die Kugeln schlugen in die Tür und die Wandungen der Laube ein. Der Bedrohte hielt sich noch eine Weile in seiner Schutzstellung. Als dann alles ruhig blieb, ging er hinaus, fand aber von den Männern keine Spur mehr. Gestern morgen ergab sich, daß mehrere Lauben in der Kolonie ausgeplündert waren.

Bei den am Sonntag, den 8. Februar, stattgefundenen Erziehungswahlen der Arbeitnehmer zu dem Gewerbeamt wurden für die Liste der freien Gewerkschaften 5246 Stimmen abgegeben. Die Verteilung an der Wahl war keine gute, es fehlte der Reiz; die Gegner, sich ihrer Schwäche bewußt, haben es seit einer Reihe von Jahren unterlassen, irgendwie zu kandidieren, und so unterließ es so mancher, was keinesfalls gutzuheißen ist, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Friedenau.

Aus der Gemeindevorstellung. Infolge der vor zwei Jahren erfolgten Vermehrung der Gemeindevorstellung machte sich in diesem Jahre eine Auslösung zweier Gemeindevorordneter notwendig. Gemeindevorordneter Dr. Länger, 1. Klasse, erklärte, daß er zum 1. April durch Verzug ausscheide, worauf nur einer, und zwar aus der 2. Klasse, ein Herr Dreger ausgelost wurde. In der 3. Klasse finden für die Herren Leo Schulz und Vorkschulzler Finke Neuwahlen statt. Schöffe Wache ist als Mitglied der Schuldeputation wiederberufen; für Herrn Sadee wurde Herr v. Wrochem bestimmt, demselben wurde auch noch das Mandatbezugsamt übertragen. Während Gemeindevorstand und Gemeindevorstellung vor etwa einem Jahre die Errichtung eines Versicherungsamtes für den Ort entgegen dem Antrag unserer Genossen ablehnten, hat sich der Gemeindevorstand inzwischen eines besseren belehnen lassen; er beantragte nun selbst die Errichtung dieser Institution. Da es sich um eine Sache handelte, die Arbeiterinteressen berührt, hielten die Gewerkschaften diese Neueinrichtung für nicht so eilig und beantragten Vertagung, um Informationen darüber einzuziehen, wie teuer sich die Geschäfte stellen wird. Es wurde dabei ausdrücklich bemerkt, daß die Errichtung eines Versicherungsamtes unterbleiben würde, wenn auch nur ein Beamter deswegen von der Gemeinde mehr beschäftigt werden müßte. Bürgermeister Walger wies darauf hin, daß die Ausgaben ganz minimal sein würden gegenüber den Annehmlichkeiten, die man hier einem großen Teil Interesses, insbesondere Arbeitern, bieten könne. Er bemerkte u. a., daß die Gemeinde es schon seit Jahren übernommen habe, an die am Orte wohnenden Staatspensionäre die Pension auszahlen, ohne irgendwelche Entschädigung dafür zu beanspruchen. Auch hierbei erwahnen, wie er sagte, der Gemeinde Kosten. Was nun den Pensionären recht, sei für die zum allergrößten Teil wirtschaftlich schlechter gestellten Arbeiter durchaus billig. Genosse Richter trat entschieden für den Antrag ein, er lenzte die Rede auf die Haltung der Mehrheit, die für die Bedürfnisse der Reichen alles, für die Armen aber nichts übrig habe. Der Antrag wurde dem Finanzamt überwiegen, der nachprüfen soll, ob der Etat für 1914 noch mit ein paar hundert Mark für das Versicherungsamt befreit werden kann.

Viel mehr Interesse brachten die Herren dem nächsten Verhandlungsgegenstand entgegen. Handelte es sich doch hier um die heiligen Interessen des spekulierenden Grundbesitzes, die Abschaffung der Verzugswaldsteuer. Eines der großen Berliner Bankinstitute hat durch die zweite Klasse einen sonst sehr schweigsamen jungen Mann namens Heide in die hiesige Gemeindevorstellung delegieren lassen. Dieser beantragte nun die Aufhebung der Verzugswaldsteuer für Friedenau zu beschließen. Heute konnte Herr Heide reden. In grellen Farben schilderte dieser Vertreter der großen Finanz das Elend des Grundbesitzes. Pflicht der Gemeindevorstellung sei es, durch Aufhebung derartiger Steuern den Grundbesitz wieder zu beleben. Das war so recht eine Rede im Sinne der Friedenauer Gemeindevorstellung. Nur mit Mühe gelang es dem Gemeindevorstand, unterstützt durch unseren Genossen Richter, eine definitive Beschlußfassung vorläufig zu verhindern. Herr Walger teilte mit, daß er die Weiterhaltung der Steuer für unbedingt gehalten habe, da zur Bilanzierung des Etats andere Einnahmen nicht zur Verfügung ständen. Die Steuer habe im vergangenen Jahr 25 000 M. gebracht. Diefelben Herren, die vorher den Etat nicht mehr mit einigen hundert Mark für das Versicherungsamt glaubten belegen zu können, wollten nun im Interesse des ungeschmäleren Profites tausende von Mark aus den Einnahmen des so schwer zu balancierenden Etats ausschneiden. Die Angelegenheit wurde vorläufig bis zur Staatsberatung vertagt, doch kann man jetzt schon mit Sicherheit voraussagen, daß dem Antrag des Herrn Heide und seiner Auftraggeber dann Rechnung getragen wird. Am Schluß der Sitzung trug Genosse Richter noch Beschwerden über unbillige Zustände in den Arrestzellen, die zur Verbüßung von Haftstrafen dienen, vor. Abgesehen davon, daß es eine Wachgelegenheit dort nicht gebe, soll es vorkommen, daß in einer nur mit einer Brille versehenen Zelle zwei Personen gesperrt werden. Sodann erregte unser Redner, beim Eisenbahnstrecke über unbilligen Verkehr auf der Ringbahn, zwischen den Bahnhöfen Bilmersdorf-Friedenau und Potsdamer Platz, Beschwerden zu erheben. Nach Mitteilung des Gemeindevorstandes beträgt die Bevölkerungszahl des Ortes zurzeit 44 000 Personen.

Treptow-Baumfalkenberg.

Die Neuwahlen der Beisitzer für das hiesige Gewerbeamt finden für die Arbeitgeber am Mittwoch, den 18. März, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und für die Arbeitnehmer am Sonntag, den 22. März, von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Rathaus, Neue Strugaallee 1—3, Zimmer 50, statt.

Für die Wahlen der Arbeitgeber liegt die Wählerliste während der Zeit vom 9. bis zum 18. Februar im Rathaus, Zimmer 57, von vormittags 9 Uhr bis 3 Uhr nachmittags, und am Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags öffentlich aus. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, sich während der Dauer der Auslegung davon zu überzeugen, ob sie in der Wählerliste eingetragen sind. Arbeitgeber, die nicht in der Wählerliste stehen, sind nicht wahlberechtigt.

Die Arbeitnehmer haben ihre Wahlberechtigung am Tage der Wahl durch ein Zeugnis des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde nachzuweisen. Hierüber wird später durch ein Flugblatt weitere Information erteilt.

Bei der bevorstehenden Gemeindevorstellungswahl werden, wie aus der Wählerliste hervorgeht, zwanzig Wähler der ersten Klasse allein zwei Gemeindevorsetzer ernennen, 622 der zweiten Klasse ernennen weitere zwei, und von den 5853 Wäh-

lern der dritten Klasse dürfen die 1010 des 3. Bezirks und die 2325 des 4. Bezirks (beide westlich der Niesholzstraße) je einen Gemeindevorsetzer, der zudem Hausbesitzer sein muß, erteilen. (Sagen jene 5853 Wähler der dritten Klasse mit 2 stehen 612 der beiden oberen Klassen mit 4 Mandaten. In Wirklichkeit kommen aber für die Entscheidung über jene vier Auserwählten insgesamt keine 20 Wähler in Frage, denn in der ersten Klasse kommt nur die Hälfte der Berechtigten zur Wahl und in der zweiten gibt erfahrungsgemäß ein einziger Wähler den Ausschlag, der mit fast anderthalbhundert Stimmenstimmen antritt. Der Vermehr der zweiten Klasse zählt immer noch 257,20 M. Steuern, was darunter ist, kommt zum Plebs. Um in die erste Klasse zu kommen, muß man oder schon mindestens 5636 M. an Steuern entrichten. Der wertvollste Wähler, die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Agfa), steht sogar mit 235 070 M. Steuern pro Jahr zu Buch. Ein weiterer Steuerzahler, die Stadt Berlin, nimmt mit 185 000 M. die zweite Stelle ein. Man muß also hier schon recht „gut situiert“ sein, um bei diesem Wahlrecht ein gewichtiges Wort mitzusprechen zu können. Das Umrecht der Dreiklassenwahl wird durch diese Verteilung recht drastisch illustriert.

Köpenick.

In der letzten Sitzung der hiesigen Unterkommission lag der Jahresbericht gedruckt vor. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde Emil Schuber, Flemmingstr. 18/19, als Lomann und August Semrau als Kassierer wiedergewählt und Paul Schönhal als Schriftführer neugewählt. Die Wahlen der Bibliothekskommission wurden, da der Abschluß derselben erst im Juli erfolgen kann, zurückgestellt; sie soll zusammen mit der Wahl des Bildungsausschusses stattfinden. Folgender Antrag des Arbeiter-Sportvereins gelangte zur Annahme: „Einlaßkarten für Vergnügungen, sportliche Veranstaltungen, Rastentische sowie alle anderen Vereinsleistungen haben den Stempel des Sportvereins zu tragen. Einlaßkarten, welche den Stempel nicht tragen, sind von den Mitgliedern zurückzugeben. Die Gewerkschafts- sowie Parteimitglieder werden gebeten, dem Befehl zu beizutreten.“ Es wurde jedoch besonders bemerkt, daß alle Veranstaltungen der Partei und der freien Gewerkschaften von diesem Befehl nicht berührt werden. Auch soll derselbe auf die im Februar stattfindende Veranstaltung des Arbeitergesangsvereins „Männerchor“ keine Anwendung finden. Ausdand wurde die andauernde furchtbare Arbeitslosigkeit eingehend besprochen. Mit Betreibern und Bedauern wurde es aufgenommen, daß die seinerzeit im Stadtparlament gewählte Kommission (betreffend Arbeitslosenversicherung) bisher noch zu keiner Sitzung zusammengetreten ist. Die Vorstände der Gewerkschaften vertreten einmütig den Standpunkt, daß, da die Reichsregierung sich fortwährend um diese Aufgabe herumdrückt, es Pflicht der Gemeinden sei, hier vorläufig helfend einzugreifen, um den unerschuldeten Arbeitelenden zu helfen. Für die Funktionäre soll in nächster Zeit ein Vortrag über: „Arbeitslosenversicherung“ gehalten werden. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der diesjährige Vortragskursus des Bildungsausschusses über: „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ am 25. Februar, 4. 11. und 18. März, abends 8¹/₂ Uhr, im kleinen Saal des Stadttheaters stattfindet. Teilnahmekarten für alle vier Abende 30 Pf. Arbeitslose haben freien Eintritt, jedoch müssen sich dieselben erst an ihre Organisation wenden.

Sancti.

Aus der Gemeindevorstellung. Die Gemeindebehörde hat die Wählerliste, die in der ersten Klasse 18, in der zweiten 150 und in der dritten 1795 Wähler aufweist, noch mehr zugunsten der dritten Klasse dadurch gefaltet, daß das Kinderprivileg nicht in Anrechnung gebracht wurde. Der letzten Gemeindevorstellung lagen deshalb eine Anzahl Einsprüche vor, denen aus Satzgegeben werden mußte. Da die Wählerliste jedoch nur wochentags von 8 bis 3 Uhr ausliegt, ist dieselbe nicht so geprüft worden, wie das erwünscht gewesen wäre, denn sonst wäre die Anzahl der Einsprüche sicher eine weit größere gewesen. Das es sich, wie der Gemeindevorsetzer meinte, um einige Unregelmäßigkeiten handelte, ist nicht anzunehmen. Genosse Radtke stellte fest, daß bei einer ganzen Anzahl Wähler, für welche die Liste eingegeben worden ist, der Steuerloz um das Kinderprivileg zu wenig in Anschlag gebracht worden war. Ein Antrag des Gemeindevorsetzers Teurig, die Wählerliste aus dem Grunde für unrichtig zu erklären, wurde von der Mehrheit abgelehnt. — Die Errichtung eines Oberlyzeums zum April 1917 wurde gegen 3 Stimmen beschlossen. Für 200 SchülerInnen wird zurzeit ein Gymnasium für 600 000 M. errichtet und im Oktober dieses Jahres bezogen, und schon jetzt ist es notwendig, für ein Oberlyzeum zu sorgen. Die Kosten für dasselbe wurden vom Gemeindevorsetzer auf 4—5000 M. im ersten, 7—8000 M. im zweiten und 11—12000 M. im dritten Jahre veranschlagt. Da diese neue Einrichtung nur sehr wenigen Wohlhabenden zugute kommt, die je eine obere Klasse hat einen Bestand von 7 Schülern, wendete sich Genosse Radtke dagegen. Solche Einrichtungen sollten größere Gemeinden ins Leben rufen, in denen wirklich ein Bedürfnis vorhanden sei. Zu wünschen wäre, daß die bürgerlichen Vertreter sich so bewilligungsbereit zeigten, wenn es sich um Verbesserungen der Volksschule handelte. — Einem Antrag zur Gebührensordnung für die Gemeindefinanzen wurde zugestimmt.

Potsdam.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung entspann sich bei der Beratung einer Reihe Etats für das Jahr 1914 eine längere Debatte. Zunächst rief es allgemeines Erstaunen hervor, daß die Hantlerische Badeanstalt, die im vergangenen Jahre vom Magistrat angekauft worden war, um den Bewohnern der Brandenburger Vorstadt eine bessere Badegelegenheit zu schaffen, nicht im Etat aufgeführt war. Noch mehr verwundert aber war man, als man dann erfuhr, daß der Magistrat diese Badeanstalt, nachdem 8000 M. für deren Renovierung bewilligt worden waren, an einen Schwimmklub für 600 M. jährlich verpachtet habe. Daß hierbei die Stadtverordneten übergangen worden waren, wurde beurteilt und ein Beschluß herbeigeführt, der den Magistrat verpflichtet, den Vertrag mit dem Schwimmklub, der von Jahr zu Jahr geschlossen ist, zum nächsten Termin zu kündigen. — Die Vorlage betreffend Bewilligung von zweien Hypotheken an Hausbesitzer wurde genehmigt. Es ist ein Hypothekenfonds von 5 000 000 M. geschaffen, aus dem Hausbesitzer, welche ihre Häuser aus- oder umbauen wollen, die zweite Hypothek erhalten. — Zur Beschäftigung arbeitsloser Stadtbanner standen 7000 M. zur Verfügung. Da das Geld aufgezehrt und die Arbeitslosigkeit noch sehr groß ist, wurden noch 3000 M. für diesen Zweck bewilligt. — Gestagt wurde über die mangelhafte Beleuchtung der Kaiser-Wilhelm-Brücke, welche die Verbindung zwischen Bahnhof und der Stadt herstellt und zu den verkehrstechnischen Straßenzügen gehört. Von den 12 dortselbst befindlichen Lampen werden nur 6 des Abends und 3 bei der Nacht benutzt. Die übrigen treten nur bei festlichen Anlässen in Funktion. Es wurde beschlossen, eine bessere Beleuchtung hier eintreten zu lassen.

Tegel.

Frauenchor. Dem Bestreben der arbeitenden Frauen und Mädchen, sich bei Arbeiterfesten gefällig betätigen zu können, hat der hier im Ort durch seine Mitwirkung bei Partei- und Gewerkschaftsveranstaltungen bekannte Gesangsverein „Immeratun“ Rechnung getragen. Neben dem Männerchor ist nunmehr ein Frauen- und Mädchenchor gegründet worden. Der Chor, der jeden Dienstag abends 9—11 Uhr im Schulhaus, Berliner Straße 84, bei Müller tagt, bittet alle fangensuchenden wie auch fangensuchenden Frauen und Mädchen, sich als Mitglied in den Chor aufnehmen zu lassen.

Röntgenal, Zeyern, Buch.

Aus der Gemeindevorstellung. Die Vorlage betreffend Anliegerbeiträge erregte Genosse Schulz die zur nächsten Sitzung zu vertragen, um nähere Informationen einzubolen. Demgegenüber bemerkte der Schöffe Schröder, daß die Interessierenden den An-

Niederbeitrag von 300 M. zu entrichten hätten, es sei nicht der Mühe wert, erst noch darüber zu sprechen. Genosse Schulz belehrte den Schöffen, daß man in der Gemeinde anders hierüber denke. Nachdem sich auch der Vorsitzende für Vertagung ausgesprochen, wurde der Antrag unseres Genossen einstimmig angenommen. Bei der Vorbesprechung des Voranschlags kam es beim Titel: Ausgabe der Lehrergehälter zu einer kleinen Debatte. Der Vorsitzende teilte mit, daß das Lehrerkollegium in Zukunft für die Raumverhältnisse eine Ertragsübertragung verlange. Genosse Schulz befragte die Einstellung einer neuen Lehrkraft. Auch sei eine größere Rücksichtnahme gegenüber den jungen Kindern, die den weiten Weg am Tage zweimal zur Schule machen müßten, hinsichtlich ihrer Schularbeiten geboten. Die Wünsche unseres Genossen fanden jedoch bei den Bürgerlichen kein Gehör. Die bevorstehende Gemeindevertreterwahl soll auf Antrag unseres Vertreters in allen drei Abteilungen an einem Sonntag stattfinden. Dagegen wurde beschlossen, denjenigen Gemeindevätern, die insofern Arbeitslosigkeit mit ihren Steuern im Rückstand sind, das Wahlrecht zu verweigern. Auch wurden verschiedene zu Unrecht in der Liste vermerkte Parzelleninhaber durch Einspruch aus derselben wieder gestrichen.

Dranienburg.

Ein Dachstuhlbrand entstand am Sonntagabend gegen 8 Uhr auf dem Grundstück des Lokals „Waldhaus Sandhausen“, Schützenstr. 34. Hier bewohnt eine hundertköpfige polnische Familie (sogenannte Sachfengänger) die frühere Herberge der organisierten Arbeiterschaft. Durch allzu starkes Feuer mit Reifsig war der Ofen dermaßen angeheizt worden, daß die nur leicht gebaute Decke Feuer fing und die Wohnung in ganz kurzer Zeit mit dicken Rauch füllte. Die Eheleute machten anscheinend infolge Genusses von reichlichen Mengen Alkohol gar keine Anstalten, die Kinder, unter denen sich noch zwei Säuglinge befanden, in Sicherheit zu bringen. Nur durch das sofortige Eingreifen des Besitzers, Genossen Frohm, konnte größeres Unheil verhindert werden. Wäre das Feuer einige Stunden später zum Ausbruch gekommen oder nicht sofort bemerkt worden, so wäre zweifellos die ganze Familie bei den räumlichen Verhältnissen dem Feuer zum Opfer gefallen. Durch das pünktliche Eintreffen der hiesigen freiwilligen Feuerwehr konnte das Feuer auf seinen Fortschritt beschränkt werden.

Pionawek.

Opfer des Eisports. Am Sonntag nachmittag brachen bei dem Versuch, den Griebnitzsee von der Babelsberger Seite zu überqueren, die Lehrlinge Max Krenner und Max Weberstedt aus der Goethestraße ungefähr in der Mitte des Sees, wo die Eisdecke nur eine geringe Stärke besaß und bereits unter Wasser stand, ein. Ein zu ihrer Rettung herbeigeeilter Mann verschwand gleichfalls in den Fluten. Während letzterer und der Lehrling Weberstedt gerettet werden konnten, geriet der 15jährige Lehrling Krenner unter das Eis und ertrank. Seine Leiche konnte erst nach etwa dreißigstündigem Aufsuchen des Sees und Zertrümmerung der Eisdecke geborgen werden. Ein etwas später auf der anderen Seite des Sees eingebrochener junger Mann konnte glücklicherweise von hinzukommenden Personen gerettet werden.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Schönhausen. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Rathaus, Hauptstr. 50.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Versammlungen.

In der Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischer gab der Kassierer Schnaubelt den Kassendbericht vom vierten Quartal 1913. Der Kassennachschuß ist von 11.068 auf 12.419 gestiegen. Aufnahmen wurden im vierten Quartal 196 gemacht. Den Geschäftsbericht vom Jahre 1913 gab Bergmann an. Redner schilderte die Arbeitslosigkeit im Berufsstand. In Berlin waren im vergangenen Jahre ungefähr 1000 organisierte Schlächter arbeitslos. Dies trägt ein gutes Teil mit Schuld, daß im Jahre 1913 ungefähr 6000 Karren weniger umgefahrt wurden als im Jahre 1912. Ein Teil Schuld tragen aber auch die Kollegen mit und hauptsächlich einige Bezirkskassierer, die ihre Pflicht nicht voll erfüllt haben. Wenn es auch eine freiwillige Arbeit ist, so muß es doch eines jeden Bezirkskassierers Pflicht sein, die übernommene Arbeit auch voll auszuführen. Die Einnahmen der Ortskassen sind von 21.474,23 auf 20.024,99 M. gestiegen, dagegen die Einnahmen der Hauptkasse von 29.670,45 auf 27.041,95 M. gefallen. In Karren wurden im Jahre 1913 53.176 umgefahrt. Aufnahmen wurden 603 gemacht. Der Mitgliederstand ist von 1682 auf 1802 gestiegen. An Unterstützung wurde ausbezahlt: Weisenunterstützung 62 M., Erwerbslosenunterstützung 7023,25 M., Genossenschaftsunterstützung 40 M., Rechtschutz 13,50 M., Sterbegeld 230 M. und Lokalunterstützung 1327 M. An die Berliner Genossenschaftskommission wurden 300 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen gesandt. Tarifverträge wurden im vergangenen Jahre 49 abgeschlossen, davon 24 in Neußlin, so daß heute in Berlin 238 Tarife bestehen. In Neußlin haben im Laufe des Jahres 1913 54 Meister, die mit dem Verband im tariflichen Verhältnis standen, ihr Geschäft aufgegeben bzw. aufgeben müssen und haben die Gesellenlaufbahn wieder betreten. Ein Beweis dafür, daß es heute nicht mehr so leicht möglich ist, Meister zu bleiben, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Versammlungen best. Sitzungen fanden statt: 11 Mitglieder- und 27 öffentliche Versammlungen, von letzteren ein großer Teil in den Vororten. Ferner 15 Vorstand-, 13 Vertrauensmänner- und 5 Versammlungsformateilnehmungen. In Neußlin fanden 11 Mitglieder-, 4 öffentliche Versammlungen und 4 Vertrauensmännerhaltungen statt. Die beiden Sektionen hielten ab: 4 öffentliche und 18 Mitgliederversammlungen, 13 Vertrauensmännerhaltungen und 22 Vorstandssitzungen. Mit dem Hauptvorstand, anderen Gewerkschaften und der Genossenschaftskommission fanden 36 Sitzungen statt. An einer erheblichen Anzahl anderer Sitzungen hat die Geschäftsleitung ebenfalls teilgenommen. Mit den größeren Wurfabriken wurden im vergangenen Jahre die Tarifverträge gekündigt und wieder neu abgeschlossen.

Zentralverband der Lederarbeiter. Die Zahlstelle Berlin nahm am Sonntag den Bericht der Statutenberatungskommission entgegen. Zuerst gab Heideberg den Geschäftsbericht. Die Verhältnisse im Berufsstand sind noch sehr nichtig. Trotzdem war der Verband rübrig tätig, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig zu beeinflussen. Es wurden 3 Lohnbewegungen durchgeführt, 2 mit 1 ohne Erfolg. Bei der letzteren handelte es sich allerdings um einen Betrieb, der nur 2 Arbeiter beschäftigt. Im Anschluß an die beiden ersten Fälle konnte eine einheitliche Lohnregulierung für sämtliche Betriebe Berlins (Handschuhmacher) durchgeführt werden. Die Bibliothek zählt jetzt 200 Bände. Die Abrechnung der Verbandskasse zeigt folgendes Bild: Reineinnahme 16.639,20 M., Gesamteinnahme 19.730,95 M., Gesamtausgabe 18.255,90 M., Bestand 1475,15 M. Für Unterstützungszwecke wurden ausgegeben: 12.670,45 M. Lokalkasse: Gesamteinnahme 5501,98 M., Ausgaben 5213,27 M., Bestand 348,90 M. Ausgaben für Unterstützungszwecke: 2310,85 M. — Hierauf berichtete der Vorsitzende der Statutenberatungskommission und teilte mit, an welchen Paragrafen Änderungen vorgenommen werden und worin dieselben bestehen. In der Diskussion wandten sich mehrere Redner unter anderem gegen die Abhaltung von Gaukonferenzen, die ein positives Ergebnis nicht hätten. Bezüglich der Gehaltsaufbesserung der Angestellten wurde erklärt, daß die Angestellten keine bestimmte Forderung gestellt hätten, man zuzusetzen auch keine Stellung dazu nehmen könne. Einige Redner meinten, im Vergleich zu dem Einkommen der Lederarbeiter seien die jetzigen Gehälter der Angestellten völlig ausreichend. Für eine Erweiterung der Kartenzahl in der Krankenunterstützung sprachen sich nur einige Redner aus, die übrigen waren

dagegen. Weiterhin sprachen sich die meisten Redner gegen die Einführung einer dreitägigen Kartenzahl bei der Arbeitslosenunterstützung aus, wo zurzeit eine solche nicht besteht. Die Vorschläge der Kommission wurden einstimmig angenommen. — Ein Antrag, daß die vor jeder Generalversammlung stattfindenden Gaukonferenzen weggelassen sollen, wurde angenommen.

Der Zimmerverband hielt am Donnerstag bei Döblich in der Kopenstraße seine Jahrestagsversammlung ab. Die Quartalsabrechnung, die gedruckt vorlag, spiegelt, wie auch die früheren Abrechnungen, die geradezu trostlose Lage auf dem Baumarkt wieder, und stehen die Ausgaben für die Arbeitslosen wiederum an erster Stelle. Für Arbeitslosenunterstützung sind ausgegeben von der Zentralkasse 9667 M., von der Lokalkasse 2426,50 M. und für Beiträge Arbeitsloser 3660,95 M., so daß im 4. Quartal 1913 insgesamt 15.754,45 M. für arbeitslose Mitglieder aufgewendet sind. Außerdem wurden noch 152 M. als Darlehen und andere Unterstützungen ausbezahlt. An Ersatzunterstützung bei der Firma Held u. Franke in Erfurt wurden 280 M. ausgegeben. — Daß unter diesen Umständen die Finanzen der Zahlstelle ziemlich mangelhaft sind, kam in einem Referat des Kassierers Bellio zum Ausdruck, der eine Besserung der Zahlstellenfinanzen nur dann für möglich hält, wenn der gegenwärtige Lokalbeitrag von 40 Pf. pro Woche auch weiter erhoben wird. Da die Berliner Zimmerer mit dem 1. März d. J. unter Zugrundelegung ihres Stundenlohnes einen um 5 Pf. höheren Beitrag an die Zentralkasse zahlen müssen, so bedeutet dieser Vorschlag eine Erhöhung des Wochenbeitrages um 5 Pf. Nachdem noch der Vorsitzende Witt dazu gesprochen, erklärte die Versammlung nach längerer Diskussion sich fast einstimmig für eine Erhöhung des Beitrages zu dem Zweck, den Arbeitslosen auch weiterhin die Vergünstigungen der Zahlstelle in gleicher Höhe gewähren zu können. Es sollen nun die Bezirke entscheiden und die nächste Zahlstellenversammlung die endgültigen Beschlüsse fassen. Beschl. wurde, den Zahlstellenvorstand am 1. März durch Urwahl zu wählen. Erforderliche Stichwahlen sind am 8. März zu erledigen. Die Aufstellung der Kandidatenliste zur Vorstandswahl zeitigte eine längere Debatte. Die bisherigen Vorstandsmitglieder kandidieren wieder.

Aus aller Welt.

Das unsittliche Berlin.

„Die sittlichen Zustände in Berlin sind jetzt soweit gediehen, daß die Polizei sich einmal gründlich damit befassen sollte.“
Abg. v. Kardorff im Preuss. Landtage am 9. Februar 1914.

Das Sündenbabel Berlin hat es so manchem der Herren angeht. Der in Berlin ständig wohnende Durchschnitts-Europäer ahnt gar nicht, welchen sittlichen Gefahren er ausgesetzt ist. Er weiß auch nicht, wie heldenmütig die Eblen und Erlauchten den Bösen in die Flucht schlagen, wenn sie im öffentlichen Interesse das nächtliche Berlin studieren, nachdem sie durch gefundenen Dauerschlaf in der Prinz-Albrecht-Straße und anderswo sich auf die zu erblinden Sittengrenzen genügend vorbereitet haben.

Da winken der „Kadifschloß“, das „Kattenhölz“ und all die anderen Stätten der lästernen Kunst Terpsichores. In ver-schwiegene Wälder lauert der Teufel hinter den lodernden Augen der Guldbinnen. Wenn die Vertreter der Domänen des Junkertums nicht so fittlich gefesselt wären, wenn sie nicht von der ländlichen Scholle, wohin ja bekanntlich die Jugend entflohen ist, ein festgepanzertes Gezege mitbrächten, so mancher von ihnen würde — na schweigen wir darüber.

Die Gefahr ist groß. Die Polizei muß helfen, damit die biederen Provinzonseln, die fern von Nattern, die Augen tugendjam niedergebunden, nicht um einige blaue oder braune Lappen ärmer und um einige moralische Erfahrungen reicher werden und später am heimatischen Stammtische schmunzelnd über ihre Erlebnisse berichten können.

Die Gefahr ist so groß, daß die Polizei sofort eingreifen muß. Denn in nächster Woche werden in Tausenden von Fällen Angriffe auf die Tugend versucht werden. Der Bund der Landwirte hält seine Parade ab und bis dahin muß die Berliner Sittlichkeit chemisch gereinigt sein. Es könnte doch einer oder der andere unter den Wählern sein, der sich — natürlich verdeckt — verläuft und nicht die sittliche Kraft unserer eblen und erlauchten Gesetzgeber in sich trägt.

Jagow ist!

Die sittliche Provinz.

In Boien jagt ein Sittenstand den anderen. Anfang der vorigen Woche wurden, wie schon gemeldet, ein Malermeister und drei Herren verhaftet, die in der Wohnung des ersten Herrn mit dreisculpflichtigen Mädchen unsittliche Handlungen vorgenommen hatten. Nachträglich wurden noch mehrere Herren verhaftet, welche in Zusammenhang mit dieser Angelegenheit stehen. Am Freitag erfolgte die Verhaftung des praktischen Arztes Dr. med. von Broedere wegen Verbrechens gegen das leimende Leben. Wie erst heute bekannt wird, wurde gleichzeitig in der Provinz die Verhaftung einer Hebamme vorgenommen, die mit dem verhafteten Arzte zusammengehandelt hat. Am Sonntag schloß die Polizei in Posen in einer Privatwohnung auf der Martinstraße einen Schönheitsklub, der sich „Kadifloge“ nannte, und in dem Frauen und Mädchen der besseren Gesellschaft nackt tanzten. Dieser Klub hatte schon längere Zeit bestanden, und waren seine Mitglieder, Damen und Herren, Angehörige der wohlhabenden Gesellschaftskreise in Posen. Auch in dieser letzten schmutzigen Angelegenheit werden wohl noch Verhaftungen stattfinden.

In Duisburg befaßt sich die Deffentlichkeit mit einer Sensationsgeschichte, die auf § 175 des Strafgesetzbuchs basiert. Am Sonntagabend hatten sich etwa hundert teils als Damen verkleidete Männer zu einem so s s t m fest vereinigt. Sie feierten Orgien, als plötzlich 15 Kriminalschutzleute unter Führung eines Kommissars dem Gelage ein Ende machten. Bei Feststellung der Personalien ergab sich, daß Herren aus allen Schichten der Gesellschaft: Ärzte, Apotheker, Kaufleute, daneben Kleinere als Damenimitatoren anwesend waren. Die Leute stammen aus den verschiedensten Gegenden des Reiches. Der Kriminalpolizei war bereits längere Zeit bekannt, daß derartige Orgien in Duisburg gefeiert wurden. Auf ein bestimmtes Klopfzeichen öffneten sich den bekannten Gästen die Türen zum Saal, in dem die Festlichkeit stattfand. Als Kriminalbeamte in den Saal eindrangen, versuchte eine Anzahl Personen durch das Fenster zu entfliehen; diese Flüchtlinge wurden aber von dem vor dem Hause postierten Kriminalbeamten verhaftet.

Hebt Voricht.

Durch den warmen Vorfrühling sind die Eisflächen auf Seen und Flüssen morisch und brüchig geworden und bilden eine große Gefahr für den Sportler. Verschiedene uns aus dem Reich zugegangene Meldungen über tödliche Unfälle mahnen zur Vorsicht. Allein vom Sonntag werden uns drei Unfälle berichtet, bei denen der Tod seine Deute

suchte. Auf dem Eis des Frischen Haffs brachen beim Schlittschuhlaufen zwei Söhne eines Fischers aus Camstgall im Alter von dreizehn und zehn Jahren ein. Beide ertranken. Auf dem Wallgraben bei Königsberg brachen zwei junge Leute im Alter von fünfzehn und achtzehn Jahren ein. Der jüngere erkrankt. Bei Eisenbrod vergnügten sich die drei Kinder des Arbeiters Petri mit rodeln. Als alle drei Kinder auf den Schlitten Platz genommen hatten und von dem Dam auf den Herfuß hinausfuhren, brach die Eisdecke und alle drei Kinder ertranken.

Ungetreue Eisenbahner.

Wegen fortgesetzter schwerer Diebstähle von Schwären, Zigarren, Zuchen usw. bei der Kottbusser Güterabfertigung sind einige Eisenbahngestellte verhaftet worden. Die Diebstähle sollen sich auf mehrere Jahre erstrecken. Die Untersuchung ist im Gange. — Auch in Dortmund ist ein Eisenbahnschaffner der Verführung erlegen. Da wiederholte Diebstähle von Eisenbahngütern zu verzeichnen waren, legten sich mehrere Polizeibeamte auf die Lauer und faßten einen Schaffner ab, der drei Zentner gestohlenen Kasse im Hause seines Schwagers abladen wollte. Der ungetreue Beamte wurde festgenommen.

Der Flug um die Welt.

Das geplante aviatische Unternehmen eines Fluges um die Welt gelegentlich der Weltausstellung in San Francisco scheint festere Formen anzunehmen. Die Direktion der Panamalanal-Ausstellung in San Francisco beabsichtigt den Preis für den Rundflug um die Welt auf eine Million Dollar zu erhöhen. Nach sollen die Bedingungen für die Zurücklegung der Strecke bedeutend erleichtert werden, da die Zeit, in der die Strecke zurückgelegt ist, von 90 auf 120 Tage erhöht wurde.

Kleine Notizen.

Grubenunfall. In der Bergbaugrube in Moelle (Schlesien) fand Sonntag eine Dynamitexplosion statt. Ein Bergmann wurde getötet, fünf verletzt.

Ein Drama im Walde. In der Nacht zum Montag sind der Forstwärter Schmidt und der Reiterförster Ludwig im Walde bei Edartsberga mit Wilderern zusammengeraten. Ludwig ist getötet, Schmidt schwer verwundet worden. Die Gerichtskommission fand die Leiche im Walde und zehn Meter davon ein erlegtes Reh. Die Täter sind noch unbekannt. Der getötete Förster war Familienvater.

Kohlenvergiftung. In Troßlin (Kernath) wurde die fünfköpfige Familie des Arbeiters Weder durch Kohlenvergiftung, die einem Ofen entwichen waren, vergiftet. Der Mann ist den Wirkungen der Gase bereits erlegen; die Frau und ein Kind schweben in Lebensgefahr, während der Zustand der beiden jüngsten Kinder nicht sehr ernst zu sein scheint.

Jugendvereinsaktivitäten.

Adlershof. Jugendheim. Arbeitervereins! Nommenden Mittwoch, den 11. Februar, findet der nächste Mädchenabend statt. Sorge dafür, daß eure Köpfe den Abend rege bejagen.

An Extrabeiträgen für die „Vereinigung Jugendheim“ Neußlin gingen beim Unterzeichneten folgende Beträge ein: Durch Gen. Langenbeim, 10. Dez. 1872. Umstalt Kranzpende durch Angestellte der D.-R.-R. Neußlin 10,—. Durch Gen. Felle, 5. Dez. 9/03. Bei Bestimmung des zweiten Jahres gel. 6,20. Von Arbeitern der Firma Göde 2,50. Waldschlüberführung vom 11. Dez. 20,—. Bäckermeister Scharf, Knechtstr. 68 2,—. B. Volbig, Bülgerstr. 14 3,—. Refugienabteilung vom Gen. Schönlank 1,—. 12. Dez. durch Gen. Grunwald 25,—. Bezirksabteilung Gemeinde 40,—. Gen. Kunde 1,—. Von den Dienern der Firma Bunte 5,—. Sparverein „Freier Wille“ 8,50. H. R. durch Gen. Keller 5,—. Refugienabteilung durch Gen. Koch 1,—. Ueberführung vom Besuch des Krematoriums, 6. Dez. 11,90. Gef. durch Gen. Gatz, 8. Dez. 4,15. Für Wandjarmak im Heim 1 von H. 3,—. Refugienabteilung für Heim 1 12,65. 20a. Dez. 10,—. Durch Gen. Gaudern, 5. Dez. 10,—. 6. Dez. 3,—. Durch Gen. Roth 1,80. In Summa 226,37 M.

Weitere Beiträge werden gern entgegengenommen.
Otto Gaudig, Neußlin, Beyerstr. 86.

Eingegangene Druckschriften.

Freiheitskämpfe. Gedichte von Hermann Giffeld. Preis 75 Pf. Verlag von H. Berlin u. Co., Düsseldorf.
Grenzbild für 1914. Von Robert Gensling. Mit 54 Abb. 96 S. 8°. 1914. Kart. 1 M. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Frankfurter Verlagsbuchhandlung).
Die Rechtsfragen der Unfallver. Von Carl Niemann. Preis gebunden 1,20 M. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig.

Marktbriefe von Berlin am 7. Februar 1914, nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidenten. Weis (mitged), gute Sorte 16,90—17,30, Pomau 16,00—16,30, Weis (runder), gute Sorte 14,80—15,30, Nichtroh 0,00, Weis 6,50—8,40.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—36,00. Edelbohnen, weiße 35,00—60,00, Linen 40,00—50,00. Kartoffeln (Reinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Straße 1,60—2,40. Rindfleisch, Baufleisch 1,80—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Nammelfleisch 1,50—2,50. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,60. Weis 1,60—3,20. Jambur 1,20—3,20. Gekochte 1,60—2,80. Kartoffeln 0,80—2,20. Schale 1,20—3,20. Weis 0,80—1,60. 60 Stück Zwiebeln 4,00—24,00.

Witterungsbericht vom 9. Februar 1914.

Stationen	Barometerstand hoh. mm	Wind-richtung	Wolkenhöhe	Temper. in C.	Stationen	Barometerstand hoh. mm	Wind-richtung	Wolkenhöhe	Temper. in C.
Stinnesde.	763	W	4	heller	2	Naparanda	742	NO	2
Hamburg	762	SO	2	wolkig	3	Petersburg	757	SE	2
Berlin	765	E	2	heller	2	Seibitz	753	SO	6
Frankf. a. M.	760	SW	1	Dunst	1	Aberdeen	753	SE	3
München	769	SE	1	heller	-2	Paris	761	SO	2
Wien	772	NE	1	Rebel	-10				

Wetterprognose für Dienstag, den 10. Februar 1914.
Trocken und vielst. heiter, nur zeitweise etwas neblig, am Tage mild bei mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 8. 2.	seit 7. 2.	Wasserstand	am 8. 2.	seit 7. 2.
	cm	cm		cm	cm
Weser, Hildt	658	+5	Saale, Großh.	134	+2
Weser, Jüterburg	336	-19	Havel, Sandau	101	+7
Weser, Ebn.	206	+2	Kathow	98	-1
Oder, Rastow	142	-4	Spree, Spremberg	68	-7
„ „ „	152	0	„ „ „	122	-3
„ „ „	249	-4	Weser, Wands.	144	-8
„ „ „	180	+14	„ „ „	238	+2
„ „ „	227	-6	„ „ „	330	-2
„ „ „	56	-8	„ „ „	151	-1
„ „ „	74	+3	„ „ „	148	-4
„ „ „	169	0	„ „ „	70	+4
„ „ „	104	-8	„ „ „	270	+2
„ „ „	90	-1	„ „ „	—	—

+) bedeutet Hoch, —) Tief, —) Unterpegel. —) heute früh 654 cm, (Eisstand. —) Treibeis. —) Eisstand. —) Eisfrei. —) Eisgang.

Reichstag.

209. Sitzung. Montag, den 9. Februar 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Die nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung des Privatklagenverfahrens gegen den Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.) wegen Verleumdung wird entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission nicht erteilt.

Hierauf wird die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

fortgesetzt beim Kapitel „Statistisches Amt“.

Abg. Sivkovich (Rp.)

kräftigt die Schulstatistik, sie ermangele der Einheitslichkeit und der Uebersichtlichkeit. Es müßten an ihre schulfachmännische Fachleute mitarbeiten.

Abg. Rühle (Soz.):

Weim Kinderschutzgesetz verlangte der Reichstag eine Enquete über die Kinderarbeit in der Land- und Forstwirtschaft und ihre Gefahren. Seit 10 Jahren ist sie abgeschlossen, aber heute noch nicht veröffentlicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Jahre antwortete Geheimrat Caspar auf meine Anfrage, das Material über Umfang und Art der landwirtschaftlichen Kinderarbeit sei von einigen großen Bundesstaaten noch nicht eingegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Veröffentlichung der Gutachten über Vorgänge und Gefahren der Kinderarbeit nun so großen Schwierigkeiten begegnet, so hätte die Regierung doch mindestens das gewonnene Zahlenmaterial veröffentlicht. Wenn das unterblieben ist, so wohl, wie Agard meint, weil es der „Kinderfreundlichkeit“ der Agrarier ein solches Zeugnis ausstellt, daß die Desentlichtheit mit Entrüstung einen Schutz der Kinder verlangen würde, davor aber scheut man sich aus Furcht vor den Junkern. Die landwirtschaftliche Kinderarbeit ist in der Tat eines der traurigsten Kapitel. In Bayern — dort sind die Zahlen veröffentlicht — waren 1904 100 000 Kinder landwirtschaftlich beschäftigt, im ganzen Reich muß man die Zahl der ausbeuteten fremden Kinder

auf 2 Millionen schätzen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber das Elend der Kinder auf dem Lande ließen sich Dutzende von Bänden schreiben. Wenn sie den Sonnenschein bei schwerer Arbeit kennen lernen, so lernen sie den Sonnenschein der Kindheit überhaupt nicht kennen. Es fehlt ihnen die Zeit zur Erholung, sie sind schweren sittlichen Gefahren bei der Arbeit und dem gemeinsamen Schlafen mit den Aechtern und dem Geinde ausgesetzt. Zahllos sind die Klagen der Lehrer hierüber und über die Ueberanstrengung der Kinder, die auch zu einer Abnahme der Intelligenz führt. Den Agrariern ist das recht, denn ihnen ist der dümmste Arbeiter der beste. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Regierung läßt sich zur Hysterie der agrarischen Interessen berufen. Schon elf-jährigen Kindern wird die Pflanzschulung gegeben, und zwar ohne Begrenzung der Arbeitszeit, 16-, 17-, 18-stündige Arbeitszeit ist im Sommer die Regel. Die Folgen machen sich bei Knaben und Mädchen in der schlimmsten Weise an Geist und Körper geltend. Der Schulbesuch beschränkt sich für Hütelinder auf zwei Vormittage die Woche, und man stelle sich die rückständigen ostelbischen Schulverhältnisse vor. Eine Statistik muß diese Verhältnisse klarstellen und es ist geradezu

eine Gewissenlosigkeit,

mit der Veröffentlichung des Materials noch länger zu warten. (Präsident Kaempf rügt den Ausdruck Gewissenlosigkeit.) Den Agrariern ist es noch nicht genug, daß Millionen von Kindern nur dem Namen nach Unterricht erhalten, daß die Zahl der Halbtagskinder in wenigen Jahren von 2870 auf 7873 gestiegen ist (Hört! hört!), landwirtschaftliche Kammerpetitionieren um Vernehrung des Ernte- und Mähenurlaubs und verlangen die Verlegung des Unterrichts auf die Zeit von 6—9 Uhr morgens. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In Süddeutschland werden unter der Führung von Geistlichen förmliche Kinderflavenmärkte veranstaltet, wo die Hütelinder für den ganzen Sommer vermietet werden. Als Redner einen Bericht über die Vorgänge bei einem solchen Kindermarkt verliest, erlucht ihn Präsident Kaempf sich mehr an das Thema Statistisches Amt zu halten. Wir wünschen eben, daß das Material über die Kinderausbeutung baldmöglichst veröffentlicht wird, damit diese himmelschreienden Zustände beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird ferner von Jugendpflege geredet, die beste Jugendpflege aber liegt darin, daß man die Jugend vor Ausbeutung schützt.

Darum erwartet meine Fraktion und, wie ich annehme, das ganze Haus, daß die Zahlen über Art und Umfang der landwirtschaftlichen Kinderarbeit bald veröffentlicht werden, damit mit den Vorarbeiten für den Schatz auch der landwirtschaftlich ausgebeuteten Kinder endlich einmal begonnen werden kann. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück:

Am 21. Januar 1913 ist Ihnen mitgeteilt worden, daß das Material deshalb noch nicht veröffentlicht worden ist, weil es von mehreren Bundesstaaten noch nicht eingegangen ist. Inzwischen ist es von einem weiteren Bundesstaate eingegangen, von dem ich es noch. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das liegt daran, daß dort die Erhebung nach anderen Grundfragen veranstaltet ist; ich habe daher auf Wunsch der betreffenden Regierung ein Mitglied des kaiserlichen Statistischen Amtes beauftragt, das Material zu bearbeiten, um es mit dem übrigen vergleichbar zu machen. An seiner baldigen Veröffentlichung (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nach weiteren 10 Jahren) ist auch ein gelegen, damit wir an seiner Hand den ungeheuerlichen Uebertreibungen entgegenzutreten können, die bei dieser Gelegenheit hier gemacht werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Pieper (Z.):

klagt über zu lange Dauer, ebe gesammeltes Material, statistisch bearbeitet, veröffentlicht wird; speziell der Abteilung für Arbeiterstatistik scheint es an Kräften zu fehlen. Man müsse hier für Abhilfe sorgen.

Präsident Kaempf

ruft den Abg. Rühle nachträglich zur Ordnung, weil er der Regierung Gewissenlosigkeit vorgeworfen habe.

Staatssekretär Delbrück:

Es besteht nicht die Absicht, die Abteilung für Arbeiterstatistik irgendwie einzuschränken.

Abg. Thiele (Soz.):

Der Staatssekretär hat keineswegs einen ausreichenden Grund dafür angegeben, daß von einigen Bundesstaaten die Einleitung des Rohmaterials um 10 Jahre verzögert ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielfach macht sich auch der Eindruck geltend, daß unsere Statistik nicht tendenzlos arbeitet, während ihre Aufgabe doch ist, lediglich Tatsachen darzustellen. In die Produktionsserhebungen des Statistischen Amtes sollte der Handel mit einbezogen werden, er trägt auch zur Wertbestimmung des Produktes bei. In dieser Richtung scheint die englische Methode der Produktionsserhebungen der unsrigen überlegen.

Zu wünschen ist, daß uns endlich einmal eine Statistik der Entmündigungen vorgelegt wird, wir müssen wissen, wieviele Anträge und von wem sie gestellt sind, wieviele abgelehnt worden sind, wievielen stattgegeben worden ist.

Abg. Legien (Soz.):

Am 3. März 1910 verlangte der Reichstag in einer Resolution, eine Aenderung der Streitstatistik herbeizuführen. Der Bundesrat teilt mit, daß die Erwägungen hierüber schweben. Also vier Jahre erwägt man die Prüfung der Aenderung eines Formulars. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Indessen dauert der Jammer der amtlichen Streitstatistik fort. Wiederholt habe ich auf ihre Unrichtigkeit hingewiesen. Gibt sie doch die Zahl der Streiks und Ausperrungen geringer an als die Gewerkschaftsstatistik, was allein schon ihre Unbrauchbarkeit beweist. Man wollte die Streitstatistik von vornherein zu einer Kriminalstatistik machen, um das zu schaffen, was man 1899 bei Vorlegung der Justizausbauvorlage nicht hatte, eine Begründung dieser Vorlage. Das konnte natürlich nicht gelingen. Denn wenn die Streitstatistik schon in den einfachsten Grundlagen falsch ist, wird doch kein vernünftiger Mensch glauben, daß das richtig ist, was sie über das Eingreifen der Polizei sagt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls möchte ich vom Staatssekretär wissen, wieviel Jahre die „Erwägungen“ noch dauern sollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Daß die jetzige Streitstatistik nicht allen Anforderungen entspricht, habe ich wiederholt zugegeben. Es handelt sich aber nicht nur um die Aenderung des Formulars, sondern um die Schaffung einer anderen Grundlage für die Ermittlung. Darüber schweben Verhandlungen, so lange ich im Amte bin. Ich wäre selbst sehr glücklich, wenn ich dem Herrn Vorredner einen Termin mitteilen könnte, bis zu dem sie abgeschlossen sein werden. (Weiterleit bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Abg. Krings (Z.):

verlangt Erhöhung der Förderwagen in Steinbrüchen im Interesse der Steinbrucharbeiter.

Geheimrat v. Jonquière:

betont, daß nach der Maß- und Gewichtsordnung die Förderwagen in Steinbrüchen eichungspflichtig sind. Eine Befreiung der Steinbrüche von dieser Verpflichtung ist nicht erfolgt. Dagegengehende Wünsche der Steinbruchsbezieher sind abgelehnt worden; soweit es sich um fabrikmäßige Betriebe handelt, sind die zum Reifen bestimmten Gefäße eichungspflichtig. Die Wünsche der Arbeiter, die sich auch an die Regierung gewandt hatten, sind also hier berücksichtigt worden.

Abg. Dr. Vordardt (Wirtsch. Bg.):

betont, daß auch in seinem Wahlkreise diese Wagen nicht geeicht werden und wünscht, daß dies in Zukunft geschieht.

Es folgt das Kapitel

Gesundheitsamt.

Abg. Antrid (Soz.):

Wir haben Ihnen wieder eine Resolution unterbreitet, die die Wünsche des Kranken- und Pflegepersonals knapp zusammengefaßt enthält. Die Redner der bürgerlichen Parteien, die voriges Jahr so warme Worte für das Pflegepersonal gefunden haben, müßten für unsere diesjährige Resolution stimmen, da wir diesmal all das ausgesprochen haben, wogegen sich im Vorjahre die Mehrheit gewandt hat. Nicht etwa weil wir unsere voriges Jahr aufgestellten Forderungen nicht für realisierbar hielten, sondern damit wenigstens die dringenden Wünsche dieses Personals erfüllt werden. Von den Nationalliberalen liegt eine Resolution vor, die lediglich einheitliche Regelung der Arbeits- und Rechtsverhältnisse des Pflegepersonals eventuell durch Vereinbarungen zwischen den Regierungen verlangt. Das hat der Reichstag schon vor zwei Jahren beschlossen, die Regierung hat Erwägungen zugesagt, aber diese schweben noch immer. Wir verlangen klare gesetzliche Bestimmungen für das Pflegepersonal. Zuvörderst ist notwendig obligatorische Ausbildung des Pflegepersonals einschließlich des Massagepersonals sowie eine Neuordnung der bestehenden Prüfungsordnungen. Die heutige Ausbildung der Pfleger ist vielfach ganz ungenügend. Die Krankenpflegeschulen beschaffen sich billiges Pflegepersonal indem sie die Leute für 30 M. im Monat zwei Jahre lang „ausbilden“ und dann als geprüfte Krankenpfleger entlassen. Ferner verlangen wir entsprechend der Entwicklung des Krankenpflegewesens aus der Liebeshätigkeit zu einem Beruf Unterstellung des Pflegepersonals unter die Gewerbeordnung. Heute unterstehen ihr nur die in Privat-Kranken- und Irrenanstalten angestellten Pfleger; die Angestellten öffentlicher, gemeinnütziger Anstalten können und werden zum Teil mittelalterlichen Gefindeordnungen unterstellt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jede Krankenhausverwaltung kann es sich herausnehmen, das Pflegepersonal wie das Gefinde eines ostpreussischen Gutshofs zu behandeln. Der Landeshaupmann von Preußen nimmt den Angestellten der Provinzialheil- und Pflegeanstalt vollständig das freie Koalitionsrecht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist ausdrücklich gesagt worden, daß Verträge, die dem Arbeiter das Koalitionsrecht rauben, wider die guten Sitten verstoßen, also rechtswidrig sind. In einer anderen Landesirrenanstalt ist den Wärtern das Halten und Füttern bestimmter Zeitungen verboten, vor allem der „Sanitätswoche“, des Fachorgans der Organisation der Krankenpfleger. Das Pflegepersonal ist ja ersenklichweise heute schon soweit zum Bewußtsein seiner Klassenlage gekommen, daß es sich an solche Erlasse nicht leidet. — Wir verlangen weiter Festsetzung einer 12stündigen Dienstzeit, Tag- und Nachtschicht. Im vorigen Jahre forderten wir den Achtstundentag. Das erklärte man für völlig unbrauchbar, obwohl im Auslande diese Forderung vielfach erfüllt ist, zum Beispiel selbst in Japan durch Einführung des Dreischichtensystems. In Schweden ist diese Frage vor einer parlamentarischen Kommission unter Hinzuziehung von Vertretern des Pflegepersonals unterzucht worden und dort ist man genau zu den Forderungen gekommen, die wir aufstellen. Man verlangt Ausbildung des Personals, feste Anstellung nach vierjähriger Dienstzeit usw. Die Arbeitszeit soll beschränkt werden. Bei uns wird noch 18 Stunden in den Krankenanstalten gearbeitet. Kollege Dr. Gerlach hat das im vorigen Jahre bestritten. Inzwischen hat er sich wohl überzeugt, daß ich die Verhältnisse noch zu rosig geschildert habe. Sehr viele Zuschriften aus den Kreisen des Pflegepersonals beweisen das. In der Landesirrenanstalt in Neu-Ruppin besteht 17stündige Arbeitszeit, und alle 14 Tage sind nur sechs Nächte dienstfrei. Noch andere Mängel herrschen dort, wie in anderen Krankenanstalten. So ist in Königsberg innerhalb 48 Stunden nur eine Schlafpause von sechs Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Chemnitz hat eine einzige Person die Woche von 1/9 früh bis 1/2 Uhr nachts. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, um diesen Zuständen ein Ende zu machen, eine allwöchentliche Mindestarbeitszeit von 34 Stunden. Das Essen ist häufig sehr schlecht, Fremdkörper, wie Haare, Nadeln usw. im Essen sind keine Seltenheit. Die Forderung des Personals auf Befreiung des Kost- und Logiszwanges in der Anstalt ist daher sehr begründet und berechtigt. Die Zustände sind derart, daß alle Parteien sich einig machen, um die Regierung zu zwingen, endlich aus dem Zustand der Erwägungen herauszukommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir verlangen weiter Unterstellung des gesamten Pflege-, Massage- und Wadepersonals unter die Reichsversicherungsordnung. Die Gefahren, denen dieses Personal unterliegt, sind ganz außerordentlich, nicht nur in Irrenanstalten, sondern zufolge der Pflichterfüllung der Verwaltung auch in Krankenanstalten. Ein besonders krasser Fall ist der eines Hausdieners, der ohne jede Unterweisung mit der Wartung Typhusfranker betraut wurde, sich dort infizierte und in 5 Tagen tot war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Bürgerliche Gesetzbuch gibt dem Pflegepersonal ja einige Rechte, aber durch den Dienstvertrag werden diese oft ausgeschlossen und das Personal verpflichtet, bei Streitfällen sich der Entscheidung der Verwaltung ohne Anrufen des Gerichts zu unterwerfen. So steht das Personal direkt unter einer mittelalterlichen Gefindeordnung. — Sehr wichtig ist auch unsere letzte Forderung auf Gewährung eines jährlichen Erholungsurlaubes von mindestens 14 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes und Entschädigung für sonstige Bezüge. Ich hoffe, daß Sie unseren Anträgen, die, wie gesagt, nur das allerdringendste im Interesse des Pflegepersonals verlangen, zustimmen. Der Vorredner hat genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gerlach (Z.):

Wir anerkennen das Streben des Krankenpflegepersonals nach Verbesserung ihrer Lage, aber wir müssen betonen, daß der Beruf des Krankenpflegers unter Verzichtleistung auf materielle Genüsse sehr viel Geduld und Aufopferung verlangt. Notwendig ist eine gute Ausbildung des Pflegepersonals. Die Anstaltsdirektoren der Irrenanstalten haben schon 1896 weitgehende Forderungen auf Verbesserung der sozialen Lage des Pflegepersonals erhoben. Die Durchführung unserer Forderungen scheitert aber vielfach an dem Mangel der den Anstalten zur Verfügung stehenden Mittel. Als Krankenpfleger dürfte nur der bezeichnet werden, der tatsächlich das Krankenpflegergewerbe gemacht hat. Was die Arbeitszeit anlangt, so darf man es doch nicht mit dazu rechnen, wenn ein Wärter z. B. im Dienstzimmer schläft, auch wenn es in Ausnahmefällen vorkommen kann, daß er mitten drin geweckt werden muß. Redner geht des weiteren ausführlich auf die Ausführungen des Abgeordneten Antrid ein, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverändert. Den Urlaub wird jeder Arzt, jeder Direktor gern bewilligen, ob es möglich ist, hängt von den Verhältnissen der Anstalt ab. Ich bitte Sie die Resolution der Nationalliberalen, die berücksichtigt, daß die Verhältnisse in den einzelnen Staaten ganz verschieden liegen, einstimmig anzunehmen. Redner betont weiter die Notwendigkeit der Ausbildung der Ärzte in der sozialen Medizin.

Staatssekretär Delbrück:

Er sprechen erhebliche Bedenken dagegen, die Verhältnisse des Krankenpersonals analog dem der Arbeiter zu regeln. Die Arbeitgeber dieses Personals sind zum erheblichsten Teil nicht Gewerbetreibende, sondern Behörden oder karitative Unternehmungen, Kongregationen usw.

Da ist es bedenklich, mit einem Gesetz einzugreifen, das nachgebildet ist den Verhältnissen der Arbeiter. Ferner sind die Verhältnisse in den Betrieben außerordentlich verschieden in bezug auf die Anforderungen, die an das Pflegepersonal gestellt werden. Vor allem kommt es darauf an, daß bestimmte Grundzüge über die Ausbildung und Prüfung des Pflegepersonals vorhanden sind. Die Befehle durch Vereinbarungen der Bundesstaaten. Ob sie verbesserungsbedürftig sind, wird geprüft werden. Ferner sind als Grundzüge, die den Bundesregierungen zur Prüfung vorliegen, die folgenden aufgestellt: Getrennte Tag- und Nachtschicht, neunstündige Ruhezeit für Personal, das außer Tagesdienst auch Nachtdienst hat. Beginn der Tagesarbeit möglichst nicht vor 6 Uhr und Ende nicht nach 8 Uhr. Ein freier Nachmittag in der Woche, an dem Ausgang zugestanden ist und der mindestens einmal im Monat auf den Sonntag fällt. Ein jährlicher Urlaub von 14 Tagen und Aufstellung einer Dienstordnung sowie deren Kontrolle. Das beweist also, daß die Hauptforderung des Abg. Antrid, es sei nichts geschehen, unrichtig ist. Wegen die nationalliberale Resolution haben wir nichts, da sie etwas von der Regierung verlangt, was sie bereits geleistet hat.

Abg. Baron Knigge (L):

wünscht Maßnahmen gegen die Säuglingssterblichkeit. Die Beseitigung des Rost- und Logiszwanges in Krankenanstalten, wie sie der sozialdemokratische Antrag verlangt, ist undurchführbar.

Abg. Dr. Blund (Rp.):

Ich freue mich, daß die Notwendigkeit der Erörterung von Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang hier im Reichstage auch von dem konservativen Redner anerkannt worden ist, obwohl diese Maßnahmen doch Landesache sind. Der Preußenbund und Herr v. Kardorff, der heute im Landtage gegen die unerhörten Eingriffe des Reichstages in die Befugnisse des Landtages gewettert hat, werden damit wenig zufrieden sein. — Die Verhältnisse des Krankenpersonals habe ich zuerst hier vorgebracht. Damals haben sich die Sozialdemokraten ausgesprochen. Wenn wir die diesmalige Resolution des Abg. Antrid in bezug auf die Dauer der Arbeitszeit von 12 Stunden annehmen würden, — im vorigen Jahre forderten sie 8 Stunden — wäre das direkt ein Anreiz zur Verschlechterung bestehender Verhältnisse (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir stimmen der nationalliberalen Resolution zu.

Das Haus vertagt sich.

Abg. Antrid (Soz.):

Abg. Blund hat offenbar die Begründung meines Antrags gar nicht gehört. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, warum wir diesmal nicht 8 Stunden, sondern 12 Stunden Dienstzeit verlangen, nämlich um auch die Freisinnigen dafür zu gewinnen, die damals unentwegt gegen die acht Stunden sprachen. Im übrigen habe ich lange bevor ein Dr. Blund im Reichstag saß, hier die Verhältnisse des Pflegepersonals erörtert.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung, Montag, den 9. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Der Etat des Innern.

Eine Generaldebatte findet beim Titel „Gehalt des Ministers“ statt.

Ein nationalliberaler Antrag Dr. v. Krause verlangt 1. Mitteilung der von dem Minister des Innern in der Sitzung vom 14. Januar 1914 erwähnten Anweisung an die Oberpräsidenten wegen des Erlasses von Polizeiverordnungen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, der Person und des Eigentums — und Auskunft darüber, in welcher Art und welchem Umfange der Anweisung entsprochen ist; 2. daß die örtlichen Polizeibehörden und Exekutivbeamten angehalten werden, sobald bei Ausbruch einer Arbeitsstreik eine Störung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, insbesondere durch Verletzungen Arbeitswilliger, festgestellt wird oder zu besorgen ist, in Anwendung und in Gemäßheit des bestehenden Rechts und der auf Grund dieses Rechts erlassenen Polizeiverordnungen unter sorg-

fälliger Wahrung der Koalitionsfreiheit dem Mißbrauch dieser Freiheit in der Richtung eines Koalitionszwanges unverzüglich und nachdrücklich entgegenzutreten.

5. daß die Regierung ihrerseits im Bundesrat auf eine beschleunigte Vorlegung der im Reichstag geforderten und vom Reichskanzler in Aussicht gestellten Denkschrift zur Vorbereitung einer reichsgesetzlichen Regelung des Schutzes der persönlichen Freiheit hinwirle.

Ein Abänderungsantrag der Konservativen und Freikonserverativen will hinter dem Worte „Freiheit“ eingeschaltet wissen: „insbesondere des Schutzes der Arbeitswilligen“.

Ein weiterer Antrag der Nationalliberalen (Dr. Gottschall und Genossen) verlangt ein Gesetz, das die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über den Ausschluß bestimmter im Staats-, Gemeinde-, Kirchen- und Schuldienst angelegter Personen von der Wahl zu Mitgliedern kommunaler Körperschaften abändert.

Abg. v. Kardorff (H.):

Da das Ministerium des Innern das führende Ministerium in Preußen ist und alle wichtigen Fragen von ihm zuerst behandelt werden, muß ich in der Generaldebatte eine Anzahl wichtiger politischer Dinge besprechen, auch wenn sie nicht unmittelbar zum Ressort gehören. Weder liegt zunächst über die frühe Einberufung des Landtags. Der Etat muß auf alle Fälle früher vorgelegt werden, denn über den Mai hinaus kann der Landtag nicht zusammengehalten werden. Im Reichstag hat der freisinnige Abg. Müller-Reinigen gesagt: die preussischen Behörden piffen auf das Vereinsgesetz. Das ist ganz falsch, die Behörden haben entschieden abgenommen. Wenn die preussischen Behörden in solcher Weise im Reichstag angegriffen werden, so ist das wieder einmal eine Verunglimpfung des preussischen Staates im Reichstag. (Unruhe links.) Nun will die Linke im Reichstag eine Erweiterung des Vereinsgesetzes. Davon wollen meine Freunde nichts wissen. Wir wollen, daß die Jugend in nationalem Sinne erzogen wird, aber sie gehört nicht ins politische Leben und in den Kampf der Parteien. Die sittlichen Zustände in Berlin sind derartig, daß die Polizei sich einmal gründlich damit befassen sollte. Ich verweise nur auf die Postkarten, die uns beim Justizetat auf den Tisch des Hauses gelegt wurden. Der Pessimismus in der Ostmarkenfrage ist unbegründet. Wir haben auch zu dem gegenwärtigen Landwirtschaftsminister das Vertrauen, daß er das Erforderliche tun wird. Aber in der Stärkung des deutschen Elements in den Ostmarken ist noch bei weitem nicht genug geschehen. Die Dinge brennen uns auf den Nägeln. Die Briefe, die der Abg. Korfauth in der Generaldebatte des Landwirtschaftsetats verlesen hat, sind durch einen niederträchtigen Diebstahl aus dem Bureau des Ostmarkenvereins entwendet worden. Wir haben die ruffenischen Arbeiter ins Land gezogen, um durch sie die polnischen zu ersetzen. Wenn aber Dinge dergleichen sein sollten, die nicht zu billigen sind, so wird der Ostmarkenverein selbst das in Ordnung bringen. Es ist zu bedauern, daß das Zentrum im Reichstag die Ostmarkenzulage abgelehnt hat. — Das preussische Wahlrecht ist in der Tat

die Kernfrage der deutschen Politik.

Diesem Staat, die mit der Sozialdemokratie koalieren, werden nicht standhalten, wenn die Sozialdemokratie die Dinge zum Klappen bringt. Der Abg. Frank hat gesagt: entweder kommt die Reform des preussischen Wahlrechts oder der Massenstreik. Nun, die Reform wird niemals kommen. Und wenn der Massenstreik kommt, so erwarten wir, daß die preussische Staatsregierung ihren Mann steht. Wenn das Reichstagswahlrecht in Preußen eingeführt werden würde, würde das Dreiklassenwahlrecht auch in sämtlichen Stadtgemeinden Preußens fallen, Herr Cassel! Dann wäre es mit dem ungekrönten König von Berlin vorbei und Adolf Hoffmann würde die Krone tragen. (Große Heiterkeit.) Das Wort vom ungelösten Königswort läßt sich nicht aufrecht erhalten.

Wir vertreten die Interessen der Monarchie, und wir würden diese Interessen auch eventuell einmal gegen den Wunsch des Königs vertreten.

Die Rede des Abg. Köhling hat uns an die besten Zeiten der Nationalliberalen erinnert. In der Wirtschaftspolitik stimmen wir, wie uns die Rede des Abg. v. Heydebrand gezeigt hat, ganz mit den Deutschkonservativen überein. Die Rede des Abg. Köhling hat in der Rede des Abg. Schiffer ein entstellendes Echo gefunden. Er hat unliberales Wasser in den liberalen Wein geschüttet. Wir haben im Gegensatz zu der schwankenden Haltung der Nationalliberalen stets die Politik der geraden Linie verfolgt. Wir stehen der Politik des Reichstages vollkommen selbständig gegenüber. Er hat sich ein dauerndes Verdienst durch die Durchführung der Wehrvorlage und durch die Lösung der Welfenfrage erworben. Aber wir können uns durchaus nicht in allem mit seiner Politik identifizieren. Wir bedauern es, daß der Reichskanzler so empfindlich gegen Angriffe ist. Parlamente sind doch keine Wächterposten. (Heiterkeit.) Durch die Belastung des Budgets durch die neuen Steuern ist eine allgemeine Mißstimmung im Lande erzeugt worden. Wir hoffen, daß im Hinblick darauf mit der sozialen Gesetzgebung endlich Schluss gemacht wird. Das Korrelat der Sozialgesetzgebung ist eine energische Bekämpfung der Sozialdemokratie. Freilich, auf Ihrem (zu den Sozialdemokraten) Parteitag haben Sie sich Mühe gegeben, einen gebildeteren Ton anzuschlagen. Gewiß, in Ihrer Partei, das erkenne ich an, ist viel Bildung, viel Streben. Aber Ihnen fehlt die Herzensbildung. (Abg. Adolf Hoffmann: Das sagen Sie!) Es ist nicht wahr, daß wir die Reichsverfassung erschüttern. Sie (zu den Linken) haben einen Resolutionsantrag im Reichstag getrieben, der jeder Verleumdung spottet. In diesen Resolutionen war eine außerordentliche Provokation des Königs von Preußen enthalten. Wir lassen den süddeutschen Staaten ihre Eigenart, aber wir wünschen auch die Eigenart Preußens zu erhalten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Ling (Z):

spricht über das Verhältnis der Staatsregierung zur Gemeindeverwaltung in der Rheinprovinz. Das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegenüber dem Verband der Schulleute läßt sich nicht rechtfertigen, denn in dem Statuten des Vereins findet sich nichts Angreifbares, nichts, was die Erfüllung der Beamtenpflicht beeinträchtigen könnte. Die Regierung darf den Zusammenschluß der Beamten zu Vereinen nicht durch solche harten Verbote zu hindern suchen. — Ferner wendet sich der Redner gegen die berüchtigte Schöffelpraxis der privaten Detektivinstitute. Der Kölner Polizeiprozess hat die Tätigkeit der dortigen Polizei bloßgestellt. Auch die Sittenpolizei in Köln läßt die Fingel auf dem Boden schleifen. — Der Redner beklagt weiterhin den Geburtenrückgang namentlich in den wohlhabenden Ständen der Großstädte, die wachsende Unfruchtbarkeit und den immer mehr an sich greifenden Gebrauch der Antikonzeptionsmittel, dem nur die religiöse Erziehung des Volkes entgegenwirken könne. Die Bekämpfung der Unfruchtbarkeit werde auch durch den Einfluß der Jesuiten unterstützt werden. An ihnen würden wir ein Muster der Sittenreinheit haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten. — Beifall im Zentrum.)

Minister v. Dallwitz:

In Köln ist bereits auf Anordnung der Regierung eine Verschärfung der sittenpolizeilichen Praxis eingetreten. — Der Prozeß Sollmann hat enthält, daß leider

unwürdige Elemente

ange Jahre in der Kölner Polizeimannschaft ihr Wesen getrieben haben, ohne daß es gelang, sie zu entfernen. Schon vor dem Prozeß Sollmann haben die Behörden die Kölner Polizei unter die Lupe genommen; aber das eröffnete Verfahren gegen den Kommissar Hannemann mußte wieder eingestellt werden. Im Jahre 1912

erfolgte ein Freispruch des Hannemann. Die Verschuldigung der Verschuldigung richtete sich auch gegen die höchsten Kölner Polizeibeamten. Aber das vom Staatsanwalt gegen den Polizeipräsidenten angestrebte Verfahren hat die Haltlosigkeit dieser Verschuldigungen ergeben. Der Prozeß Sollmann hat bewiesen, daß 8 Proz. der Kölner Polizeibeamten gegen den § 181 des Strafgesetzbuchs gefehlt haben. Dieses tieftraurige Ergebnis hat zu Maßnahmen geführt, die eine Wiederholung derartiger Zustände verhindern sollen. Vielleicht hat auch eine Unklarheit über die Bestimmung betreffend die Erstattung von Dienstaussagen zu diesen Umständen Anlaß gegeben. Das Vorgehen des Polizeipräsidenten v. Jagow gegen die Vereinigung der Berliner Polizeimannschaft ist durchaus zulässig, von einem Eingriff in das Vereinsgesetz kann keine Rede sein. Die Gründer jenes Vereins haben, der Dienstverweigerung entgegen, den Verein heimlich gegründet und sicherlich kann ein Verband der gesamten Schutzmännerschaft von 6000 Mitgliedern nur den Zweck haben, einen Druck auf die vorgelegten Behörden auszuüben. Als zur gleichen Zeit in England ähnliche Verbote erlassen wurden, hat sich dort nicht ein einziger Widerspruch dagegen erhoben. (Lebhafter Beifall rechts. Widerspruch links.)

Abg. Dr. Fahncke (Sp.):

Wir erheben den schärfsten Protest gegen die Ausführungen des Abg. Kardorff, der sich zum Jenior des Reichstages aufwarf und von der Herzensbildung, die er von anderen beklagte, selbst wenig bezeugte. In demselben Augenblick, wo Herr Kardorff die Nationalliberalen zu seiner Partei herüberziehen suchte, verlegte er den Abg. Schiffer. Das wirtschaftliche Leben befindet sich in einer unaufhaltsamen Entwicklung. Da fordert der Abgeordnete Kardorff einen Stillstand der Gesetzgebung. Das Vereinsgesetz gilt für alle Deutschen, auch für die Beamten. Einschränkungen dürfen nur insoweit erfolgen, als es im Interesse des Dienstes ist. Das Statut der von Jagow verbotenen Schutzmännerschaft ist nicht, was eine Verletzung der Dienstpflicht hätte hervorrufen können. Die Mehrheit des Hauses sieht nicht auf dem Standpunkt des Ministers. Der Gedanke der Organisation hat alle Kreise der Bevölkerung erfasst. Sogar die Richter haben sich organisiert und dieser Organisation gehören sogar Minister an. Vielleicht bildet sich noch eine Vereinigung gewisser Minister (Große Heiterkeit). Das Vereinsgesetz muß sinngemäß gehandhabt werden. Die unbesugten Eingriffe in dieses Gesetz müssen aufhören. — Der Brief des Dr. jur. Jagow enthält juristisch und politisch höchst bedenkliche Sätze, die den schärfsten Widerspruch herausfordern. Er stellt einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren dar und hat eine Entscheidung bis über die Grenzen des Vaterlandes hinaus erzeugt. Was geschieht nur dem Herrn v. Jagow? Was geschieht, um die Wiederholung eines solchen Eingriffs zu verhindern? Der Minister verweigert dem Hause die Audienz. Zu dem Kontrollrecht des Parlaments gehört die

Auskunftspflicht der Regierung.

Hinsichtlich der Erteilung von Regierungsauskünften über das Verfahren gegen hohe Beamte hat sich der Minister der Justiz auf einen anderen Standpunkt als der Minister des Innern gestellt. Erst vor wenigen Tagen hat uns der Justizminister nämlich mitgeteilt, daß der Vorsitzende im Knittel-Prozess von der Justizverwaltung einen Verweis erhalten hat. Die fortschrittliche Partei lehnt den nationalliberalen Antrag betreffend einen größeren Schutz der Arbeitswilligen und ein schärferes Vorgehen der lokalen Polizeibehörden beim Ausbruch von Streiks entschieden ab. Der Antrag der preussischen Nationalliberalen geht noch weiter als der Antrag der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Es ist schädlich, die unteren Polizeibeamten, die in Fälle von Arbeitsverweigerungen tadellos Duldung bewahren müssen, zu scharfem Vorgehen aufzureizen. Die konservative Unterstützung haben Sie (zu den Nationalliberalen) ja. Im Reichstag erreichen Sie bei seiner jetzigen Zusammenfassung nichts. Sie beschwören also nur neue Kämpfe herauf und drücken der Sozialdemokratie neue Waffen in die Hand. Ueberall, wo ein Organisationszwang vorkommt, muß das Gesetz eingreifen — mag es sich um ein Arbeitsrecht oder um ein Arbeitsgesetz handeln. Die bestehenden Bestimmungen sind vollkommen ausreichend für einen genügenden Schutz der Arbeitswilligen. Das Sozialistengesetz scheiterte, die ZuchtHausvorlage wurde abgewiesen — jetzt nennt man das gleiche Arbeitswilligengesetz. Der ganze Antrag läuft auf ein Ausnahmegesetz hinaus. Was die Reform des preussischen Wahlrechts betrifft, so müssen die Minister, da die Aufgabe beim ersten Angriff nicht gelöst wurde, jetzt eine neue Vorlage bringen, wenn sie das Wort des Königs respektieren. Das Volk verlangt danach. Nur wenn diese Frage gelöst ist, wird sich die Klut zwischen dem Alt- und Neupreußen, zwischen Süd- und Norddeutschland schließen. (Lebhafter Beifall links. Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. Rohmann (natl.):

Die Gefahr, die die Sozialdemokratie bildet, besteht ebenso in ihrer Doktrin und in ihrer wirtschaftlichen Praxis, wie ganz besonders auch in dem Satz, den sie in der Bevölkerung gegen die großen Geldtanten der Geschichte zu verbreiten bestrebt ist. Es ist ja unglücklich, in welcher Weise die von uns so hochverehrte Königin Luise von der „Bremer Bürgerzeitung“ und in sozialdemokratischen Lichtbildervorträgen anlässlich der Hundertjahrfeier im vorigen Jahre beschuldigt worden ist. Die wirtschaftlichen Ideen der Sozialdemokraten sind, das geben die Revisionisten zu, durch die Entwicklung immer mehr entkräftet worden. Durch den Hof, den die Sozialdemokratie verbreitet, erreicht sie nur eine Stärkung des Einflusses der Rechten. So erwacht uns die Aufgabe, die nationalen Arbeiterorganisationen, die wir für den inneren Frieden unserer nationalen Entwicklung gebrauchen, immer mehr zu stärken. Im Zusammenhang damit beklagen wir die Streitigkeiten, die sich im Anschluß an die Gewerkschaften in den letzten Tagen in der Presse abgepielt haben — gerade aus dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Können wir auch das Vorgehen der Christlichen Gewerkschaften durchaus nicht immer gutheißen, so beklagen wir die Auslassungen des Kardinals Kopp, die die Gefahr einer Zertrümmerung der christlichen Gewerkschaften heraufbeschworen haben. Unser Antrag will nicht in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen. Es wäre politischer Wahnsinn, den Arbeitern das Grundrecht der Koalition nehmen zu wollen. Wir wenden uns nur gegen die Ausartung des Koalitionsrechtes im Koalitionszwang. — In den folgenden Ausführungen wendet sich der Redner gegen die Kirchenaustrittsbewegung. Viele Arbeiter treten nicht aus Überzeugung aus der Kirche aus, sondern unter dem terroristischen Zwange der Sozialdemokratie und ihrer verheerenden Agitation. Allerdings hat sich die Kirche in einer sehr ungeschickten Weise gegen die Austrittsbewegung zu wehren gesucht. Mit Recht hat der Abg. Liebknecht betont, daß ein innerer Zusammenhang zwischen der Konfession und der Kriminalität besteht. Der Redner befragt im folgenden eine Reihe von Ausführenden seitens konservativer, fortschrittlicher und zentralistischer Kreise gegen die nationalliberale Partei und tritt für eine Fortsetzung der bisherigen Votenpolitik ein. — Der § 1 des Jesuitengesetzes darf nicht aufgehoben werden. (Unruhe im Zentrum.) Wir erwarten, daß uns die Regierung in der nächsten Session eine Vorlage zur Reform des Wahlrechts vorlegen wird. Das Herrenhaus muß mehr als bisher ein politisches Spiegelbild des Volkes werden. (Heiterkeit links. Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Schda (Vole)

beiprucht ausführlich die systematische Unterdrückung der Polen durch die preussische Regierung mittels einer unzulässigen Handhabung und Auslegung des Vereinsgesetzes und kritisiert an Hand zahlreicher Dokumente die gegenseitigen Dienste, die sich im Wahlkampf die Regierung und der Ostmarkenverein leisten. (Zuruf Ad. Hoffmanns: eine Hand wäscht die andere.) Die intimen Beziehungen des Ostmarkenvereins zu den Russen, die in Deutschland mit den gewalttätigen Methoden des Anarchismus Inzeratenteil veranw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

gegen die Polen vorgehen, betreiben die ganze Verlogenheit der konservativen Staatschützen. Der Ostmarkenverein treibt ferner die Regierung zu einer scharfen Durchführung des Enteignungsgesetzes an. In dem geheimen Briefwechsel des Ostmarkenvereins wird der Kaiser geschmäddelvollweise mit Nr. 59, der Reichskanzler mit Nr. 61 und der Regierungspräsident Schwarzkopf mit „Schwachsopf“ bezeichnet. Gestützt auf die preussische Verfassung zweifeln wir nicht, daß auch auf uns der Satz seine Geltung finden wird: Sum cuique. (Beifall bei den Polen.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. v. Kardorff, in der er sich verteidigt, mit seinem Angriff auf den Abg. Schiffer, die nationalliberale Partei angegriffen zu haben, vertagt sich das Haus am Dienstag 11 Uhr: Zentruminterpellation wegen der Automobilunfälle und Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 2. Hennig, Argentinien 5.—, Ungenannt 3.—, Berlin, Zentrale III 10.—, 3. R. S., Wilmsdorf 50.—, Mecke, Schlachtenfeld 20.—, 5. Bez. Dresden a. Konto III Lu. v. 3. fäch. Ar. 800.—, Dr. P. A., Frankfurt a. M. 10.—, 6. Köln, Reg. 20.—, 20.—, Hamburg I, III Lu. 4000.—, Hamburg II, III Lu. 2000.—, Hamburg III, III Lu. 15 000.—, 7. A. Z., Hallenberg D.-Schl. 8.—, 8. 10. würtemb. Ar. (IV. Lu. 1912/13 689,44, I Lu. 1913/14 463,89, II Lu. 452,39) Sa. 1555,72, 9. R. S., Berlin f. Rob.-Bez. 6.—, 13. Bez. Westf. Westfalen II Lu. (Dortmund-Hörde 1553,12, Bochum-Gelsenkirchen 1176,10, Witten-Reddenhausen 595,68, Hamm-Soest 282,87, Arnberg-Dilpe 13,26, Münster-Coesfeld 46,46, Lüdinghausen-Beaumont 134,80, Zecklenburg-Steinfurt 27,06) Sa. 3829,95, 15. 5. fäch. Ar. III Lu. 1415.—, 16. Nordische Wasserfante 30 000.—, 17. Groß-Berlin a. Konto seiner Kreise 10 000.— (darunter: Alexander St. 12.—, Ueberfuß einer Kranzsp. d. A. C.-G., Adt. Genz 9,65, C. S. d. Fuß 10.—, Tränengericht d. Fuß 15.—, Höppler 2.—, U. S. Piffer 1.—, Gutenberg 20.—, Mitglieder II d. R. Dezember und Januar 3.—, Pflaß v. Benedikt 5. d. Veranlagungskommission Turnverein „Fichte“ 3.—), 19. Anhalt I, III Lu. 1073,39, 21. Hamburg f. Wimmenschiffer 139,50, 22. P. L. Bern 50.—, 24. Bez. Schlesw.-Holst. a. Konto III Lu. 5500.—; Bez. Schlesw.-Holst. f. Wimmenschiffer 13,20, Dr. L. A. 100.—, Bez. Südbahern III Lu. (München I/II 3198,96, Aichach 143,80, Ingolstadt 46,30, Wasserburg 22,18, Weilheim 129.—, Rosenheim 188,42, Traunstein 50,84, Landschüt 89,92, Straubing 25,24, Passau 31,68, Pfarrkirchen 6,76, Deggendorf 16,62, Kelheim 1,98, Augsburg 565,98, Donauwörth 6.—, Dillingen 7,02, Zertlingen 44,90, Kaufbeuren 7,02, Immenstadt 122,24, Regensburg 118,70) Sa. 4824,46, 27. Bez. Braun-schweig III Lu. (Braunschweig 1423,65, Helmstedt 143,70, Holz-minden 167,28) Sa. 1787,63; Bez. Dresden a. Konto III Lu. (4. fäch. Ar. 1200.—, 9. fäch. Ar. 872,02) Sa. 1572,02, 29. Ueber-schau d. „Vorwärts“ IV. Lu. 1913 17 044,89, Bez. Chemnitz a. Konto III Lu. (Rittweiba 1000.—, Chemnitz 2000.—, Glauchau-Neerane 1000.—) Sa. 4000.—, 31. Berlin, Raketes 10.—, S. S. 50.

Berlin, den 9. Februar 1914.
Für den Parteivorstand:
Dito Braun, Lindenstr. 3.

Berichtszeitung.

Eine gemingefährliche Diebstahl.

Ein Attentat im Nordringzug, durch welche zwei junge Mädchen in eine peinliche Situation geraten waren, führte gestern den Müller Ernst Grabow vor die 5. Strafkammer des Landgerichts. — Am 15. August v. J. benutzten die Verkäuferinnen W. und G. den Nordringzug zwischen Biesing und Bedding. Auf einer der dazwischenliegenden Stationen bestieg der junge Angeklagte das Mittel, in welchem die beiden jungen Mädchen saßen. Der Angeklagte versuchte vergeblich mit ihnen ein Gespräch anzuknüpfen. Als er sah, daß seine Bemühungen vergebens waren, benahm er sich den beiden Mädchen gegenüber in der schamlosesten Weise. Die beiden Zeuginnen unterdrückten mit Recht ihre Furcht vor den recht peinlichen Vernehmungen, und sorgten auf der nächsten Station dafür, daß der Attentäter festgenommen wurde.

Das Schöffengericht halte den Angeklagten mit Rücksicht auf sein schamloses Verhalten zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die von ihm gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer mit der Begründung verworfen, daß derartige Schandthaten, durch welche die öffentliche Sicherheit gefährdet werde, nicht hoch genug bestraft werden können.

Raffiniertes Betrug.

Einen Trick, auf den mehrere Restaurateure hingefallen sind und Schaden erlitten haben, hatte sich ein Arbeiter Otto Krause er-sonnen, der sich wegen Betruges in 16 Fällen zu verantworten hatte. Der Gaunertrick, den der Angeklagte ausführte, spielte sich in folgender Weise ab. Bei irgendeinem Schankwirt, der auch ein Vereinszimmer zu vermieten hatte, erschien der Angeklagte und stellte sich dem Wirt als der Kassierer eines Sportklubs mit vollständigem Namen vor. Er erzählte, daß der Betrag des Klubs mit dem Wirt, der ihnen bisher das Vereinszimmer vermietet gehabt, abgelaufen, und er von mehreren Mitgliedern beauftragt sei, ein neues Vereinslokal zu mieten. Der Angeklagte machte einen durch- aus Vertrauen erweckenden Eindruck, er zeigte auch den Wirt von Geldmitteln und so war denn der betreffende Schankwirt recht froh, als ihm gesagt wurde, daß sein Vereinszimmer gemietet werden solle. Er war auch sofort bereit, einen Wagen zu stellen, um nach dem bisherigen, etwas entfernt liegenden Vereinslokal zu fahren und in Begleitung des Angeklagten den dort noch stehenden „Vereinskassant“ abzuholen und in das neue Lokal überzuführen. Der Angeklagte dirigierte dann die Fahrt in irgendeine Straße, in welcher sich ein Polizeibureau befand. Unter dem Vorgeben, daß er in dieses Bureau gehen müsse, um dort die Formalitäten zur Ueberlieferung zu erledigen, sprang er vom Wagen ab und er-ludte seinen Begleiter, inzwischen noch der von ihm bezeichneten Schankwirtschaft vorauszufahren und dort auf ihn zu warten. Der Angeklagte begab sich dann auf kürzestem Wege zu der Schank-wirtschaft des „neuen Vereinslokals“ zurück und teilte der davon nicht sehr angenehm überraschten Besatzung mit, daß ihr Mann, der ihn schick, Raubhand gehabt habe. Beim Transport sei er mit dem Be-trag in eine Spiegelscheibe geraten, habe diese zertrümmert und müsse sie nun bezahlen. Da der Chemant nicht genügend Geld bei sich habe, habe er ihn beauftragt, den Betrag von 9,60 M. über den er eine Rechnung präsentiere, von der Frau sich geben zu lassen und dem Manne zu überbringen. Zufrieden bezahlte die Frau den Betrag, und wenn der bald darauf mit trüber Miene zurückkehrende Chemant von seiner besseren Hälfte auch noch Vor-würfe über seine Ungeheuerlichkeit erhielt, konnte er ihr nur ver-zweifelt mitteilen, daß sie beide das Opfer eines Betrügers geworden seien. Der Angeklagte, der in 16 Fällen in dieser Weise betrogen hat, behauptete, aus Not gehandelt zu haben. Die Strafkammer verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis.

Duchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.